Philosophische Fakultät III
der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des
akademischen Grades einer

M A G I S T R A A R T I U M (M.A.)

Frankreich und der EU-Beitritt der Türkei

Eingereicht von:
Sabine Bausenwein

Würzburg 2007
im Fach Politikwissenschaft

INHALT

I EINLEITUNG 4

1. Zielsetzung und Aufbau 4

2. Quellenlage 5

II DIE TÜRKEI UND EUROPA - ANNÄHERUNG MIT HINDERNISSEN 7

1. Beziehungen EG/EU - Türkei bis 1995 7

1.1. Das Ankara-Abkommen 1963 7

1.2. Beitrittsantrag und Vollendung der Zollunion 10

2. Kandidat Türkei - eine schwere Entscheidung? 12

3. Auf dem Weg zu den Beitrittsverhandlungen 13

4. Beginn der Beitrittsverhandlungen und aktueller Stand 14

5. Die Zypernfrage als Hindernis auf dem Weg zum Beitritt 16

III FRANKREICH UND DER EU-BEITRITT DER TÜRKEI 19

1. Die Position Frankreichs zur Türkei in Europa in den Jahren 1959-1995 19

1.1. De Gaulle und die Türkei - die französische Position zum Ankara-Abkommen 19

1.1.1. Frankreichs Position in der ersten Verhandlungsrunde 20

1.1.2. Französische Bedenken und Aussetzung der Verhandlungen 22

1.1.3. Wiederaufnahme der Verhandlungen 1962 24

1.1.4. Gründe für Frankreichs Zustimmung zum Ankara-Abkommen 24

1.2. Exkurs: Phase der türkisch-französischen Annäherung nach dem Ankara-Abkommen 26

1.3. Die Türkei und Frankreich in Europa zur Amtszeit Mitterrands 27

1.3.1. Frankreichs Position zum Antrag auf Vollmitgliedschaft 1987 27

1.3.2. Mitterrand türkeifreundlicher Kurs und seine Motivationen 29

1.4. Zwischenfazit: Pragmatische Türkei-Politik Frankreichs 31

2. Frankreich als Partner der Türkei auf dem Weg zum Beitritt 32

2.1. Die Zollunion mit der Türkei 1995 32

2.2. Frankreich und der Beitrittskandidat Türkei 36

2.2.1. Der Europäische Rat von Luxemburg 1997- enttäuschte Hoffnungen 36

2.2.2. Grünes Licht in Helsinki 1999 – die Türkei wird Beitrittskandidat 39

2.3. Französische Unterstützung auf dem Weg zu den Beitrittsverhandlungen 41

2.3.1. Nizza 2000 - Die Beitrittspartnerschaft 41

2.3.2. Deutsch-französischer Kompromiss in Kopenhagen 2002 43

2.4. Europa-Pressekonferenz am 29. April 2004 – ein Plädoyer für die Türkei 46

2.5. Chiracs Interessen an einem Beitritt der Türkei 48

2.5.1. Wirtschaftliche Verflechtungen mit der Türkei 48

2.5.2. Die Mittelmeerpolitik als Ausgleich zur Osterweiterung? 50

2.5.3. Westbindung als Sicherung der innenpolitischen Stabilität 51

2.5.4. EU ist kein „club chrétien“ ... 55
2.5.5. Die Bedeutung der Türkei für ein „Europe puissance“ ... 58
2.5.5.1. Die geostrategische Lage der Türkei ... 60
2.5.5.1.1. Balkan ... 60
2.5.5.1.2. Kaukasus und Zentralasien ... 61
2.5.5.1.3. Russland ... 62
2.5.5.1.4. Naher und Mittlerer Osten ... 63
2.5.5.1.5. Bedeutung der Türkei nach dem 11. September 2001 ... 64
2.5.5.2. Militärisches Gewicht der Türkei ... 66
2.6. Zwischenfazit: Türkei als Pfeiler eines „Europe puissance“ ... 68
3. Frankreich im Zweifel – (plötzliche) Bedenken gegen einen Türkei-Beitritt ... 69
3.1. …oder doch lieber eine „privilegierte Partnerschaft“? ... 70
3.2. Ein Referendum zum Türkei-Beitritt ... 72
3.3. Frankreich „entdeckt“ die Armenien-Frage ... 74
3.3.1. Bilaterale Streitigkeiten um die Armenien-Frage ... 75
3.3.2. Anerkennung des Völkermordes als Beitrittskriterium? ... 78
3.4. Härtere Gangart im Zypern-Konflikt ... 80
3.5. Neue Europadebatte in Frankreich nach dem Verfassungsreferendum ... 83
3.6. Ursachen für Chiracs schwankenden Türkei-Kurs ... 85
3.6.1. Die französischen Parteien und der Türkei-Beitritt ... 85
3.6.2. Innerparteiliche Differenzen in der UMP ... 88
3.6.3. Öffentliche Meinung ... 91
3.6.4. Gründe für die Türkei-Skepsis in Frankreich ... 92
3.6.4.1. Erweiterungsmüdigkeit und Europaskepsis ... 92
3.6.4.2. Frankreichs Angst vor dem Islam ... 94
3.6.4.3. Menschenrechte und Armenienfrage ... 95
3.7. Zwischenfazit: Einknicken unter innenpolitischen Druck ... 96
4. Wahljahr 2007- ein Ausblick ... 98

IV FAZIT ... 101

V LITERATURVERZEICHNIS ... 103

I Einleitung

1. Zielsetzung und Aufbau

Die Türkei steht auf der Schwelle zur Europäischen Union. Sie steht längst nicht mehr vor der Tür. Sie ist gerade dabei einzutreten. Doch obwohl sie eine offizielle Einladung in der Hand hält, ist sie drinnen nicht wirklich willkommen. Der EU-Beitritt der Türkei ist in den Mitgliedsländern der Union ein umstrittenes Thema, auch in Frankreich. Wird ein Beitritt der Türkei das Ende der Europäischen Union bedeuten, so wie es der ehemalige Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing 2002 verkündete? Das Für und Wider des EU-Beitritts der Türkei ist bereits Gegenstand unzähliger wissenschaftlicher Arbeiten und wird deswegen in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich vielmehr mit der französischen Türkei-Politik. Frankreich gilt als ein treuer Verbündeter der Türkei auf dem Weg in die EU. Allerdings ist diese Feststellung kaum belegt. Deshalb wird die vorliegende Arbeit zunächst die französischen Positionen bei den einzelnen Integrationsfortschritten der Türkei seit den 1960er Jahren und die Ursachen dieser Positionen untersuchen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht anschließend die Frage, warum Jacques Chirac am Ende seiner Amtszeit von seiner strikten Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei abwich, und damit eine Konstante in der Französischen Europapolitik ins Wanken brachte.

Die Arbeit beginnt mit einem Rückblick auf die mittlerweile über 40 Jahre andauernde Annäherung der Türkei an Europa (Kapitel II). Angefangen bei der Assoziation der Türkei, über die Zollunion bis hin zum Beginn der Beitrittsverhandlungen. Dieses Kapitel liefert einen kurzen Einblick in Fortschritte und Rückschläge des Annäherungsprozesses, geht allerdings bewusst noch nicht auf die französischen Einflüsse ein. Diese sind Gegenstand des Hauptteils der Arbeit.

Der Hauptteil beginnt mit der Position Frankreichs gegenüber der Türkei bei wichtigen Entscheidungen in den Jahren 1959 bis 1995 (Kapitel III.1). Dazu zählen zum einen de Gaulles Zustimmung zum Ankara-Abkommen 1963 und zum anderen Mitterrands Unterstützung des Mitgliedsantrags der Türkei 1987. Begleitet werden diese Darstellungen von einer Analyse der möglichen Interessen und Beweggründe des jeweiligen Staatspräsidenten.

1995 begann die Amtszeit Chiracs. Das Handeln Frankreichs gegenüber der Türkei unter seiner Führung ist Gegenstand des Kapitels III.2. Die Position Frankreichs bei verschiedenen wichtigen Entscheidungen wird in chronologischer Abfolge analysiert. Darunter fallen der Abschluss der Zollunion mit der Türkei, der ER in Luxemburg mit der Entscheidung, dass die

Türkei Beitrittskandidat wird, sowie die Entscheidung für die Eröffnung von Beitrittsgesprächen. Bei dieser Analyse wird deutlich, dass Frankreich unter Jacques Chirac ein verlässlicher Partner der Türkei auf dem Weg zum Beitritt war. Am Ende dieses Kapitels steht deshalb die Frage nach den Interessen Chiracs an einem Beitritt der Türkei.

Mitte des Jahres 2004 wich Frankreich allerdings von seinem strikten Kurs der Unterstützung der Türkei auf dem Weg in die EU ab. Mehrere Anzeichen, die zu Beginn des Kapitels III.3. dargestellt werden, sprechen dafür. Darunter fallen öffentliche Überlegungen des Staatspräsidenten über eine Alternative zur Vollmitgliedschaft, die Ankündigung eines französischen Referendums über den EU-Beitritt der Türkei, die härtere Gangart im Zypern-Konflikt, die von der Regierung neu angestoßene Diskussion um die Armenienfrage, sowie die neue Europadebatte in Frankreich. Im Anschluss an die Darstellung dieser Anzeichen werden die möglichen Ursachen für den schwankenden Türkei-Kurs Frankreichs analysiert und somit eine Antwort auf die entscheidende Frage der Arbeit gegeben: Was brachte Chirac dazu, von seiner Unterstützung für die Türkei abzuweichen?

Zum Abschluss der Arbeit lohnt sich ein Blick in die Zukunft. Kapitel III. 4. liefert einen Ausblick auf potentielle Entwicklungen in den französisch-türkischen Beziehungen. Zum einen lässt der neu gewählte Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine endgültige Wende in der französischen Türkei-Politik erwarten. Zum anderen entscheidet die Parlamentswahl in der Türkei im Sommer 2007, ob die Regierung ihren EU-Kurs weiterführen kann.

2. Quellenlage

Die Beschäftigung mit den türkisch-französischen Beziehungen führt schnell zu der Einsicht, dass es sich um einen kaum erforschten Aspekt der Außen- beziehungsweise Europapolitik Frankreichs handelt. Es gibt nur wenige Publikationen, die sich mit den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten beschäftigen.[1] Noch schwieriger wird die Quellenlage bei der Frage nach dem Verhalten Frankreichs in Bezug auf die Türkei und Europa. Viele wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich neuerdings mit der Öffentlichen Meinung in Frankreich zum EU-Beitritt der Türkei. Die Haltung der Staatsführung wird dabei am Rande erwähnt, allerdings nicht näher untersucht. Die vorliegende Arbeit war deshalb, vor allem im Hauptteil, stark auf die Verwendung von Zeitungsartikeln, Pressemitteilungen und offiziellen Stellungnahmen angewiesen. Durch die Auswertung diverser Printmedien aus Frankreich,

[1] Diese Feststellung nimmt die türkischsprachige Literatur aus, über deren Quantität hier mangels türkischer Sprachkenntnisse keine Angaben gemacht werden kann. Berücksichtigt wurden deutsche, französische und englische Publikationen.

Deutschland und Großbritannien wurde versucht eine einseitige Sicht auf die Ereignisse zu vermeiden.

II Die Türkei und Europa - Annäherung mit Hindernissen

1. Beziehungen EG/EU - Türkei bis 1995

Um die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei heute zu verstehen, ist es unerlässlich, sich mit der Geschichte der Beziehungen zwischen der Türkei und Europa zu befassen. Das Osmanische Reich und auch die Türkei, so viel kann schon vorab festgestellt werden, waren schon immer in Richtung Europa gerichtet. So unterhielt das Osmanische Reich seit dem 15. Jahrhundert Handelsabkommen und Militärbündnisse mit europäischen Herrschern.[2] Die neue türkische Republik, die 1923 ausgerufen wurde, legte auf die Beziehungen zu Europa ein besonderes Augenmerk, schrieb Mejri: „Ses gouvernements[…], pendant la periode d'Atatürk, ont fait de grands pas en avant pour modeler l'avenir des relations politiques de la Turquie avec l'Europe."[3] Damit war für die Türkei eine Mitgliedschaft in europäischen Organisationen eine Selbstverständlichkeit. Die folgenden Kapitel beschäftigen sich mit den Etappen des langjährigen Annäherungsprozesses der Türkei an die EWG, später an die EU. Dabei wird deutlich, dass es sich dabei um eine Annäherung mit Hindernissen handelt. Das größte Hindernis ist der bis heute ungelöste Zypern-Konflikt, der am Ende des Kapitels näher erläutert werden soll. Zweifellos gibt es noch weitere Hürden auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft der Türkei, wie zum Beispiel die Kurdenproblematik oder unzureichende Minderheiten- und Menschenrechte. Da diese Fragen in der französischen Türkei-Politik allerdings eine untergeordnete Rolle spielten, soll in der vorliegenden Arbeit auf eine ausführliche Darstellung verzichtet werden.

1.1. Das Ankara-Abkommen 1963

Die Türkei stellte am 31. Juli 1959, zwei Monate nach Griechenland, einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG gemäß Artikel 238 des EWG-Vertrags.[4] Der Antrag der Türkei war in erster Linie politisch motiviert. Das Land verfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg der

---

[2] Zur Geschichte des Osmanischen Reiches und dessen Beziehungen zu Europa: Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph, K.: Kleine Geschichte der Türkei. Bonn 2005. Faroqhi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reichs. München 2000.

[3] Mejri, Mouna: La candidature turque à l'union européenne à travers la presse française. Paris 2004. S.16.

[4] Die rechtlichen Grundlagen für die Erweiterung der Gemeinschaft bilden Art 237 und 238 des EWG-Vertrages. Nach Art. 237 können nur europäische Staaten die Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft beantragen, wenn sie beitrittsfähig und –willig sind. Dagegen gibt die Assoziierung gemäß Art. 238 den europäischen und außereuropäischen Staaten die Möglichkeit, sich am Zweckhandel der Gemeinschaft zu beteiligen, ohne alle Rechten und Pflichten zu übernehmen, die die Mitglieder untereinander errichtet haben. In diesem Fall ist die Vollmitgliedschaft aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Situation entweder vorübergehend oder dauernd ausgeschlossen. Die Assoziierung schließt die Vollmitgliedschaft für nicht-europäische Länder für immer, aber für europäische Staaten nur vorübergehend aus. Vgl. Karaca, Ali: Die Problematik des Beitritts der Türkei unter besonderer Berücksichtigung der Assoziation der Türkei mit der EWG. Frankfurt a.Main, 1986. S.47ff.

Westbindung als Schutz vor der Sowjetunion.[5] So war die Türkei ein Gründungsmitglied der 1948 gegründeten OEEC, dem Europarat gehörte sie seit dem Jahr seiner Gründung 1949 an. Seit 1952 ist das strategisch wichtige Land Mitglied in der NATO und traditionell enger Verbündeter der USA. Die Türkei wurde von den USA unter anderem im Rahmen des Marshall-Plans finanziell unterstützt, im Gegenzug konnte Washington in der Türkei Nuklearraketen stationieren und 30 Stützpunkte eröffnen.[6] Im Koreakrieg unterstützte die Türkei die amerikanischen Truppen mit mehr als 5000 Soldaten.

Da die USA ab Mitte der 1950er Jahre langsam begann, ihr starkes finanzielles Engagement in der Türkei abzubauen und sich unter der türkischen Bevölkerung ein gewisser Antiamerikanismus verbreitete, suchte die Türkei eine Möglichkeit, ihre Außenpolitik der Westbindung auf ein breiteres Fundament zu stellen. Eine Annäherung an die Staaten Westeuropas durch eine Assoziierung mit der EWG war dazu geradezu prädestiniert. Die USA unterstützten dieses Ansinnen, da sie nicht mehr bereit waren, die wirtschaftlich und politisch unterentwickelte Türkei allein zu unterstützen. Sie forderten ein stärkeres wirtschaftliches Engagement Westeuropas in der strategisch überaus wichtigen Ägäis-Region.

Doch die von der Türkei angestrebten Beziehungen zu Westeuropa gingen über rein sicherheitspolitische Erwägungen hinaus. So schreibt Heinz Kramer, dass es sich bei der Annäherung an Westeuropa vor allem für die türkischen Eliten um eine Frage der türkischen Identität handle. „Es geht darum, dass die Türkei als Mitglied des Westens und als europäisches Land anerkannt wird. Das ist in ihrer Sicht gleichbedeutend damit, dass dem Land die Überwindung der Rückständigkeit und das Erreichen des Standes der modernen Zivilisation bescheinigt werden.“[7]

Zusätzlich zu den politischen Beweggründen der Türkei für einen Assoziationsantrag spielten auch wirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die voranschreitende wirtschaftliche Integration Westeuropas zwang die Türkei zu handeln. Um die Absatzmärkte in Europa nicht zu verlieren, musste sich die Türkei um eine Neuregelung der Zölle bemühen. Denn durch die Zollunion der EWG-Mitgliedstaaten waren die türkischen Produkte auf dem europäischen Markt nun weniger konkurrenzfähig. Eine wirtschaftliche Assoziation bot der Türkei weitere interessante Anreize: ein möglicher Arbeitskräfteexport in die Europäische Gemeinschaft würde den türkischen Arbeitsmarkt entlasten und Finanzhilfen der Gemeinschaft im Zuge der Assoziation den maroden türkischen Staatshaushalt unterstützen.

---

[5] Stalin forderte 1946 die Rückgabe zweier Städte im Nordosten der Türkei. Zudem wollte die UdSSR zusammen mit der Türkei die Meerengen verwalten und dort Stützpunkte einrichten.

[6] Vgl. Seufert, Günter/Kubaseck, Christopher: Die Türkei. Bonn 2006. S.93.

[7] Kramer, Heinz: Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft. Baden-Baden 1988. S.18.

Der Antrag Griechenlands, der zwei Monate vor dem türkischen Antrag bei der EWG einging, dürfte ein weiterer Ansporn für die Bemühungen Ankaras um eine Assoziation mit der EWG gewesen sein. Zum einen befürchtete die Türkei,

> „durch die engen Beziehungen des Konkurrenten Griechenland zur Gemeinschaft in eine Außenseiterrolle gedrängt zu werden, die gerade angesichts der Zypernkrise eine hochbrisante politische Landschaftsveränderung im Mittelmeerraum bedeuten konnte, aber auch wirtschafliche Konsequenzen haben würde.“ [8]

Schließlich standen auf dem europäischen Markt die griechischen Agrarprodukte in direkter Konkurrenz zu den türkischen. Zum anderen war es sicherlich auch eine Frage der Ehre, dem ungeliebten Nachbarn in Nichts nachzustehen.

1963 wurde das Assoziationsabkommen zwischen der Türkei und der EWG, das so genannte Ankara-Abkommen, unterzeichnet. Es sieht „die schrittweise Errichtung einer Zollunion“[9] vor. Dies sollte in drei Phasen geschehen: In einer auf fünf Jahre angelegten *Vorbereitungsphase* sollte die Türkei ihre Wirtschaft stärken, um „die ihr in der Übergangs- und Endphase erwachsenden Verpflichtungen erfüllen zu können“[10]. Während der zwölfjährigen *Übergangsphase* sollte zwischen der Gemeinschaft und der Türkei schrittweise durch „Annäherung der türkischen Wirtschaftspolitik und derjenigen der Gemeinschaft“[11] die Zollunion errichtet werden. Die *Endphase* basierte bereits auf der Zollunion und hatte im Wesentlichen die verstärkte Koordination der Wirtschaftspolitiken der Vertragsparteien zum Ziel.
An zwei Stellen im Ankara-Abkommen wird die „Europäizität“ der Türkei bestätigt, da eine spätere Vollmitgliedschaft der Türkei in Aussicht gestellt wird. Im vierten Absatz der Präambel wird festgestellt, die Vertragspartner hätten das Abkommen auch in der Erkenntnis geschlossen, „dass die Hilfe, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dem türkischen Volk bei seinem Bemühen um die Besserung seiner Lebenshaltung zuteil werden lässt, später den Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft erleichtern wird.“[12] In Artikel 28 des Abkommens heißt es: „Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Ge-

[8] Karaca, Ali (1986): S.57.
[9] Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei. In: Amtsblatt Nr.217 vom 29.12.1964. S.3687-3688.
[10] a.a.O.
[11] a.a.O.
[12] a.a.O.

meinschaft prüfen."[13] Im Rückblick ist es erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit die Mehrzahl der westeuropäischen Staaten die Türkei in ihre Organisation aufnahmen, stand doch in den Römischen Verträgen eindeutig, dass nur europäische Länder Mitglieder der EWG werden könnten.[14]

Das Ankara-Abkommen war für die Türkei ein wichtiger Schritt in Richtung Europa, in der Folgezeit gestaltete sich die Umsetzung des Abkommens allerdings schwierig. Dies lag nicht nur an den innenpolitischen Spannungen in der Türkei, sondern auch an dem Verhältnis zu Griechenland.[15] Das Land, das 1981 der EG beitrat, blockierte immer wieder die Umsetzung des Abkommens. Zwar wurde 1970 noch das Zusatzprotokoll zum Eintritt in die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, ab 1973 kühlten sich die Beziehungen zwischen der EWG und Ankara aber deutlich ab.

1.2. Beitrittsantrag und Vollendung der Zollunion

Nach dem Militärputsch 1980, lagen die Beziehung zwischen der Türkei und der EG zunächst auf Eis. Unter der Regierung Özal[16] nahm die Türkei die Bemühungen wieder auf, das Assoziierungsverhältnis weiterzuentwickeln. Da dies aber nicht zuletzt durch die ständigen Vetos Griechenlands scheiterte, stellte die Türkei am 14. April 1987 schließlich einen Beitrittsantrag zur EG. Die Reaktion der Mitgliedsstaaten war zurückhaltend, eine wirkliche Debatte über einen Türkei-Beitritt entstand damals nicht.[17] Erst 1989 nahm die Kommission zu dem Beitrittsantrag Stellung. Diese bescheinigte der Türkei sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene zu weit von den Standards der Gemeinschaft entfernt zu sein.[18] Ein Großteil der Stellungnahme bezog sich allerdings auf die Aufnahmefähigkeit der Gemeinschaft. So erklärte die Kommission, dass „die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt gleich welchen Landes vor 1993 nicht empfehlenswert ist."[19] Die EG sah sich zu diesem Zeitpunkt mit zu großen Herausforderungen, wie der kurz zuvor erfolgten Süderweiterung und der Umsetzung der EEA konfrontiert. Das angekündigte Veto Griechenlands machte einen für eine Annahme nötigen einstimmigen Beschluss aber ohnehin unmöglich.

---

[13] Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei.
[14] Vgl. Gumpel, Werner (Hrsg.): Die Türkei und die Europäische Gemeinschaft. München 1988. S.70.
[15] Das griechisch-türkische Verhältnis wird durch den Zypern-Konflikt sowie immer wieder aufflammende Streitigkeiten um Inseln in der Ägäis belastet.
[16] November 1983- 1989.
[17] Vgl. Carnevale, Roberta/Ihrig, Stefan/Weiß, Christian: Europa am Bosporus (er-)finden? Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur europäischen Union in den britischen, deutschen, französischen und italienischen Zeitungen. Frankfurt am Main 2005. S.33.
[18] Commission Opinion on Turkey's Request for Accession to the Community, 20. December 1989. http://www.deltur.cec.eu.int/english/opinion.html (Zugriff am 23.10.2006).
[19] Bull. EG 12-1989, Ziff. 2.2.37.

Zwar wurde der Antrag auf Vollmitgliedschaft abgelehnt, doch er brachte wieder Leben in die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG. Der Rat forderte 1990 die Kommission dazu auf, Vorschläge zur Umsetzung der Zollunion zu erarbeiten. Ein „gewaltiger Kraftakt“[20] vonseiten der Türkei machte es möglich, dass der Assoziationsrat EG-Türkei am 6. März 1995 die Zollunion beschließen konnte. Diese trat schließlich am 1. Januar 1996 in Kraft. Die Zollunion stellte eine Nähe der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und der EU dar, wie sie bei keinem anderen potenziellen Beitrittskandidaten gegeben war. Die Zollschranken zwischen beiden Parteien fielen und die Türkei hatte ihre Wirtschaftsgesetzgebung größtenteils an die Europas angepasst. Schon im ersten Jahr der Zollunion nahm das Handelsvolumen zwischen der EU und der Türkei von 27 Milliarden auf 36 Milliarden US-Dollar zu.[21] Im Jahr 2005 lag das Handelsvolumen bei 75 Milliarden Euro.[22]

Die Zollunion weckte auf Seiten der Türkei Erwartungen, die dann auf dem Europäischen Rat von Luxemburg 1997 jäh enttäuscht wurden. In den Schlussfolgerungen des ER heißt es zwar, „dass die Türkei für einen Beitritt zur Europäischen Union in Frage kommt“[23]. Dennoch hatte der ER die Türkei nicht unter den 10 neuen Kandidatenländern genannt, mit denen Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollten. Angeboten wurden der Türkei eine Beitrittsstrategie und die Teilnahme an der geplanten „Europa-Konferenz“. Die Schlussfolgerungen des ER führten zu heftigen Unmutsäußerungen aus Ankara. So erklärte die türkische Regierung am 14. Dezember 1997: „Die Position der EU ist weit davon entfernt, für uns eine feste und glaubwürdige Grundlage zu sein.“[24] Aus Protest an der Entscheidung des ER nahm die Türkei nicht an der Europa-Konferenz teil und fror den politischen Dialog mit der Union komplett ein. Dabei hatte die sich seit Mitte 1997 im Amt befindliche neue türkische Regierung Yilmaz Hoffnung auf eine realistische EU-Politik der Türkei gegeben. Wiederholt hatte Yilmaz erklärt, dass bis zu einem Beitritt der Türkei noch viel Zeit vergehen müsse und die Türkei noch umfangreiche Reformen anzustreben hätte.[25] Nach dem ER in Luxemburg allerdings machte sich in Ankara eine gewisse EU-Verdrossenheit breit. Zwischenzeitlich drohte Ankara sogar damit, seinen Antrag auf Vollmitgliedschaft zurückzuziehen, womit es allerdings mehr die USA als die Europäer erschreckt haben dürfte. Denn die USA unterstützten nach wie vor aus geostrategischen Motiven eine feste Verankerung der Türkei in westlichen

---

[20] Steinbach, Udo: Türkei. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch. Bonn 2002. S.307-313. S 310.
[21] Vgl. Steinbach, Udo (2002): S. 311.
[22] Europäische Kommission: Türkei Fortschrittsbericht 2006. Brüssel, 8.11.2006. In: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/nov/tr_sec_1390_de.pdf (Zugriff am 22.5.2007)
[23] Europäischer Rat von Luxemburg am 12./13.Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400.D7.htm (Zugriff am 23.10.2006)
[24] Zitat nach: Schittly, Dagmar: Dokumente zur Entwicklung im Mittelmeerraum. In: Internationale Politik. Januar 1998. S.69-126.
[25] Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang: Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98. S.416.

Bündnisstrukturen und damit einen Beitritt der Türkei zur EU. Vergeblich hatten sie versucht, im Vorfeld des Luxemburger Gipfeltreffens Druck auf die EU auszuüben, um eine positive Entscheidung für die Türkei herbeizuführen.

2. Kandidat Türkei - eine schwere Entscheidung?

Zwei Jahre später wendete sich das Blatt für die Türkei. Am 10. Dezember 1999 verlieh der Europäische Rat von Helsinki der Türkei offiziell den Kandidatenstatus. Udo Steinbach sieht die Meinungsänderung der Kommission jedoch weniger in der Weiterentwicklung der Türkei begründet, als vielmehr in sicherheitspolitischen Überlegungen der Union. So sei der Stellenwert der Türkei im Zentrum der Krisen in Zentralasien, auf dem Balkan und im Mittleren Osten unbestritten gewesen. Vor allem die Entwicklungen im Kosovo[26] haben dazu beigetragen, das Bewusstsein der Europäer für die Bedeutung einer zuverlässigen, prowestlichen Türkei als Bündnispartner zu schärfen. Demgegenüber stand allerdings die innere Schwäche des Landes. So lag der Entscheidung von Helsinki, die Türkei zum Beitrittskandidaten zu machen, ein doppeltes Interesse zugrunde: „die bestehenden Bindungen mit der Türkei zu intensivieren und die Basis einer gemeinsamen Politik mit Blick auf die genannten geographischen Räume zu schaffen sowie einen Beitrag zur inneren Stabilisierung des Landes zu leisten.“[27]

Positiven Einfluss auf diese Entwicklung hatte sicherlich auch die Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei. Der im Februar 1999 neu ins Amt berufene griechische Außenminister George Papandreou[28] leitete im Juli 1999 mit einem Treffen hoher Beamter der Außenministerien einen Prozess der Annäherung ein. Der daraus entstandene Dialog entwickelte sich aufgrund der schweren Erdbeben in der Türkei und in Griechenland im Herbst des Jahres 1999 und der daraus resultierenden gegenseitigen Hilfsmaßnahmen weiter. „Diese Entwicklungen ebneten den Weg für die griechische Unterstützung der Türkei auf dem EU-Gipfel von Helsinki.“[29]

Das Europäische Parlament, das der Türkei bisher sehr verhalten gegenüber stand, erklärte im Oktober 1999, „dass die Türkei die Voraussetzungen für eine Beantragung ihres Beitritts zur Europäischen Union erfüllt“, und dass es „in dem möglichen EU-Beitritt der Türkei einen wichtigen Beitrag zu ihrer künftigen Entwicklung sowie zu Frieden und Sicherheit in Euro-

---

[26] 1999 können die blutigen albanisch-serbischen Auseinandersetzungen nur durch den Einsatz von NATO-Kräften beendet werden.

[27] Steinbach, Udo (2002): S 312.

[28] Außenminister Pangalos war zurückgetreten, nachdem öffentlich wurde, dass die griechische Botschaft in Nairobi, dem PKK-Führer Öcalan zwei Wochen lang Zuflucht gewährt hatte. Die Türkei warf Griechenland vor, den Terrorismus der PKK zu unterstützen.

[29] Abali, Oya Susanne: Türkei. In: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang: Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000. S. 437-442. S.439.

pa“[30] sieht. Sicherlich positiv für die Türkei wirkte sich auch der Regierungswechsel in Deutschland aus. Die rot-grüne Bundesregierung sprach sich für den Status der Türkei als Beitrittskandidaten aus. Zudem erkannte die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht die Bemühungen der neuen Regierung in Ankara um Reformen an.[31]

3. Auf dem Weg zu den Beitrittsverhandlungen

Als die Türkei 1987 ihren Beitrittsantrag in die EWG stellte, waren die Kriterien für einen Beitritt noch nicht klar definiert. Damals erklärt Artikel 237 EWG-Vertrag lediglich:

> „Jeder Europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat. Die Aufnahmebedingungen und die erforderlich werdenden Anpassungen dieses Vertrags werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt.“[32]

Doch als die Türkei 1999 als Beitrittskandidat anerkannt wurde, waren die Vorraussetzungen völlig andere, denn die Gemeinschaft war mittlerweile zu einer Europäischen Union „herangewachsen“. Nach der vertieften politischen Integration spezifizierten die Mitgliedstaaten auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen 1993 die Beitrittskriterien[33], die zum einen eine Beitrittsfähigkeit der Mitgliedstaaten sicherstellen sollten, zum anderen aber auch die Erweiterungsfähigkeit der Union voraussetzten. „Erstmals hat die EU einen Katalog der Beitritts- und Erweiterungsbedingungen formuliert, die sich zwar alle aus den Verträgen ergeben, dort jedoch weder zusammenhängend aufgeführt noch im Einzelnen erläutert sind.“[34]

„Als Vorraussetzungen für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat

- eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben;
- sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten;
- Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus der Mitgliedschaft erwachsenen Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen können. [=Übernahme des acquis communautaire]

---

[30] Bulletin EU 10-1999, Ziff. 1.4.14.
[31] Europäische Kommission (1999): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. In: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1999/turkey_de.pdf (Zugriff am 18.3.2007).
[32] Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11957E/tif/11957E.html (Zugriff am 20.5.2007).
[33] Artikel 237 EWG-Vertrag wurde zu Artikel 49 Absatz 1 EUV.
[34] Lippert, Barbara: Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung. Bonn 2000. S. 132.

- Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“[35]

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch den Beitrittskandidaten ist zeitlich differenziert. Die politischen Kriterien müssen zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen erfüllt sein, die wirtschaftlichen Kriterien sowie die Fähigkeit zur Übernahme des *acquis communautaire* müssen erst im Moment des Beitritts selbst erfüllt sein. Zudem nimmt die Union seit dem Amsterdamer Vertrag in Artikel 49 EUV ausdrücklich Bezug auf die verbindliche Anerkennung der Werte der Union[36] durch neue Mitglieder.

Auf dem ER in Nizza im Dezember 2000 wurde die Beitrittspartnerschaft mit der Türkei unterzeichnet. Die Beitrittspartnerschaft, die auf der Heranführungsstrategie beruht, soll den türkischen Behörden dazu verhelfen, die Beitrittskriterien erfüllen zu können, wobei den politischen Kriterien besondere Bedeutung zukommt. In der Beitrittspartnerschaft[37] werden die Prioritäten bei der Vorbereitung des Landes auf den Beitritt, insbesondere bei der Umsetzung des Besitzstandes, ausführlich erläutert. Sie stellt die Grundlage für die Zuteilung der Heranführungshilfen aus den Gemeinschaftsfonds dar. Die türkische Regierung verabschiedete umgehend im März 2001 ihr erstes Nationales Programm zur Umsetzung der Beitrittspartnerschaft. Erste Reformen in der Türkei wurden noch unter der Regierung Ecevit angegangen, so zum Beispiel die Abschaffung der Todesstrafe, aber erst nach der Regierungsübernahme durch die AKP und Ministerpräsident Erdogan im November 2002 kam der Reformmotor in der Türkei richtig in Schwung. Die AKP machte es sich zu einem vorrangigen Ziel, die „Europäisierung“ der Türkei voranzutreiben.[38]

In regelmäßigen Fortschrittsberichten hat die Europäische Kommission die Umsetzung der Reformen zur Übernahme des *acquis communautaire* geprüft und bewertet.

4. Beginn der Beitrittsverhandlungen und aktueller Stand

Im Oktober 2004 stellte die Kommission schließlich fest: „In Anbetracht der allgemeinen Fortschritte im Reformprozess und unter der Voraussetzung, dass die Türkei die oben genannten, noch ausstehenden Gesetze in Kraft setzt, ist die Kommission der Auffassung, dass die

[35] Europäischer Rat: Europäischer Rat in Kopenhagen. Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 21.-22. Juni 1993. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. In: Weidenfeld, Werner /Wessels, Wolfgang (Hrsg): Jahrbuch der europäischen Integration 1993/94, Bonn 1994. S. 456.
[36] Gemäß Artikel 6 EUV
[37] Die Beitrittspartnerschaft wurde 2003 und 2006 überarbeitet
[38] Vgl. Kramer, Heinz: Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“. In: APuZ, B 33-34/2004. S.9-17.

Türkei die politischen Kriterien in ausreichendem Maß erfüllt und empfiehlt die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen."[39] Allerdings hielt es die Kommission zum ersten Mal in der Geschichte der Erweiterungspolitik der Europäischen Union für notwendig, eine „Notbremse"[40] einzubauen. Bei schwerwiegenden Verletzungen der politischen Kriterien und Verpflichtungen seitens der Türkei kann die Kommission die Aussetzung der Verhandlungen empfehlen, über die dann der Europäische Rat entscheidet. Im Dezember 2004 beschloss der ER auf der Grundlage des Kommissionsberichts, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen ausreichend erfüllt und am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollten. Diese Verhandlungen sollten gemäß der von der Kommission in ihrer Empfehlung von Oktober 2004 vorgeschlagenen Strategie geführt werden. Somit folgte der ER der Empfehlung der Kommission und spannte ein Sicherheitsnetz für den Fall, dass das Bewerberland nicht alle Kopenhagener Kriterien erfüllen könne: „Unter Berücksichtigung aller Kopenhagener Kriterien muss gewährleistet sein, dass das betroffene Bewerberland, falls es nicht in der Lage ist, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, durch eine möglichst starke Bindung vollständig in den europäischen Strukturen verankert wird."[41] Das gemeinsame Ziel der Beitrittsverhandlungen ist zwar der Beitritt, heißt es in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats im Dezember 2004, die Verhandlungen seien allerdings ein Prozess mit offenem Ende, der Ausgang lasse sich nicht im Vorhinein garantieren. Unter dem Eindruck der Eckpunkte für die Türkei-Kandidatur hat die EU so den allgemeinen Verhandlungsrahmen in Richtung Notbremsen, Reserveoptionen und Absicherungen modifiziert.[42] Am 3. Oktober 2005 wurden schließlich die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Der Verhandlungsrahmen sieht 35 Verhandlungskapitel vor. Im Juni 2006 wurde nach dem abgeschlossenen *Screening* das erste Verhandlungskapitel Wissenschaft und Forschung geöffnet.

Die Streitigkeiten über das Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen und die damit verbundene notwendige Anerkennung Zyperns durch die Türkei im Sommer 2006 führten allerdings zu ernsthaften Verstimmungen zwischen der EU und der Türkei (vgl. Kapitel II, 5.). Zudem bekam das Land schlechte Noten im Fortschrittsbericht 2006 der Kommission.[43] Nachdem die Türkei der Forderung nach einer Normalisierung der Handelsbeziehungen mit Zypern nicht

[39] Europäische Kommission (2004): Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. Brüssel, 6.10.2004.
[40] Lippert, Barbara: Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-Erweiterungspolitik. In: integration, 2/2005. S. 119-135. S. 130.
[41] Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitz, Brüssel 16./17.Dezember 2004. In: http://europa.eu/european_council/conclusions/index_de.htm (Zugriff am 4.5.2007)
[42] Vgl. Lippert (2005): S.132.
[43] Vor allem in den Bereichen Menschenrechte und Minderheitenschutz gäbe es noch großen Reformbedarf. Vgl. Europäische Kommission: Türkei Fortschrittsbericht 2006.

nachgekommen war, einigte sich der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ der EU im Dezember 2006 auf die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen in acht[44] der 35 Verhandlungskapitel. Die acht Kapitel sollen solange nicht verhandelt werden, bis die Kommission feststellt, dass die Türkei ihre Verpflichtungen aus dem Zusatz-Protokoll zum Ankara-Abkommen vollständig erfüllt. In anderen Kapiteln könnten die Verhandlungen allerdings aufgenommen werden. Somit begannen im März 2007 die Gespräche zum Kapitel Unternehmen und Industrie. Am 17.April 2007 legte der türkische Außenminister Abdullah Gül einen 400seitigen Reformkatalog vor, der den Titel „Programm der Türkei zur Anpassung an den Rechtsbestand (acquis) der EU" trägt. Mit dessen Hilfe soll das Land auch unabhängig von einem EU-Beitritt der Türkei umfassend modernisiert und reformiert werden. „Damit geht die türkische Regierung in die Offensive, nachdem die Beitrittsverhandlungen mit der EU zuletzt ins Stocken geraten waren.“[45] In erster Linie möchte die türkische Regierung damit aber Beitrittsskeptikern den Reformwillen der Türkei vor Augen führen.

Die Sonderstellung des Beitrittskandidaten Türkei wird in der Modifikation der klassischen Erweiterungspolitik deutlich.[46] Die Kommission trägt damit den beachtlichen politischen Defiziten, der wirtschaftlich-sozialen Rückständigkeit und der Größe des Landes Rechnung. Allerdings wird ebenso deutlich, dass die EU auch bei der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, ebenso wie gegenüber den MOE-Staaten, eine pragmatische und reaktive Erweiterungspolitik verfolgt. „Sie fragt nicht, ob sie ein oder genauer dieses neue Mitglied aus politischen, strategischen oder wirtschaftlichen Gründen braucht oder will, sondern sie fragt, ob der Bewerber die Vorraussetzungen der Mitgliedschaft erfüllt.“[47] Damit unterscheidet sich das Agieren der Kommission in der Erweiterungspolitik erheblich vom Handeln der einzelnen Regierungen, die sich vornehmlich von nationalen Interessen leiten lassen.

5. Die Zypernfrage als Hindernis auf dem Weg zum Beitritt

Die Zypernfrage belastet die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei seit Beginn der offiziellen Beziehungen mit der Unterzeichnung des Ankara-Abkommens

[44] Dabei handelt es sich um besonders schwierige Kapitel: Kapitel 1: Freier Warenverkehr, Kapitel 3: Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr, Kapitel 9: Finanzdienstleistungen, Kapitel 11: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Kapitel 13: Fischerei, Kapitel 14: Verkehrspolitik, Kapitel 29: Zollunion, Kapitel 30: Außenpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
[45] Alican, Cenk/ Seeger, Sarah/Yüzen, Layla: Ein Schritt vor und einer zurück. Der Reformkurs der Türkei. CAP-Position, 3.5.2007. In: http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2007/tuerkei.php (Zugriff am 22.5.2007)
[46] Vgl. Lippert (2005)
[47] Lippert (2005): S. 131.

1963. Soweit soll an dieser Stelle allerdings nicht zurückgeblickt werden. Lediglich die aktuellen Entwicklungen sollen kurz beleuchtet werden.[48]

Ein Plan des UN-Generalsekretärs Kofi Annan für die Wiedervereinigung der Insel, der so genannte Annan-Plan[49], ließ im Frühjahr 2003 auf die Lösung des Problems vor einem EU-Beitritt Zyperns hoffen. In einem Referendum im April 2004 stimmten die Zypern-Türken dem Plan mit großer Mehrheit[50] zu, da sie sich davon das Ende der Isolation des türkischen Teils der Insel erhofften. Die Zypern-Griechen lehnten den Plan allerdings zum Entsetzen der EU deutlich ab. Somit kam es zu keiner Lösung des Zypern-Konflikts. Am 1. Mai 2004 trat die Republik Zypern[51] der Europäischen Union bei und importierte dabei den Konflikt nach Brüssel. Die EU sicherte dem Norden zu, dass er nicht unter dem negativen Votum des Südens zu leiden habe. Finanzielle Unterstützung und die Aufhebung der jahrzehntelangen Isolation wurden in Aussicht gestellt.[52] Die Kommission schlug zu diesem Zweck ein umfangreiches Paket mit Handels- und Hilfsmaßnahmen vor. Die „Verordnung über Hilfe“ sowie die „Verordnung über direkten Handel“ wurden am 26. Februar 2006 vom ER gebilligt. Die Umsetzung der Verordnung über den Direkthandel scheiterte allerdings „am Widerstand der griechischen Zyprer, die ihren Alleinvertretungsanspruch für die ganz Insel nicht in Frage gestellt sehen wollen.“[53] Somit hat die EU die Direkthilfe in Höhe von 259 Millionen Euro bis Ende 2006 von der Frage des Handels abgekoppelt. Für die türkischen Zyprer aber war gerade die Verbindung von Finanzhilfe und Direkthandel symbolhaft, die eine Gleichstellung mit dem Süden bedeutet hätte.

Die Querelen um die Ausweitung der Zollunion zwischen der Europäischen Union und der Türkei auf die am 1.Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten, darunter die Republik Zypern, machen deutlich, wie drängend die Lösung des Zypern-Problems ist. Die Türkei unterzeichnete zwar das Zusatzprotokoll des Ankara-Abkommens am 29. Juli 2005, fügte aber eine Erklä-

---

[48] Zum Zypernkonflikt, dessen Entstehung, Hintergründe und Lösungsversuche siehe: Wendt, Christina: Wiedervereinigung oder Teilung? Warum das Zypern-Problem nicht gelöst wird. Würzburg, 2006.

[49] Seit 1979 bemühten sich die Vereinten Nationen immer wieder um eine Lösung des Zypern-Problems. Der Plan des UN-Generalsekretärs sah einen neu geschaffenen zypriotischen Staat vor, der im internationalen Kontext als ein souveräner Staat aufgetreten wäre und sich aus zwei Teilstaaten zusammengesetzt hätte. Jeder Teilstaat hätte souverän alle Macht ausgeübt, die nicht in den Händen der föderalen Regierung gelegen hätte.

[50] 64,91 Prozent der türkischen Zyprioten sprachen sich für den Annan-Plan aus, aber 75,83 Prozent der griechischen Zyprioten lehnten ihn ab.

[51] Gemäß des Protokolls 10 des Beitrittsvertrags von 2003 ist Zypern als Ganzes der EU beigetreten, während die Umsetzung des "acquis" im nördlichen Teil der Insel suspendiert wurde („Gebiete, in denen die Regierung der Republik Zyperns keine tatsächliche Kontrolle ausübt“). Dies bedeutet inter alia, dass diese Gebiete außerhalb des Zoll- und Steuergebiets der Europäischen Union liegen. Dieser Tatbestand hat keinen Einfluss auf die Persönlichkeitsrechte der türkischen Zyprioten als EU-Bürger, weil sie als Bürger des Mitgliedsstaats Republik Zypern angesehen werden.

[52] konkret: Schaffung eines finanziellen Stützungsinstruments zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkischen Gemeinschaft Zyperns durch den Europäischen Rat am 27.Februar 2006

[53] Kramer, Heinz: Stillstand auf Zypern. Stolperstein für den türkischen Beitritt. SWP-Aktuell 22, April 2006. S.1.

rung hinzu, die die faktische Anerkennung Zyperns ausschließt. Die Türkei verweigerte damit zypriotischen Schiffen und Flugzeugen weiterhin den Zugang zu türkischen Häfen und Flughäfen. Hinter diesem Verhalten steckt die Weigerung der Türkei, die Regierung in Nikosia als Repräsentantin der gesamten Insel anzuerkennen. In der EU stieß die Türkei damit auf Unverständnis. Die EU reagierte im September 2005 mit einer Gegenerklärung. Darin heißt es: „Die Anerkennung aller Mitgliedstaaten ist eine unerlässliche Komponente des Beitrittsprozesses. Die EU betonte daher, dass sie der möglichst baldigen Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und allen EU-Mitgliedstaaten große Bedeutung beimisst.“[54] Das Zusatzprotokoll müsse uneingeschränkt auf alle Mitglieder angewandt werden. Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei in den einschlägigen Kapiteln hänge von der Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten ab. Die EU werde die Entwicklung aufmerksam beobachten und 2006 beurteilen, ob eine uneingeschränkte Umsetzung erfolgt ist. Ankara zeigte sich in dieser Frage allerdings uneinsichtig und forderte vielmehr, dass Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Türkischen Republik Nordzypern ermöglicht werden, so wie die EU es 2004 zugesagt hatte. Zwar wurden die Beitrittsverhandlungen wie vorgesehen am 3. Oktober 2005 aufgenommen, da Ankara allerdings nicht von seinem Standpunkt abwich, wurden die Verhandlungen am 11. Dezember 2006 in acht Verhandlungskapiteln auf Eis gelegt (vgl. Kapitel II, 4.).

[54] Rat der Europäischen Union: Erweiterung: Türkei. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten. Brüssel, 22.September 2005. In: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Erweiterung/TuerkeiErklaerung.pdf (Zugriff am 10.4.07)

III Frankreich und der EU-Beitritt der Türkei

1. Die Position Frankreichs zur Türkei in Europa in den Jahren 1959-1995

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Position Frankreichs bei wichtigen Etappen des Annäherungsprozesses zwischen der Türkei und Europa vor der Amtszeit Chiracs. Dazu zählt zum einen die Zustimmung Charles de Gaulles zum Assoziationsabkommen mit der Türkei, das am 1.12.1964 in Kraft trat. Zum anderen soll auch die Unterstützung des Beitrittsantrags der Türkei durch François Mitterrand aufgezeigt werden. Im Anschluss an diese Darstellungen soll auf die Motivationen des jeweiligen Staatspräsidenten eingegangen werden. Warum stimmte de Gaulle dem Ankara-Abkommen zu, obwohl es in der französischen Delegation enorme Zweifel gab, und was bewegte Mitterrand dazu, den Beitrittsantrag der Türkei zu unterstützen? Da die Türkei zur Amtszeit der Staatspräsidenten Georges Pompidou und Valery Giscard d'Estaing keine nennenswerten Fortschritte auf dem Weg nach Europa machte, wird diese Zeit nicht untersucht. Zudem bemühte sich Valery Giscard d'Estaing als Staatspräsident mehr um gute Beziehungen zu Griechenland, was vor allem in der Zypern-Krise deutlich wurde.[55] Die französisch-türkischen Beziehungen unter den Staatspräsidenten Pompidou und Giscard d'Estaing sind im Rahmen dieser Arbeit nicht relevant und werden deshalb ausgeklammert.

1.1. De Gaulle und die Türkei - die französische Position zum Ankara-Abkommen

In seinen „Mémoires d'espoir" definierte de Gaulle, was seiner Ansicht nach die europäischen Staaten ausmacht:

> „Toutes étant de même race blanche, de même origine chrétienne, de même manière de vivre, liées entre elles depuis toujours par d'innombrables relations de pensée, d'art, de science, de politique, de commerce, il est conforme à leur nature qu'elles en viennent à former un tout, ayant au milieu du monde son caractère et son organisation. »[56]

Für de Gaulle ist die Türkei demnach kein europäischer Staat. Denn trotz Kemalismus und Westorientierung ist das Leben dort durch eine andere Kultur und Religion geprägt als das Leben in Westeuropa. Aus kultureller Hinsicht war nach diesem Zitat für de Gaulle eine Mitgliedschaft der Türkei in Europa undenkbar.

---

[55] Der griechische Premierminister Karamanlis, der ab 1974 regierte, war lange in Paris im Exil und unterhielt freundschaftliche Beziehungen mit vielen Franzosen, darunter auch der Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing. Ausführlich zur französischen Position in der Zypernkrise 1974: Soysal, Ismail (1986): Les relations politiques turco-françaises. 1921-1985. In : Batu, Hâmit/ Bacqué-Grammont, Jean-Loius (Hrsg) :L'Empire Ottoman, la République de Turquie et la France. Istanbul. S.587-698.

[56] Gaulle, Charles de: Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958 – 1962. Tome I, Paris 1970. S.181.

Dennoch stimmte Frankreich unter Staatspräsident de Gaulle dem 1963 unterzeichneten Ankara-Abkommen zu, das die Türkei enger mit Europa verband und sogar das Ziel eines Beitritts zur EWG formulierte. In diesem Kapitel soll aufgezeigt werden, wie es trotz der oben genannten Grundüberzeugung de Gaulles zu dieser Entwicklung gekommen ist. Dazu wird zunächst ein Blick auf die Verhandlungen zum Ankara-Abkommen und die französischen Positionen geworfen. Danach sollen die möglichen Gründe für Frankreichs Zustimmung aufgezeigt werden.

1.1.1. Frankreichs Position in der ersten Verhandlungsrunde[57]

Die Ausgestaltung des Assoziierungsabkommens mit der Türkei sorgte für große Diskussionen unter den EWG-Mitgliedsstaaten. Diese Diskussionen und der Militärputsch 1960 trugen dazu bei, dass das Ankara-Abkommen erst im September 1963 besiegelt werden konnte, mehr als zwei Jahre später als das Abkommen mit Griechenland. Das Resultat der Verhandlungen, das Ankara-Abkommen, ist ein Kompromiss zwischen den voneinander abweichenden Vorstellungen der Mitgliedsländer auf der einen Seite und den Wünschen der Türkei auf der anderen Seite.

Zum Zeitpunkt des Antrags herrschte in der EWG eine türkeifreundliche Stimmung. Man anerkannte im EWG-Ministerrat einhellig den hohen Stellenwert der Exporte in die EWG für den türkischen Außenhandel und erhoffte sich eine rasche Besserung der wirtschaftlich desolaten Lage des Landes. Denn schließlich sah man das hohe Wachstumspotential der Türkei.[58] Zwar kamen von der französischen und italienischen Delegation bereits Zweifel zur Sprache, was die türkische Konkurrenz auf dem Agrarmarkt betraf, diese Bedenken konnten aber zunächst ausgeräumt werden. De Gaulle sah im Herbst 1959, genauso wie die französische Regierung, keine Einwände gegen einen Assoziationsantrag der Türkei. Valery Giscard d'Estaing, damals Staatssekretär im Finanzministerium erklärte, „que son gouvernement n'avait pas d'objection à l'ouverture des négociations sur la requête de la Turquie." Und er fügte hinzu, „que la Communauté devait faire les premiers pas pour aider, dans un esprit libé-

[57] Dieses und das nachfolgende Kapitel III, 1.1.2. basieren größtenteils auf der Dissertation von Eugen Krieger, der sich eingehend mit dem Entscheidungsprozess der EWG während der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei beschäftigt hat. Dazu wertete er erstmals bisher nicht zugängliche EWG-Dokumente aus. Seine Arbeit bietet deshalb einzigartige Einblicke in den Entscheidungsprozess und ist für diese Kapitel grundlegend. Vgl. Krieger, Eugen: Die Europakandidatur der Türkei. Der Entscheidungsprozess der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft während der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei 1959-1963. Zürich 2006.
[58] Vgl. Krieger (2006): S.89.

ral, les pays qui faisaient appel à elle."[59] Auch im Ministerrat herrschte zunächst Einigkeit darüber, dass als Ziel der Assoziationen sowohl mit Griechenland als auch mit der Türkei eine Zollunion angestrebt werden sollte. Gegen eine wirtschaftliche Annäherung der Türkei an Europa hatte man nichts einzuwenden.

Doch bereits in der ersten Phase der Verhandlungen zeigte sich im Ministerrat Uneinigkeit, was die Ausgestaltung des Assoziierungsabkommens betraf. Im zuvor ausgehandelten Assoziierungsabkommen mit Griechenland waren bereits von Anfang an alle Einzelheiten zur Errichtung der Zollunion festgelegt. Dies konnte aber nicht auf das Abkommen mit der Türkei übertragen werden, da sich das Land in einer schwächeren wirtschaftlichen Lage befand. Es stand die Frage im Raum, ob durch einseitige Zollsenkungen der EWG die türkische Wirtschaft vor der starken europäischen Konkurrenz geschützt werden solle. Hauptstreitpunkt war allerdings die Frage, ob das Assoziierungsabkommen nach einer gewissen Übergangsphase automatisch zu einer Zollunion führen sollte. So forderte es der Antragsteller Türkei.
Die kontroversen Meinungen der Mitgliedstaaten in dieser Frage basierten auf unterschiedlichen Grundhaltungen gegenüber der Türkei: Die Bundesrepublik, die Niederlande und Belgien unterstützten eine rasche und unkomplizierte Assoziation der Türkei. Sie sahen in dem Land vor allem einen wichtigen strategischen Verbündeten, der vor den Avancen der Sowjetunion geschützt werden musste. Zudem sollte das Selbstwertgefühl der Türkei auf wirtschaftlicher und politischer Ebene aufgebaut werden, indem man das Land genauso behandelte wie Griechenland.
Vor allem die französische und die italienische Delegation wollten nicht zu weit gehende Verpflichtungen eingehen. Sie waren trotz der angespannten politischen Lage nicht bereit, über die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Defizite des Landes hinwegzusehen. Vor allem aus französischer Sicht konnte die Türkei dem Vergleich mit dem griechischen Assoziationspartner nicht standhalten.[60] Deswegen plädierten Frankreich und Italien dafür, zunächst nur über eine Intensivierung der Handelsbeziehungen und geeignete finanzielle Hilfsmaßnahmen zu verhandeln Eine „automatische und von der EWG garantierte Hinführung der Türkei zur Zollunion"[61] wurde von diesen Ländern abgelehnt. Erst im April 1961 konnte sich der Ministerrat auf ein Verhandlungsmandat für die Kommission verständigen. Frankreichs Bedenken führten dazu, dass zunächst nur über die Bedingungen der Vorberei-

[59] Zitat nach: Okyar, Osman: Le rôle de De Gaulle dans l'accord d'association de la Turquie avec la Communauté européenne. In : Institut Charles de Gaulle (Hrsg.): De Gaulle et son siècle. Bd. 5 : L'Europe. Paris 1992. S.256-262.
[60] Vgl. Krieger (2006), S. 93.
[61] a.a.O.: S.75.

tungsphase verhandelt werden sollte, die „Festlegung der restlichen Inhalte der türkischen Assoziierung dagegen war erst gegen Ende der Vorbereitungsphase vorgesehen“.[62]

1.1.2. Französische Bedenken und Aussetzung der Verhandlungen

Frankreich hatte allerdings nicht nur Bedenken aufgrund der schwachen türkischen Wirtschaft und der unsicheren innenpolitischen Lage. Es gab noch einige andere Gründe, warum Frankreich einer zu raschen Annäherung der Türkei an die EWG allmählich sehr kritisch gegenüberstand.

Schon vor dem Assoziationsantrag hatten sich die Türken mit ihren Bemühungen, in verschiedenen europäischen Ländern Aufbaukredite zu erlangen, in Frankreich nicht beliebt gemacht. Erste Vorbehalte gegen die Finanzhilfen für die Türkei gab es bereits 1959. In diesem Jahr hatte die Türkei im Juni bereits einen Kredit von Italien über 50 Millionen Dollar erhalten. Von französischer Seite wurde beanstandet, „dass sie dasselbe Manöver jetzt in Bonn mit einem Kreditantrag über 600 Millionen Dollar für eine Laufzeit von drei bis fünf Jahren zu wiederholen versuche.“[63] Schon bald, so befürchtete man, werde auch ein entsprechendes Gesuch in Paris ankommen. In einem Aide-memoire des französischen Wirtschaftsministeriums hieß es zu dem Verhalten der Türkei, „es sei eine Konstante in der Politik der türkischen Machtelite, sich konsequent um komplementäre Finanzhilfen von Seiten der europäischen Partnerländer zu bemühen, die in Ankara als 'Club der Reichen' angesehen würden.“[64] Diese Situation spitzte sich zu, als die Türkei Anfang Dezember 1959 zusätzlich zu den laufenden Hilfszahlungen der OEEC, von der EWG 200 Millionen Dollar jährlich forderte, um den türkischen Staatshaushalt zu sanieren. Frankreich warf der Türkei jetzt unseriöses Verhalten vor. Den USA und der Bundesrepublik bescheinigte die französische Botschafter eine Unkenntnis der türkischen Wesensart: „C’était en effet mal connaître les dirigeants d’Ankara que de croire qu’ils ne chercheraient pas à tirer le maximum de profit d’un appui qui leur apparaissait tout naturel.“[65] Die Türkei nutze ihre strategisch günstige Lage aus, um an Finanzmittel der OEEC und der EWG-Länder zu kommen, so die französische Sicht. Ermahnungen zu mehr Finanzdisziplin tue die türkische Regierung mit stereotypen Antworten ab. Die Bereitschaft der Bundesregierung 1959 der Türkei außerhalb der OEEC-Hilfe neue Kredite bereitzustellen, stieß in Frankreich auf Unverständnis. Dieser Schritt sei dafür verantwortlich, dass die Türkei erneut an alle europäischen Türen klopfen werde, „car son appétit demeure solide“[66]. In

[62] Krieger (2006): S. 75.
[63] a.a.O.: S.94.
[64] Krieger (2006): S. 96.
[65] Zitat a.a.O.
[66] a.a.O.

Frankreich verbreitete sich im Laufe der Verhandlungen die Überzeugung, dass die Türkei von ihrer Kultur her nicht zu Europa passe: der Verhandlungsstil sei unprofessionell und die Delegation stets schlecht vorbereitet.
Der französische Botschafter in Ankara, Henry Spitzmüller, sah in der Kandidatur der Türkei reine Eitelkeit, um nicht hinter dem Erzfeind Griechenland zurückzustehen: „Il s'agit, au demeurant, non pas du fond des débats, mais d'une forme à préserver et d'un amour-propre toujours vif à ménager."[67]

In Frankreich fürchtete man zudem die Konkurrenz der türkischen Produkte auf dem EWG-Markt, wie zum Beispiel türkisches Getreide. Dies geht aus einer Studie der „Direction des Affaires Economiques et Financières" im französischen Außenministerium hervor, die im September 1959 vorgelegt wurde.[68] Es wurden Überlegungen angestellt, auf einer Beschränkung der Einfuhr türkischer Produkte zu bestehen. Viel stärker als für Frankreich stellte eine türkische Assoziation allerdings eine Konkurrenz für Produkte aus Algerien dar. Dabei lag gerade Anfang der 60er Jahre Paris viel daran, die algerischen Agrarexporte in die EWG zu fördern.[69]
Insgesamt wird deutlich, dass sich bei den Franzosen im Laufe der Verhandlungen eine zunehmende Skepsis gegenüber einer zu raschen Assoziation der Türkei entwickelt hat. Krieger spricht von einem „differenzierten und breit gefächerten Katalog türkeikritischer Argumente"[70] der französischen Delegation.

Durch den Militärputsch am 27. Mai 1960 kam es schließlich zu einem Bruch in den Assoziationsverhandlungen. Das „Komitee der Nationalen Einheit", ein Zusammenschluss aus Offizieren aller Ränge, übernahm die Regierung in der Türkei. Die Vorgängerregierung wurde im September 1961 zum Tode verurteilt, an den darauf folgenden Tagen wurden die Urteile am ehemaligen Ministerpräsidenten Menderes und zwei seiner Minister vollstreckt. Dieses Vorgehen löste in der ganzen Welt große Entrüstung aus. Viele Staaten, darunter auch Frankreich, schickten Botschaften an die türkische Regierung, um ihre Empörung auszudrücken. Es passe nicht in unsere Zivilisation, Staatsmänner im Anschluss an einen politischen Prozeß hinzu-

[67] Zitat nach Soutou, Georges-Henri : La France du général de Gaulle, la Turquie et l'Europe. In : Commentaire, 104/hiver 2003/2004. S.915-923. S. 916.
[68] Vgl. Krieger (2006): S. 93.
[69] Nach dem Ende des Algerienkrieges wollte Frankreich seinen Führungsanspruch in Algerien beibehalten. Deswegen beabsichtigte Frankreich, die wirtschaftliche Anbindung Algeriens an Europa zu festigen. Vor allem am algerischen Öl hatte Frankreich großes Interesse.
[70] Krieger, Eugen: Fragile EU-Perspektiven der Türkei seit den 1960er Jahren. 2004. In: http://www.hist.net/kieser/bs04/forum/krieger (Zugriff am 20.12.2006).

richten, schrieb de Gaulle.[71] Er verlangte vom Ministerrat der EWG, die Verhandlungen mit der Türkei über eine Assoziation abzubrechen. Auch wenn diese Haltung der Franzosen in Ankara als Einmischung in innere Angelegenheiten aufgefasst wurde, beschloss der Ministerrat dennoch am 25. September 1961 die Aussetzung der Gespräche mit der Türkei auf unbestimmte Zeit.

1.1.3. Wiederaufnahme der Verhandlungen 1962

Erst am 18. Juni 1962 wurden auf Ersuchen des türkischen Außenministers Selim Sarper die Verhandlungen über die Assoziierung wieder aufgenommen. Die Türkei war weiterhin zu keinen Kompromissen bereit und bestand auf einer Assoziation mit dem Ziel einer Zollunion. Sie forderte eine Gleichbehandlung mit Griechenland, dessen Verhandlungen mit der EWG bereits abgeschlossen waren und dessen Assoziierungsvertrag bereits am 1.11. 1962 in Kraft trat. „Noch immer handelte es sich faktisch um Sondierungsgespräche und die Diskussion kreiste erneut um die Kernfrage, ob mit der Türkei ein von der Zeitfolge des Römer Vertrages abweichendes Abkommen mit einer Zeitdauer von 22 Jahren bis zur Errichtung einer Zollunion abgeschlossen werden solle.“[72] Trotz vieler Einwände war die Kommission schließlich bereit, eine Einbeziehung der Türkei in die europäische Zollunion zu befürworten. Das Ankara-Abkommen trat am 1.Dezember 1964 in Kraft (vgl. Kapitel II, 1.1.).

1.1.4. Gründe für Frankreichs Zustimmung zum Ankara-Abkommen

Warum hat Frankreich diesem Assoziationsabkommen, das sogar eine Option auf einen Beitritt zur Gemeinschaft enthält, am Ende doch zugestimmt? Denn immerhin gab es, wie oben aufgezeigt, erhebliche Bedenken auf französischer Seite. Ein wesentlicher Grund war sicherlich der politische Zugzwang in dem sich die EWG im Rahmen des Kalten Krieges befand und dem sich auch Frankreich nicht entziehen konnte. Washington erwartete von den EWG-Ländern, flankierend zum sicherheitspolitischen Beitrag der NATO, mittels wirtschaftlicher Kooperation die politische Stabilisierung der Länder des Mittelmeerraumes zu erlangen. In Zeiten des Kalten Krieges konnte man das strategisch wichtige NATO-Mitglied Türkei nicht zurückweisen.

Die Kommission und die Regierung Adenauer teilten die amerikanische Sichtweise während der gesamten Verhandlungsdauer. Frankreich allerdings widerstrebte der Gedanke, der Aufforderung der USA nach Stabilisierung der Türkei Folge zu leisten und sich damit den sicherheitspolitischen Zielen Washingtons im Mittelmeerraum zu fügen. Doch man befürchtete,

[71] Zitat nach Okyar (1992): S. 259.
[72] Krieger (2006): S. 73.

dass die Türkei, die bereits Handelskontakte mit Staaten des Ostblocks unterhielt, in ihrer finanziellen Notlage empfänglich für Hilfsangebote aus der Sowjetunion sein könnte. Es ist wahrscheinlich, dass Frankreich nicht dafür verantwortlich sein wollte, eine ganze Region zu destabilisieren. Und so wogen am Ende die politischen Argumente für eine Assoziation der Türkei schwerer als die hauptsächlich wirtschaftlichen Bedenken Frankreichs.

Ein Gespräch, das der türkische Außenminister Feridun Erkin mit Général de Gaulle am 20. März 1962 führte, um ihn von seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Türkei nach dem Militärputsch abzubringen, scheint diese These zu bestätigen. De Gaulle vertrat die Meinung, dass die Türkei, als großes und wichtiges Land, eine Assoziation mit der EWG, anders als Griechenland, nicht nötig habe. Daraufhin antwortete Erkin, dass die Türkei, wenn sie von Europa zurückgewiesen würde, gezwungen sei, sich der Sowjetunion zuzuwenden, um zum Beispiel dort neue Absatzmärkte zu finden. Nachdenklich antwortete de Gaulle, dass er diese Frage mit seinen Beratern besprechen werde und zog sich zurück. Wenig später stimmte er dem Ankara- Abkommen zu. Dieses Beispiel zeigt, dass politische und strategische Überlegungen bei der Entscheidung zugunsten einer Assoziation wohl die Hauptrolle gespielt haben.[73]

Dies bestätigt auch Außenminister Maurice Couve de Murville in seiner Rede anlässlich der Ratifikation des Ankara-Abkommens in der Assemblée Nationale am 4. Dezember 1963: „Ce qui est peut-être plus important que les objectifs économiques, ce sont les perspectives politiques. En définitive, ce sont celles-ci qui expliquent que le gouvernement ait apposé sa signature sur les accords d'association avec la Turquie."[74]

Sicher ist aber auch, dass die Entscheidung positiv von der generellen Entwicklung der französischen Außenpolitik beeinflusst wurde. Nach dem Scheitern der Fouchet-Pläne und dem durch die Präambel abgeschwächten Elysée-Vertrag lag de Gaulles Intention in einem „Aufweichen der Blöcke". Sein erklärtes Ziel war es, den Einfluss der Supermächte in Europa zu reduzieren. De Gaulle war der Überzeugung, die Türkei könne Frankreich dazu verhelfen, die Ost-West-Blockade zu überwinden und den Einfluss Frankreichs im Nahen Osten geltend zu machen[75]. Wie Soutou schreibt, lag de Gaulles Ziel darin, „de fonder un nouveau système européen, réunissant l'ensemble du continent dans une perspective de dépassement de la guerre froide."[76] Die Türkei gehörte für de Gaulle zwar nicht zu einem christlichen Europa, aber im europäischen System spielte sie sehr wohl eine Rolle.

---

[73] Gespräch zitiert in Okyar (1992): S.259.
[74] Zitat a.a.O. S.260f.
[75] Soutou (2003) : S. 923.
[76] a.a.O. : S. 918.

Zudem bestand zwischen den USA und der Türkei zu Beginn der 60er Jahre eine wachsende Spannung.[77] De Gaulle sah darin vermutlich eine Chance, die Türkei aus dem Einflussbereich der Vereinigten Staaten herauszuziehen und zu einem Bestandteil der „politique arabe de la France“ zu machen. Die Aufmerksamkeit der islamischen Staaten sollte auf Paris gelenkt, und der Einfluss Frankreichs in der internationalen Politik gestärkt werden. Dafür sprechen auch die intensivierten Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei nach dem Assoziationsabkommen (vgl. Kapitel III, 1.2.).

Zwar konnte und wollte Frankreich das Ankara-Abkommen am Ende nicht verhindern. Dennoch fanden die französischen Bedenken Niederschlag in der Ausgestaltung des Textes. Anders als im Abkommen mit Griechenland gab es im Ankara-Abkommen eine Vorbereitungsphase. Über den Eintritt in die Übergangsphase musste nach Artikel 1 des Zusatzprotokolls der Assoziationsrat vier Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens entscheiden. Ein Automatismus zum Eintritt in die Übergangsphase wurde damit ausgeschlossen.

1.2. Exkurs: Phase der türkisch-französischen Annäherung nach dem Ankara-Abkommen

Ab 1963 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei für einige Jahre deutlich. Die Grundeinstellung de Gaulles gegenüber der Türkei hatte sich verändert. De Gaulle sah vermutlich die Chance, die Türkei aus dem Einflussbereich der USA zu ziehen und in seine Politik der „Überwindung der Blöcke“ einzubinden. Bei einem Besuch in der Türkei kurz vor Abschluss des Ankara-Abkommens verkündeten der französische Premierminister Georges Pompidou und sein Außenminister Maurice Couve de Murville im Juli 1963 in einem communiqué Frankreichs volle Unterstützung bei jeglichen Bemühungen der Türkei um einen wirtschaftlichen Aufschwung. In dem communiqué heißt es weiter „que, par ailleurs, les relations commerciales entre les deux pays étaient en train de s’accroître et que la collaboration culturelle et technique serait encore developpée.“[78] Tatsächlich gab es in dieser Zeit verstärkt wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, die sich positiv auf die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auswirkte.

Die französische Strategie einer unabhängigen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber den USA machte in der Türkei Eindruck. Die USA hatten die Türkei als treuer Verbündeter enttäuscht. Jetzt schien sich Frankreich als neuer starker Partner anzubieten. Vorläufiger Höhe-

[77] Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson drohte 1964 der Türkei, im Falle einer türkischen Invasion in Zypern, die Beistandsgarantie der westlichen Bündnispartner gegenüber der Türkei aufzukündigen. Dies war für die Türkei, die mit der Unterstützung der USA gerechnet hatte, ein herber Rückschlag. Zudem zogen die USA vermehrt Raketen aus der Türkei ab.

[78] Soysal (1986) : S.661.

punkt der Annäherung war De Gaulles Besuch in der Türkei im Oktober 1968. Zum ersten Mal in der Geschichte besuchte ein französischer Staatspräsident die Türkei und wurde vom türkischen Volk enthusiastisch empfangen. Dass eine enge Partnerschaft mit Frankreich der Türkei allerdings den Schutz der NATO nicht ersetzen konnte, wurde zum Zeitpunkt des Besuchs de Gaulle besonders deutlich: Jede Hoffnung auf eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West und damit auf eine verbesserte Sicherheitslage der Türkei wurden durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei enttäuscht.[79] Die Sowjetunion stellte für die Türkei nach wie vor eine große Gefahr dar, der sie nur mit Hilfe der NATO trotzen konnte.

1.3. Die Türkei und Frankreich in Europa zur Amtszeit Mitterrands

1.3.1. Frankreichs Position zum Antrag auf Vollmitgliedschaft 1987

Während der Amtszeit des Staatspräsidenten Valery Giscard d'Estaing und in den ersten Jahren der Amtszeit Mitterrands waren die türkisch-französischen Beziehungen weitgehend eingefroren.[80] Seit 1985 mehrten sich die Zeichen einer Entspannung der bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich. So wurden die Attentäter von Orly[81] unvoreingenommen in Frankreich zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Dies wurde in der Türkei positiv aufgenommen, da die Türken nun das Gefühl bekamen, dass Frankreich die Aktivitäten der armenischen Terroristen nicht länger duldet. Außerdem kamen die Beziehungen vor allem auf wirtschaftlicher Ebene in Schwung.

Seit 1985 versuchte die französische Regierung auf Initiative des Staatspräsidenten Mitterrand aktiv auch die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich zu entspannen. Unter dem Motto „agree to disagree"[82] klammerten die Verhandlungspartner die Zypernfrage[83] einfach aus. Im April 1986 traf Özal im Vorfeld einer OECD- Konferenz mit dem damaligen Premierminister Jacques Chirac zusammen. Bei dieser Begegnung versprach Chirac, den mit Özal eine Freundschaft verband,[84] sich für den Beitrittsantrag der Türkei bei der

---

[79] In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 rücken Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik ein. Damit werden die Reformversuche der kommunistischen Partei der CSSR gewaltsam beendet.

[80] Grund dafür war zum einen die innenpolitisch unstabile Situation in der Türkei (Militärputsch 1980), zum anderen die bilateralen Streitigkeiten aufgrund zahlreicher Attentate armenischer Terroristen in Frankreich auf türkische Staatsbürger. Die Türkei warf Frankreich vor, nicht entschlossen genug gegen die Terroristen vorzugehen.

[81] Am 15. Juli 1983 verübten armenische Terroristen (ASLA) am Flughafen von Orly ein schweres Bombenattentat, bei dem 8 Menschen getötet wurden und mehr als 60 verletzt.

[82] Vgl. Neue Züricher Zeitung, 14. Januar 1988.

[83] Mitterrand legte auf gute Beziehungen zu Griechenland ebenfalls großen Wert und wollte Interessenskonflikte in diesem sensiblen Bereich vermeiden.

[84] Vgl. Le Monde, 29. November 1988.
Chirac erklärte in einem Interview mit CNN turk am 20.November 1999: „J'ai le souvenir de relations très amicales que j'ai eues avec des personnalités turques. Et notamment, lorsque j'étais membre d'une organisation

EWG einzusetzen. Der erste französische Minister, der nach 12 Jahren wieder in die Türkei reiste, war der Verteidigungsminister André Giraud. Die Reise im Mai 1986 war damit von hoher politischer Bedeutung, auch wenn die Gespräche eher einen wirtschaftlichen Hintergrund hatten: die Türkei plante die Modernisierung ihrer Streitkräfte mithilfe französischer Mirage 2000 Kampfflugzeuge.[85]

Beim Besuch des türkischen Außenministers Vahit Halefoglu im Februar 1987 in Paris versicherten sowohl Mitterrand als auch Premierminister Jacques Chirac, „que la France ne sera pas un obstacle à la adhésion de la Turquie."[86] Frankreich sagte damit zu, kein Veto gegen einen Beitritt der Türkei einzulegen. Im Juli 1987 reiste der französische Außenhandelsminister mit einer Delegation französischer Unternehmer in die Türkei, um die wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen. Die Reise wurde als sehr erfolgreich von der französischen Presse gefeiert, der türkische Markt als Chance gesehen.[87]

Nach Einreichung des Beitrittsantrags seines Landes besuchte der türkische Premierminister Turgut Özal Deutschland und Frankreich, um für die Mitgliedschaft der Türkei in der EG zu werben. So kam er im November 1988 zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Paris. Dies war der erste Staatsbesuch eines türkischen Premiers seit 13 Jahren. Begleitet wurde er von seinem Minister für die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft Ali Bozer. Dieser Besuch zeugte von dem Wunsch Ankaras, dass Frankreich, das im Juli 1989 die Ratspräsidentschaft übernehmen sollte, sich in dieser Position öffentlich positiv gegenüber einer Vollmitgliedschaft aussprechen sollte.[88]

Die Franzosen verhielten sich in dieser Frage allerdings zurückhaltender als vermutlich von den Türken erhofft. Der Ministerrat stützte sich in der Türkei-Frage strikt auf die Vorgaben der Kommission, auch Frankreich hielt sich mit öffentlichen Äußerungen zur Situation im Vorfeld des Berichts der Kommission zurück. In ihrer Stellungnahme erklärte die Kommission am 18. Dezember 1989, dass die Türkei, aber auch die Gemeinschaft, einen mittelfristigen Beitritt der Türkei nicht bewältigen könne. Der Ministerrat folgte dem Rat der Kommission und lehnte den Beitrittsantrag ab.

---

politique internationale qui s'appelait l'Union démocratique européenne, à laquelle le Parti de la Mère Patrie voulait adhérer. Pour toutes sortes de raisons, un certain nombre de nos partenaires ne voulaient pas. A l'époque, c'était M. Ozal qui était Premier ministre. J'avais lancé une campagne extrêmement active pour l'adhésion, à sa demande, du parti de M. Ozal à l'Union démocratique européenne. J'ai fini par gagner et, en plus, aux Etats-Unis. C'est ma première contribution positive à l'intégration de la Turquie dans un système essentiellement européen. In: www.elysee.fr (Zugriff am 20.12.2006).

[85] Vgl. Le Monde, 20. Mai 1986.

[86] Le Monde, 20. Februar 1987.

[87] Vgl. Le Figaro, 8. Juli 1987.

[88] Vgl. Le Monde, 29. November 1988.

1.3.2. Mitterrand türkeifreundlicher Kurs und seine Motivationen

Zwar entschied sich Frankreich nicht gegen den Rat der Kommission und warb nicht öffentlich für die Annahme des Beitrittsgesuchs. Dennoch war der türkeifreundliche Kurs Mitterrands ab 1985 doch beachtlich. Die Krönung dieser Entspannungspolitik war sein Besuch in Istanbul 1992. Dies war der erste Besuch eines französischen Staatspräsidenten seit De Gaulle 1968. Die Reise stand im Schatten der Kurdenfrage. Bei Demonstrationen gegen die Kurdenpolitik der Türkei am kurdischen Neujahrsfest Newroz gab es im März 1992 mindestens 50 Tote durch Schüsse der türkischen Armee und Polizei. Mitterrand äußerte sich im Rahmen seines Staatsbesuchs in einem Fernsehinterview zur Kurdenfrage und nahm dabei eine sehr diplomatische Position ein. Er sprach sich gegen die Gründung eines kurdischen Staates, aber für die Wahrung der Rechte der kurdischen Minderheit aus:

> „Je ne suis pas de ceux qui pensent qu'il faille encourager la revendication de nombreux Kurdes vers la création d'un Etat unifié qui provoquerait d'immenses difficultés avec plusieurs pays du Proche et Moyen-Orient, en particulier la Turquie. Non, je ne pense pas qu'il le faille mais il faut que les droits les plus élémentaires de l'homme et du citoyen soient respectés. »[89]

Das Verhalten der türkischen Regierung in der Kurdenfrage führte zu ernsthaften Spannungen in den traditionell guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Diese Situation wusste Mitterrand jetzt geschickt zu nutzen. So wurden in der türkischen Presse während des Mitterrand-Besuchs Stimmen laut, dass „in Westeuropa künftig Paris als traditioneller Freund der Türkei auftreten könnte."[90]

Natürlich verfolgte Mitterrand mit der Annäherung an die Türkei bestimmte Interessen. Die Tatsache, dass mehr als 150 Geschäftsleute und 7 Minister im Gefolge des Präsidenten nach Ankara gefahren waren, zeigt, dass diese Interessen vor allem wirtschaftlicher Natur waren. Während des Besuchs sollten die Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie, Handel und Kultur ausgelotet werden.[91] Im Rahmen des Besuchs wurden große Projekte geplant, die mit Hilfe der französischen Wirtschaft verwirklicht werden sollten, so zum Beispiel eine „liaison ferroviaire rapide" zwischen Ankara und Istanbul, der Ausbau des Istanbuler Flughafens und die Lieferung von Transporthubschraubern. Seit 1985 haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ankara und Paris enorm verbessert. Das Handelsvolumen hat sich nahezu verdoppelt, von 1,1 Milliarden Dollar 1987 auf 1,9 Milliarden im Jahr 1991. 1992 hatten sich bereits 120 französische Firmen in der Türkei angesiedelt,

---

[89] Interview accordé par M. François Mitterrand président de la Republique à la télévision turque et au journal « Hurriyet ». 12. April 1992, Paris. In : http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/ (Zugriff am 22.12.2006).
[90] Neue Züricher Zeitung, 15. April 1992.
[91] a.a.O.

1986 waren es gerade 9.[92] Renault beherrschte 1992 bereits 40 Prozent des türkischen Automarkts. 1992 war Frankreich, gemessen an der Anzahl der Firmen, der größte Investor in der Türkei. Über den türkischen Markt hinaus hatte Frankreich auch schon die türkischstämmigen Republiken Zentralasiens und des Kaukasus als neue Absatzmärkte fest im Blick.[93]

Zudem war es für Frankreich politisch von großer Bedeutung, mit der Türkei gute Beziehungen zu unterhalten. Im Februar 1987 reiste der Außenminister Jean-Bernard Raimond nach Griechenland, dem Ägäis-Anrainer, mit dem Frankreich in den zurückliegenden 20 Jahren die engeren Beziehungen pflegte, um die französische Politik gegenüber der Türkei zu rechtfertigen und die Griechen zu beruhigen. Er gab einen ersten Hinweis auf mögliche Gründe für den Politikwechsel: „[L]a France ne pouvait pas continuer à ignorer superbement un pays aussi important, dont d'ailleurs la pratique en matière de droits de l'homme est en évolution."[94] Weiter erklärte der Minister ausweichend, dass Frankreich eine verbesserte Kooperation mit der Türkei zwar begrüße, einen Antrag auf Mitgliedschaft allerdings für verfrüht halte. Paris bemühte sich also sichtlich um eine ausgewogene Haltung gegenüber den miteinander im Streit liegenden Mittelmeerländern Griechenland und Türkei.

Das strategisch wichtig gelegene Land Türkei verlor auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht an Bedeutung in der Weltpolitik – im Gegenteil. Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte aus der Türkei mit ihrem laizistischen Islam und ihrem Wirtschaftsmodell das Vorbild für die türkischsprachigen Völker der Region. Zudem sah man in der Türkei einen Vermittler gegenüber dem Westen. So erklärte Mitterrand in dem oben erwähnten Fernsehinterview: „La Turquie apparaît comme un point fort, et finalement stable, qui est très différent de la plupart des pays qui l'entourent. Elle a représente un élément déterminant dans la politique mondiale telle qu'on peut la considérer à Paris."[95] Im Gegenzug erklärte Özal, dass die Türkei bei der Entwicklung dieser Region auf der Suche nach Partnern sei und: „les Français sont les bienvenues"[96]. Somit konnte Mitterrand mit der Intensivierung der Beziehungen zur Türkei seinen Einfluss in der gesamten Kaukasusregion vergrößern. Ein Diplomat in Le Figaro erklärte Mitterrands Politik so: „La France doit se doter des moyens d'une stratégie globale en direction du Caucase et de l'Asie centrale à partir d'Istanbul."[97]

In der Türkei hoffte man unter anderem darauf, dass Frankreich mit seinen guten Beziehungen zu Armenien im Konflikt um die Region Berg-Karabach vermitteln könnte.

---

[92] Vgl. Le Monde, 13. April 1992
[93] Neue Züricher Zeitung, 15. April 1992
[94] Vgl. Le Monde, 4. Februar 1987.
[95] Interview accordé par M.François Mitterrand président de la Republique à la télévision turque et au journal « Hurriyet », 12. April 1992, Paris In : http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/ (Zugriff am 22.12.2007)
[96] Libération, 13. April 1992.
[97] Le Figaro, 12. April 1992.

Betrachtet man das Europabild des Sozialisten Mitterrand, so wird deutlich, dass die Türkei dort ihren Platz findet. In seiner Neujahransprache vom 31.12.1989 erläuterte Mitterrand seine Idee der Europäischen Konföderation, die nach dem Fall des eisernen Vorhangs das System von Jalta überwinden sollte. Sein Ziel war in erster Linie, aus ganz Europa einen einzigen Raum zu machen, mit einem gemeinsamen Markt und einem starken Kern, der gemeinsame politische Entscheidungen steuern kann. Die MOE- Staaten sollten zwar an die EG herangeführt werden, aber konkrete Assoziierungs- und Beitrittsperspektiven sollten dabei nicht eröffnet werden. Im Mai 1990 äußerte er zudem den Wunsch, dass auch die UdSSR an einer solchen Europäischen Konföderation beteiligt werden solle. Obwohl Mitterrand es nie explizit gesagt hat, kann also davon ausgegangen werden, dass in dieser Konföderation auch die Türkei ihren Platz hat. Denn Bedenken gegen den Antrag der Türkei aufgrund der anderen Religion und Kultur, wies Mitterrand entschieden zurück: „L'Europe se dessine comme une vaste communauté de valeurs et d'intérêts, qui ne saurait être limitée par des conceptions géographiques ou par des préjugés culturels."[98]An der Europäizität der Türkei zumindest zweifelte Mitterrand nicht. Somit hatte in seinen Augen die Türkei die gleichen Rechte, dieser Europäischen Konföderation beizutreten, wie die MOE-Staaten.

1.4. Zwischenfazit: Pragmatische Türkei-Politik Frankreichs

Jacques Chiracs Unterstützung eines Beitritts der Türkei wird häufig in der Tradition der Zustimmung de Gaulles zum Ankara-Abkommen gesehen.[99] Diese Sichtweise ist jedoch irreführend und suggeriert, dass der General dem Abkommen ohne Zweifel und aus voller Überzeugung zugestimmt hat. Bei genauerer Betrachtung der Vorgänge wird allerdings deutlich, dass die Zustimmung de Gaulles zum Ankara-Abkommen keine Herzensangelegenheit war. Vielmehr war sie eine pragmatische Entscheidung, die schließlich seinen europa- und weltpolitischen Ambitionen ab 1963 entgegenkam. Denn eigentlich gehörte die Türkei für ihn nicht zu einem Europa „d'origine chrétienne". Gleichzeitig hatte die Türkei für ihn aber einen Platz im politischen System Europas, vor allem nach de Gaulles Politikwechsel nach 1963. Hatte er zunächst Bedenken, dass die Türkei die EWG schwächen könnte, fand die Türkei nach 1963 einen Platz in seinem „concert européen"[100].

Mitterrand strebte seit der Ablösung des Militärregimes in der Türkei und dem liberalen Kurs der Regierung Özal, gute Beziehungen mit der Türkei an. Im Vordergrund standen dabei wirtschaftliche Interessen. Sensible Themen wie die Zypernkrise, Menschenrechte oder die Frage

[98] Le Figaro, 15. April 1992.
[99] zum Beispiel Trean, Claire: De Gaulle, Mitterrand, Juppé et Chirac ont plaidé pour l'intégration de la Turquie. Le Monde, 10. Oktober 2004.
[100] Zitat nach Soutou (2003): S. 923.

um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern wurden in den sich entspannenden türkisch-französischen Beziehungen ausgeklammert.[101] Mitterrand stand zwar einem Beitrittsantrag der Türkei nicht im Weg, unterstützte ihn aber auch nicht aktiv. Mitterrand war aber von der „Europäizität“ der Türkei überzeugt, weshalb er einen Beitritt der Türkei zur EWG, der „vaste communauté des valeurs et d'interets“[102] befürwortete. Allerdings ging für Mitterrand Vertiefung vor Erweiterung der Gemeinschaft, weshalb Frankreich der Stellungnahme der Kommission zustimmte und das türkische Beitrittsgesuch ablehnte. Zusammenfassend kann man also sowohl die Türkeipolitik de Gaulles, als auch die Türkeipolitik Mitterrands als pragmatisch bezeichnen. De Gaulle stimmte aus pragmatischen Überlegungen heraus dem Ankara-Abkommen zu und wurde erst im Laufe der Zeit zu einem Türkei-Befürworter, wohingegen Mitterrand eigentlich einen Beitritt der Türkei befürwortete, aus pragmatischen Gründen allerdings das Beitrittsgesuch auch von Frankreich abgelehnt wurde.

2. Frankreich als Partner der Türkei auf dem Weg zum Beitritt

Mit dem Amtsantritt Jacques Chiracs verfestigte sich die französische Unterstützung der Türkei bei ihrer Annäherung an Europa, die Mitterrand in seinen letzten Amtsjahren begonnen hatte. Frankreich wollte die Türkei definitiv in die europäischen Strukturen mit einbeziehen, sei es zunächst durch die Zollunion und später auch mit Aussicht auf die Vollmitgliedschaft des Landes. Dieses Kapitel widmet sich zunächst der Darstellung dieser Unterstützung durch Frankreich. Wie hat sich Chirac, in der Türkei-Frage bis 2004 immer übereinstimmend mit der jeweiligen Regierung, für die Anbindung der Türkei eingesetzt? Dazu werden die wichtigsten Stationen der Anbindung (Zollunion, Türkei wird Beitrittskandidat, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen) und die jeweilige französische Position beleuchtet. Im Anschluss sollen mögliche Gründe für Frankreichs Unterstützung der Türkei analysiert werden.

2.1. Die Zollunion mit der Türkei 1995

Die französische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1995 stand im Schatten des Präsidentschaftswahlkampfs in Frankreich. Die Auseinandersetzungen zwischen Premierminister Edouard Balladur und RPR-Chef Jacques Chirac lähmten die Regierungsarbeit und führten zu einem „gebremsten Europa-Elan“[103] Frankreichs. Zudem musste sich in dieser Zeit die neue

[101] Dass diese Themen zu dieser Zeit in Europa durchaus diskutiert werden, zeigt die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zum Beitrittsantrag der Türkei: Das Europäische Parlament fordert vor einem Beitritt der Türkei die Anerkennung des Völkermords an der Armeniern, sowie den Abzug der türkischen Truppen aus Zypern.
[102] Le Figaro, 15. April 1992.
[103] Europäische Zeitung, Januar 1995.

Kommission unter Jacques Santer einarbeiten und drei neue Mitglieder (Österreich, Schweden, Finnland) stellten neue Herausforderungen an die Kommunikation und Koordination innerhalb der EU, die nun auf 12 Mitglieder angewachsen war. Die Vorraussetzungen für große Initiativen der französischen Ratspräsidentschaft waren demnach nicht gegeben und wurden auch nicht erwartet.

Zwar lag das Hauptaugenmerk der französischen Regierung auf einer Vertiefung der Union, namentlich die Umsetzung der WWU, aber Frankreich konnte sich auch der Erweiterungsdynamik, die Anfang der 1990er Jahre in der Union herrschte, nicht entziehen. Die französische Ratspräsidentschaft verschrieb sich einem Ausbau der Mittelmeerpolitik der EU, als Ausgleich zum Engagement in Mittel- und Osteuropa: Außenminister Alain Juppé forderte, sich im Süden stärker finanziell und politisch zu engagieren. Nach der Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Reformländer in die Gemeinschaft „sei nun als Ausgleich eine Hinwendung zu den Mittelmeerländern erforderlich."[104] Zudem verwies Juppé auf den Beitrag, den die EU zur politischen Stabilisierung des Nahen Ostens leisten müsse. Frankreich strebe keine Umschichtung der Gelder zulasten der MOE- Länder an, es seien vielmehr zusätzliche Anstrengungen für die südlichen Nachbarn notwendig.[105] Im Rahmen der Überlegungen für ein stärkeres Engagement im Mittelmeerraum sah die französische Ratspräsidentschaft vor, unter ihrem EU-Vorsitz die nötigen Vereinbarungen für die Zollunion mit der Türkei zu treffen. Dies war der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 nicht gelungen. Sie scheiterte an der starren Haltung Griechenlands, das aufgrund einer „réserve générale"[106] eine einstimmige Entscheidung zur Vollendung der Zollunion verhinderte.

Mit großer Hartnäckigkeit erwirkte die Regierung Balladur einen Kompromiss: Gegen das Zugeständnis der EU, sechs Monate nach der Regierungskonferenz 1996 Beitrittsgespräche mit Zypern aufzunehmen, war Griechenland schließlich bereit, sein Veto fallen zu lassen. Zudem handelte Athen Ausgleichszahlungen für die durch die Zollunion mit der Türkei benachteiligte griechische Textilindustrie aus. Im März tagte schließlich der Assoziationsrat und unterzeichnete das Abkommen über die Zollunion.

Zur Verwirklichung dieses gefundenen Kompromisses musste allerdings noch das EP der Zollunion zustimmen. Anders als für die europäischen Regierungen war für das Parlament die Einhaltung der Menschenrechte eine Bedingung für die Verwirklichung der Zollunion. Bis

[104] FAZ, 12. Januar 1995.
[105] a.a.O. Konkret forderte die französische Regierung die Bereitstellung von rund 7,4 Milliarden Mark in den Jahren 1995 bis 2000. Den osteuropäischen Ländern hat die EU für den gleichen Zeitraum 9,5 Milliarden Mark zugesagt.
[106] L'Humanité, 19. Dezember 1994.

zur Abstimmung im Dezember bemühte sich die französische Regierung deshalb, das Projekt Zollunion nicht in letzter Instanz scheitern zu lassen. Bei der Reise der Troika (Frankreich, Deutschland, Spanien) Ende März 1995 erklärte Juppé hoffnungsvoll: „Il reste quelques mois pour arranger les choses.“[107] Eindringlich warnte er die Türkei davor, dass ihr Verhalten in der Kurdenfrage[108] das Abkommen über die Zollunion immer noch in Frage stellen könne. Im Grunde äußerte Juppé Verständnis für den türkischen Kampf gegen den Terrorismus. Aber er erklärte: „Nous nous sommes préoccupés du […] caractère massif et de l'absence de délai assigné à cette opération.“[109] Die Europäer, so Juppé weiter, befürchten massive Gefahr für die Zivilbevölkerung. Er betonte, dass die Kurdenfrage von der Türkei nicht nur auf militärischen, sondern vor allem auf politischem Wege gelöst werden müsse.[110]

Der am 17. Mai 1995 neu gewählte Staatspräsident Jacques Chirac blieb in der Türkei-Frage auf dem Kurs seines Vorgängers Mitterrand. Juppé, jetzt im Amt des Premierministers, engagierte sich weiterhin für die Zollunion mit der Türkei. Chirac und Juppé forderten die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller in Gesprächen zu mehr demokratischen Reformen auf, damit die Zollunion wie vorgesehen am 1. Januar 1996 zustande kommen könne.[111] Denn der Fortschrittsbericht der Kommission, der im Vorfeld der Abstimmung im Europaparlament, am 10. Juli vorgelegt wurde, fällte ein vernichtendes Urteil: „Die gegenwärtige Lage in der Türkei ist in Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte unbefriedigend“[112], heißt es dort. Die Zollunion mit der EU schien für die Türkei in weite Ferne zu rücken, da eine Zustimmung des Europaparlaments immer unwahrscheinlicher wurde. Mit deutlichen Worten ergriff der französische Staatspräsident Chirac in dieser Situation Partei für die Türkei. Er sprach sich gegen eine Aussetzung der Gespräche aus. „ Er wisse um die Menschenrechtsproblematik […], aber man müsse Realist bleiben.“[113] Die Türkei solle „trotz der Sorge um den Schutz der Menschenrechte nicht den fundamentalistischen Kräften“[114] überlassen werden, erklärte er in seiner Rede vor dem Europaparlament zur Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft. Auf dem ER von Cannes unterstrich er: „Je souhaite que l'accord d'union douanière soit votée par le Parlement devant lequel il est et je lui ai dit que tel était

[107] Le Figaro, 24. März 1995.
[108] Einmarsch türkischer Truppen in den Nordirak, um die Stützpunkte der PKK anzugreifen und Verurteilung kurdischer Abgeordneter zu langen Haftstrafen.
[109] Visite de la Troika de l'Union Européenne à Ankara- Conference de presse
In : http://www.doc.diplomatie.fr (Zugriff am 2.2.2007).
[110] a.a.O.
[111] Die Zeit, 22. Juni 1995.
[112] Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1995.
[113] Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1995.
[114] Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 1995.

mon point de vue… « [115] Von den EU-Parlamentariern musste sich Chirac dafür, auch im Hinblick auf ein Kooperationsabkommen mit Russland, vorwerfen lassen, offenbar der Einhaltung der Menschenrechte und demokratischen Grundprinzipien nicht genügend Bedeutung beizumessen.[116]

Nachdem die Außenminister der EU bei ihrem Treffen Ende Oktober ebenfalls bekräftigten, dass trotz erneuter Menschenrechtsverletzungen in der Türkei der politische Dialog nicht abgebrochen werden sollte,[117] stimmte das EP, trotz weiterhin bestehender Bedenken, am 13. Dezember 1995 der Zollunion mit einer großen Mehrheit zu, die sich in den Wochen vor der Abstimmung bereits angedeutet hatte.[118] Das EU-Parlament zeigte sich von der Haltung der meisten EU-Regierungen beeindruckt. Denn nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien hatten sich für die Zollunion eingesetzt. Zudem wirkte das Argument, dass ein negatives Votum wenige Tage vor der türkischen Parlamentswahl den fundamentalistischen Kräften Auftrieb verleihen könnte.[119] Viele Abgeordnete wollten ihre Zustimmung als ermutigendes Signal an die türkische Regierung verstanden wissen, weitere demokratische Reformen durchzusetzen.[120] Zudem wurde in der Türkei am 24. Dezember gewählt. Mit Inkrafttreten der Zollunion am 1. Januar 1996 nimmt die Türkei in den Außenbeziehungen der Europäischen Union eine Sonderstellung ein. Sie ist das einzige Land, das eine Zollunion mit der EU gebildet hat, ohne zuvor die Mitgliedschaft zu erwerben.

Zwei Monate nach Inkrafttreten der Zollunion gab es jedoch bereits Verzögerungen bei ihrer Umsetzung. Griechenland verweigerte aufgrund von Streitigkeiten um eine Insel in der Ägäis und mit Hinweis auf die Lage in Zypern[121] die Zustimmung zu wichtigen Entscheidungen zur Umsetzung der Zollunion im Ministerrat. Mit seinem Veto blockierte es Finanzhilfen in Höhe von 375 Millionen Ecus.[122] „Nous en avons par-dessus la tête de voir revenir le chantage au blocage de l'aide financière à la Turquie et à l'ajournement des conseils d'association", hieß es dazu von französischer Seite. Es sei unerträglich, dass das Übereinkommen, zu dem man

---

[115] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jacques Santer, président de la Commission Européenne à l'issue du Conseil européen de Cannes. 27. Juni 1995. In: www.elysee.fr (Zugriff am 25.1.2007).

[116] Vgl. Handelsblatt, 12. Juli 1995.

[117] Vgl. Süddeutsche Zeitung, 31. Oktober 1995.

[118] 343 Abgeordnete stimmten für den Ausbau der europäisch-türkischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, 149 dagegen, darunter alle griechischen Abgeordneten.

[119] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1995.

[120] a.a.O.

[121] Nachdem auf Zypern die Spannung erneut gestiegen ist und es bei Auseinandersetzungen Ende August/Anfang September auf beiden Seiten zu Toten kam, hat auch das Europäische Parlament im September die Aussetzung der Finanzhilfe beschlossen.

[122] Griechenland hatte sich außerdem dagegen gewandt, dass die Türkei Zahlungen aus dem MEDA-Programm erhält. Da allerdings im MEDA- Programm keine Länderquoten vorgesehen waren, wäre so das gesamte Programm blockiert worden. Griechenland gab im Juli 1996 nach und gab die MEDA-Mittel frei.

1995 gekommen sei, beim geringsten Zwischenfall in Frage gestellt werde.[123] Es wurde deutlich, dass die Bereinigung des griechisch-türkischen Konflikts die Hauptvoraussetzung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei ist.

2.2. Frankreich und der Beitrittskandidat Türkei

2.2.1. Der Europäische Rat von Luxemburg 1997- enttäuschte Hoffnungen

Die anstehende Osterweiterung der Europäischen Union warf in den 1990er Jahren Grundsatzfragen auf, wie zum Beispiel die der territorialen Grenzen der EU. Im Mittelpunkt dieser Frage stand und steht noch heute die Türkei (vgl. Kapitel III, 3.5.). Der europäische Gipfel in Luxemburg 1997 wurde von der Diskussion um die „Türkei- Frage“ überschattet, auch weil die Türkei nach der Vollendung der Zollunion auf eine Vollmitgliedschaft drängte. Kann die Türkei der Europäischen Union beitreten, oder sollte die EU nach neuen Wegen einer Annäherung mit Ankara suchen, so wie es die Bundesregierung unter Helmut Kohl gerne gesehen hätte? Frankreich wurde in dieser Debatte, die sich über das ganze Jahr 1997 erstreckte, zum „ardent avocat d’Ankara“[124]. Beim informellen Treffen der Außenminister im niederländischen Apeldoorn im März 1997 verteidigte der französische Außenminister Herve de Charette „la vocation de la Turquie à adhérer à l’Union.“[125] Mit Hinweis auf das Ankara-Abkommen erklärte er weiter: „Ce qui a été indiqué en 1964 doit être confirmé avec force dans l’intérêt de l’Union, de la Turquie, de la stabilité internationale et de celle de cette région. La France pense que le moment est venu de confirmer cette vocation.“[126] Auf keinen Fall solle die Entscheidung über einen Beitritt von ethnischen oder religiösen Kriterien abhängen. Damit spielte de Charette auf angebliche Äußerungen Kohls an, dass die Türkei nicht in ein christliches Europa passe.[127]

Die türkische Regierung bekräftigte unterdessen mehrfach ihren Anspruch, Mitglied in der EU zu werden. Zwischenzeitlich drohte die Türkei sogar, ein Veto gegen die Ost-Erweiterung der NATO einzulegen, sollte ihr Wunsch nach einer echten Beitrittsperspektive nicht erfüllt werden, ließ von dieser Drohung später allerdings wieder ab.

---

[123] Le Monde, 24. Februar 1996.
[124] Le Monde, 20. Februar 1998.
[125] Le Monde, 18. März 1997.
[126] a.a.O.
[127] Kohl soll auf einer Konferenz christlicher europäischer Parteien gesagt haben, die EU beruhe auf christlichen Prinzipien und habe keinen Platz für Staaten, die diese Identität nicht teilen. Diese Äußerung bezog die türkische Regierung auf sich. Die Darstellung in der Presse wurde von der Bundesregierung zurückgewiesen. Kohl beklagte sich über falsche Berichterstattung. Die Darstellung geht vermutlich auf ein Treffen der Europäischen Volkspartei (EVP) im März 1997 zurück. Der belgische Ministerpräsident Martens hatte verkündet, die Parteien seien der übereinstimmenden Auffassung, die Türkei sei kein Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU. An dem Treffen hatte auch der CDU-Vorsitzende Kohl teilgenommen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.September 1997, 20.Dezember 1997

Da sich bereits zu Beginn der Debatte abzeichnete, dass die Türkei auf dem Gipfel in Luxemburg nicht als Beitrittskandidat benannt wird, fasste man zum Ausgleich die von Frankreich angeregte Europa-Konferenz ins Auge. Die Konferenz sollte ein gemeinsames Forum für die fünf Beitrittskandidaten und sämtliche Beitrittsanwärter, sowie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bilden. So sollte den Staaten, mit denen noch keine konkreten Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, die Möglichkeit für weitere Annäherungsgespräche gegeben werden. Frankreich bekräftigte mehrfach seine Forderung nach einer Einbeziehung der Türkei in die Konferenz,[128] um dem Land so zu demonstrieren, dass es vom Beitrittsprozess nicht vollkommen ausgeschlossen ist. Die Bundesregierung sprach sich zunächst gegen eine Teilnahme der Türkei an der geplanten Europa-Konferenz aus, da so „unrealistische Erwartungen in Ankara geweckt werden könnten."[129] Die Bundesregierung hatte eine Europa-Konferenz als Krönung des strukturierten Dialogs favorisiert. Der Teilnehmerkreis sollte auf die Mitgliedsstaaten, die zehn MOE-Staaten und Zypern begrenzt bleiben. Frankreich war bemüht, gemeinsam mit Großbritannien die deutsche Regierung davon zu überzeugen, dass sie mit einer ablehnenden Haltung, eine Destabilisierung der türkischen Demokratie riskiere. Die Kommission und die Mehrheit der EU-Staaten jedenfalls wünschte eine Teilnahme der Türkei an der Europa-Konferenz. Die Kommission platzierte die Europa-Konferenz in der Agenda 2000 zwischen ihre Ausführungen über Zypern und die Türkei und nicht im Kontext der Heranführungsstrategie. Somit wurde deutlich, dass sie auch für die Türkei offen stand. Die Bundesregierung lenkte zwar ein, Außenminister Klaus Kinkel machte allerdings keinen Hehl daraus, dass sich die Bundesregierung eine gesonderte Behandlung der Türkei, unabhängig vom Beitrittsprozess mit den MOE-Staaten vorstellen könne.[130]

Frankreich bedauerte nach Beendigung des ER in Luxemburg öffentlich, dass der Türkei keine Beitrittsperspektive geboten wurde.[131] Chirac erklärte auf seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel:

> „Je dirai que j'ai un petit regret, au sujet de la Turquie, pour laquelle nous n'avons pas pu, compte tenu d'une opposition tout à fait compréhensible de nos amis grecs, faire les ouvertures que j'aurais souhaitées pour ma part. J'espère que la discussion continuera."[132]

---

[128] Vgl. Le Monde 5. April 1997.
[129] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 1997.
[130] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. November 1997.
[131] ebenso Italien, die Niederlande und Großbritannien.
[132] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et M. Hubert Vedrine, Ministre des Affaires étrangères, à l'issue du Conseil européen. Luxemburg, 13. Dezember 1997. In: www.elysee.fr (Zugriff am 18.1.2007).

Zwar bestätigte der ER die grundsätzliche Beitrittsfähigkeit der Türkei, bot allerdings aufgrund der unbefriedigenden politischen Situation in der Türkei nur eine „Strategie zur Vorbereitung der Türkei auf den Beitritt“[133], die nicht der Heranführungsstrategie der übrigen Kandidatenländer entsprach. Die Intensivierung der Beziehungen mit der Türkei machte der ER in Luxemburg von speziellen Maßnahmen abhängig, insbesondere der Einrichtung von zufrieden stellenden Beziehungen mit Griechenland. Chirac bedauerte die Blockade-Haltung Griechenlands gegenüber der Türkei: « Pour rien vous cacher, il y a une analyse commune de quatorze pays au sein de l’Union qui sont tout à fait sur la même ligne à ce sujet, et il y a eu une opposition de nos amis Grecs, que l’on peut comprendre, mais que, néanmois, j’ai regrettée. »[134]

Die Türkei reagierte auf die Beschlüsse des Rats ungehalten. Die Einladung zur Europa-Konferenz wurde von der türkischen Regierung als Trostpflaster aufgefasst.[135] Sie hatte von der EU erwartet, in die Riege der Beitrittskandidaten aufgenommen zu werden und so eine realistische Zukunftsperspektive[136] zu erhalten. Nach dem Gipfel in Luxemburg verkündete die türkische Regierung eine „politische Eiszeit“. Es werde keinen politischen Dialog mehr zwischen der EU und seinem Land geben,[137] verkündete Ministerpräsident Yilmaz. Zudem lehnte Yilmaz das Angebot der Teilnahme an der Europa-Konferenz ab.

Frankreich setzte nach der enttäuschten Reaktion der Türkei alles daran, sie doch noch zu einer Teilnahme an der Europa-Konferenz zu bewegen. So erklärte Außenminister Hubert Vedrine bei einem Besuch in Ankara in einem Gespräch mit der Zeitung „Yeni Yuzyil“, dass die Teilnahme an der Konferenz der Türkei die Möglichkeit gebe, ihre europäische Bestimmung zu bekräftigen und sie damit im Interesse der Türkei liege.[138] Frankreich wünsche sich, dass die türkische Entscheidung positiv für eine Teilnahme ausfalle. Staatspräsident Chirac versuchte die Frustration des türkischen Staatspräsidenten Suleyman Demirel bei einem Staatsbesuch im Februar 1998 zu besänftigen. „L'invitation qui vous a été faite illustre notre volonté d'inclure votre pays dans la famille européenne et dans le processus d'élargissement

[133] Europäischer Rat in Luxemburg. Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember 1997. Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
[134] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac (1997).
[135] Le Figaro, 13./14. Dezember 1997
[136] Süddeutsche Zeitung, 20. Dezember 1997
[137] Entretien avec Mesmut Yilmaz: Turquie: la mal-aimée. In : Politique Internationale 80/1998.
[138] Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft: Besuch des Französischen Außenministers Hubert Vedrine in Ankara. Gespräch mit der türkischen Tageszeitung „Yeni Yuzyil“. Frankreich-Info, 16. Januar 1998.

de l'Union“[139], erklärte er. Seine Versuche, Demirel zu einer Teilnahme an der Europakonferenz zu bewegen waren allerdings ohne Erfolg. Die Europa-Konferenz, die in erster Linie eingerichtet worden war, um die Zurückweisung der Türkei diplomatisch aufzufangen,[140] fand am Ende ohne die Türkei statt.

Bei der Europa-Konferenz in London vom 12. März 1998 bedauerte Chirac die Abwesenheit der Türkei:

> „Nous avons un regret: c'est l'absence de la Turquie. Vous savez que la Turquie avait été invitée, que celle-ci a mal compris les conclusions du Sommet de Luxembourg, à mon avis d'ailleurs à tort, mais enfin nous qui sommes très attachés à la présence de la Turquie dans l'Europe, à sa vocation européenne, nous avons évidemment regretté cette absence.“[141]

Nachdem er sich so für die Teilnahme der Türkei an der Europa-Konferenz eingesetzt hatte, war für ihn das Nichterscheinen besonders bitter. Der für den 15. Mai 1998 terminierte Assoziationsrat wurde von der Türkei ebenfalls abgesagt. Erst im Juli 1998 gab es wieder eine erste Annäherung der Türkei an die EU, als Ankara der Kommission ein Dokument übergab, in dem die Assoziierung als ein Schritt zum Beitritt erklärt wurde und in dem die Freigabe der Finanzmittel gefordert wurde. Besonders betont wurde die Forderung nach Gleichbehandlung.[142] Zur Freigabe der Finanzmittel aus dem Finanzprotokoll der Zollunion, die immer noch am Widerstand Griechenlands scheiterte, entwickelte die Kommission eine Art Doppelstrategie. Sie wollte der Türkei 135 Millionen ECU für wirtschaftliche und soziale Entwicklung zur Verfügung stellen und nicht im Rahmen der Zollunion. Diese Mittelvergabe hätte nur eine Mehrheit im Ministerrat benötigt, die griechische Blockade wäre umgangen gewesen. Da Griechenland allerdings mit dem Gang vor den Europäischen Gerichtshof drohte und das Parlament nicht zuzustimmen drohte, scheiterte dieser Versuch, der auch von Frankreich unterstützt wurde, im Ansatz.

2.2.2. Grünes Licht in Helsinki 1999 – die Türkei wird Beitrittskandidat

Unter dem Eindruck der unerwartet emotionalen Reaktion der Türkei auf die Beschlüsse von Luxemburg, kam es in den zwei Jahren bis zum Europäischen Rat in Helsinki zu einem Stimmungswechsel zugunsten der Türkei. Der Europäische Rat begrüßte „die jüngsten positiven Entwicklungen in der Türkei“ und bezeichnete die Türkei zum ersten Mal offiziell als

---

[139] Allocution du President de la Republique, M. Jacques Chirac, lors du dîner d’Etat offert en l’honneur du President de la République de Turquie, M. Suleyman Demirel, Paris, 19.2.1998. In : www.doc.diplomatie.fr (Zugriff am 22.1.2007)

[140] Vgl. Lippert (2000): S.117.

[141] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, de M. Lionel Jospin et de M. Hubert Vedrine à l'issue de la conférence européenne, Londres, 12.März 1998. In : http://www.elysee.fr (Zugriff am 21.1.2007).

[142] Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/1999. S.429.

„ein beitrittswilliges Land, das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrittswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll.“[143] Damit wurde zum ersten Mal bestätigt, dass die Türkei nach dem Maastrichter Vertrag ebenfalls der EU beitreten könne. Die Vorraussetzungen waren 1999 völlig andere als noch 1987, als die Türkei ihren Beitrittsantrag gestellt hatte, denn die Gemeinschaft war mittlerweile zu einer Europäischen Union „herangewachsen“. Vorraussetzung für den Beitritt waren nun die 1993 formulierten Kopenhagener Kriterien.

Die in Helsinki getroffene Entscheidung stellte einen bedeutenden Wendepunkt in den EU-Türkei- Beziehungen dar. Auf der Grundlage der bisherigen Strategie kommt der Türkei nun wie den anderen beitrittswilligen Ländern eine Heranführungsstrategie zugute.[144] Die Vorraussetzung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen ist allerdings nicht erfüllt.[145]

Zwei Jahre nach dem ablehnenden Urteil des Europäischen Rates von Luxemburg gab es mit der Ernennung zum Beitrittskandidaten nun aber ein positives Signal für die Türkei.

Natürlich sprach sich auch Chirac auf dem Europäischen Rat in Helsinki für die Anerkennung der türkischen Beitrittsbemühungen und die Anerkennung der Türkei als Beitrittskandidat aus, auch wenn man nicht behaupten kann, dass dieses Engagement ausschlaggebend für das aus türkischer Sicht positive Ergebnis war. Bereits im Vorfeld des Gipfels verkündete Chirac in einem Interview im türkischen Fernsehen: „Je suis un avocat depuis bien longtemps de la candidature de la Turquie à l’Union européenne. Pendant longtemps j’ai été un peu isolé et, au fond, assez pessimiste. Aujourd’hui, les choses ont bougé et je suis beaucoup plus optimiste, j’ai un grand espoir.“[146] Endlich hatten auch die anderen EU-Mitgliedstaaten die schon lange von Frankreich gepredigte Anbindung der Türkei an Europa als wichtiges Ziel erkannt. Chirac verkündete auf seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel:

> „C'est très important pour nous parce que cela correspond d'abord à une vision stratégique qui permet d'ancrer la Turquie à l'Europe. […]Nous nous réjouissons donc de cette candidature qui a été dorénavant adoptée, candidature, naturellement, à égalité de droits et de devoirs avec les autres candidats.“[147]

---

[143] Europäischer Rat in Helsinki, 10./11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. In: http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_de.htm#enlargement (Zugriff am 10.1.2007).

[144] Europäischer Rat in Helsinki, 10./11.Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

[145] Für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen muss das politische Kriterium von Kopenhagen erfüllt werden. Da dies aber relativ flexibel auslegbar ist, ist die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen eine rein politische Entscheidung.

[146] Sommet de l'OSCE. Interview de M. Jacques Chirac, président de la République à la television CNN turk, Istanbul, 20.novembre 1999. In : www.elysee.fr (Zugriff am 12.12.2006).

[147] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Lionel Jospin, Premier ministre à l'issue de la conférence européenne. Helsinki, 11. Dezember 1999. In: www.elysee.fr (Zugriff am 16.12.2006).

Chirac lobte die Kompromissbereitschaft Griechenlands, das sein Veto im Vorfeld der Entscheidung aufgegeben hatte.
Die offizielle Haltung Frankreichs allerdings entspricht nicht der einstimmigen Meinung der französischen Politiker. In Frankreich gab es nach der Entscheidung von Helsinki erstmals heftige, politische Debatten um die Rolle der Türkei in Europa.[148] Dabei wurden die Vorbehalte gegen eine Normalisierung der Beziehungen zur Türkei unterschiedlich begründet: Die Sozialisten bemängelten hauptsächlich die Nichteinhaltung der Kopenhagener Kriterien im Hinblick auf die Kurdenfrage. Innerhalb der UDF wurden Bedenken aufgrund des Charakters der Europäischen Union laut.

2.3. Französische Unterstützung auf dem Weg zu den Beitrittsverhandlungen

2.3.1. Nizza 2000 - Die Beitrittspartnerschaft

Im zweiten Halbjahr des Jahres 2000 hatte Frankreich die Ratspräsidentschaft übernommen. Zwar stand die französische Ratspräsidentschaft ganz im Zeichen einer neuen Diskussion um die Finalität Europas.[149] Denn die „Amsterdamer Leftovers“, die ungelösten Fragen der Amsterdamer Regierungskonferenz zu den institutionellen Reformen der EU, mussten gelöst werden. Doch auch für die Türkei brachte die Konferenz von Nizza weitere Fortschritte. Im Programm der französischen EU-Ratspräsidentschaft vom 30. Juni 2000 heißt es: „Was im Besonderen die Türkei anbelangt, so wird der Vorsitz die Arbeiten im Rat im Hinblick auf die Verabschiedung der Beitrittspartnerschaft aufnehmen.“[150] Ferner nahm sich Frankreich mit Blick auf die Blockade der Finanzhilfen durch Griechenland vor, dafür zu sorgen, dass die Verpflichtungen der Union im Bereich der Finanzhilfe für die Türkei eingehalten werden. Es sollte ein einheitlicher Rahmen geschaffen werden, in dem alle Hilfsinstrumente für dieses Land zusammengefasst sind.

Die EU- Kommission bescheinigte der Türkei in ihrem regelmäßigen Bericht 2000 positive Entwicklungen seit Helsinki, allerdings bewertete sie die politischen Kriterien weiterhin als unzureichend erfüllt.[151] Eine Zusage über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wurde

---

[148] Vgl. Le Monde, 16. Dezember 1999: „En France, la candidature de la Turquie à l’UE est critiquée à gauche comme à droite“.
[149] Am 12.Mai 2000 hat der deutsche Außenminister Joschka Fischer an der Humboldt-Universität Berlin eine Grundsatzrede zur Europäischen Integration gehalten. Jacques Chirac reagierte darauf am 27.Juni 2000 mit einer Rede vor dem deutschen Bundestag mit dem Titel „Notre Europe“.
[150] Programm der französischen EU-Ratspräsidentschaft vom 30. Juni 2000 (Auszüge) In: Internationale Politik, 08/2000.
[151] Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. 8. November 2000.
In: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2000/tu_de.pdf (Zugriff am 23.2.2007).

deshalb nicht gegeben. Um die Türkei auf ihrem positiven Weg zu begleiten, lancierte die Kommission aber eine Beitrittspartnerschaft, wie sie auch mit anderen beitrittswilligen Staaten geschlossen wurde, um vor einer EU-Erweiterung die Prioritäten bei der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes festzulegen.

Im Vorfeld des Gipfeltreffens von Nizza im Dezember 2000 sorgten allerdings einzelne Punkte des am 8. November 2000 vorgelegten Entwurfs der EU-Kommission für die Beitrittspartnerschaft für Missstimmung auf türkischer Seite. Insbesondere die Forderungen, die im Bezug auf die Lösung des Zypernkonflikts und die Beilegung der Ägäis-Streitigkeiten als Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gestellt wurden, missfielen der Türkei. Diese Themen waren im Helsinki-Gipfeldokument anders verhandelt worden, jetzt aber vor allem auf Drängen Griechenlands in den Entwurf der Beitrittspartnerschaft aufgenommen worden.[152] Durch Vermittlung der französischen Ratspräsidentschaft wurden die strittigen Punkte neu verhandelt. Außenminister Hubert Védrine bestätigte nach den Verhandlungen, dass es sich um Präzisionsarbeit am Text handelte, „un travail important sur les mots, […] presque de la marqueterie“[153]. Nach Gesprächen mit beiden Seiten wurden Formulierungen gefunden, die sowohl von Ankara, als auch von Athen als akzeptabel angesehen wurden. „So konnte verhindert werden, dass es beim Gipfeltreffen zu einem Eklat kam, denn eine einseitige Aufbürdung der Last der Problemlösung in den genannten Bereichen wäre für die Türkei unakzeptabel gewesen.“[154] Somit wurden in der wenige Tage vor dem Gipfel von den EU-Außenministern ausgehandelten Beitrittspartnerschaft die Streitfragen zwischen den beiden NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland nicht angesprochen. Auch die Wortwahl der EU bezüglich der Minderheiten in der Türkei stieß auf allgemeine Zufriedenheit bei der türkischen Regierung.

Die Aushandlung des Kompromisses zugunsten der Türkei war für die französische Ratspräsidentschaft ein wichtiges Signal in Richtung Ankara. Aufgrund der vom französischen Senat und der Assemblée Nationale verabschiedeten Resolution zum Völkermord an den Armeniern bestanden zum Zeitpunkt des Gipfels von Nizza enorme bilaterale Spannungen zwischen Frankreich und der Türkei (vgl. Kapitel III, 3.4.1). Die französische Regierung und Staatspräsident Chirac waren bemüht, die Wogen zu glätten und der Türkei ihre uneingeschränkte Unterstützung auf dem Weg in die EU zu versichern. In einem gemeinsamen *communiqué* erklärten sie am 8. November 2000: „La France souhaite continuer à entretenir et à développer

---

[152] Vgl. Sen, Faruk: Die Türkei zu Beginn der EU-Beitrittspartnerschaft. In: APuZ, B13-14, 2001. S. 27-38.
[153] Le Monde 5. Dezember 2000.
[154] Sen, Faruk (2001): S.28.

avec la Turquie des relations de coopération étroite dans tous les domaines.“[155] Frankreichs Staatsspitze distanzierte sich sogar von dem Gesetz, indem sie erklärte, dass das Armenien-Gesetz rein auf parlamentarische Initiative zustande gekommen sei und keine Verurteilung der heutigen Türkei darstelle. La France „continuera à œuvrer pour le rapprochement de la Turquie avec l'UE.“[156]

Am 8. März 2001 wurde die Beitrittspartnerschaft vom Rat offiziell angenommen. Damit wurde der Türkei ein Reformkatalog vorgelegt, den sie auf ihrem Weg in die EU zu erfüllen hat. Die Türkei wurde ersucht, ihr Nationales Programm für die Übernahme des Besitzstands vor Jahresende vorzulegen und dieses Programm auf die Beitrittspartnerschaft zu stützen.[157]

Am 19. März 2001 verabschiedete die türkische Regierung das Nationale Programm für die Übernahme des acquis (NPAA). Damit wurden umfassende Reformen und Prozesse in Gang gesetzt. Die EU-Kommission wertete dieses Dokument als großen Fortschritt in den beiderseitigen Beziehungen.

2.3.2. Deutsch-französischer Kompromiss in Kopenhagen 2002

Von türkischer Seite aus fühlte man sich aufgrund der Verfassungsänderung im Jahr 2001 sowie durch die Anpassungsgesetze von 2002[158] bereit, ein konkretes Datum für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen entgegenzunehmen. Die Türkei setzte große Hoffnungen in den Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002.

Entgegen erster Befürchtungen in Europa führte die am 3. November in Ankara gewählte neue Regierung den europafreundlichen Kurs fort. Tatsächlich orientierte sich das Kabinett von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan (AKP) stärker an Europa als die bisherigen Regierungen.[159]

In Frankreich sorgte im Vorfeld des Gipfeltreffens in Kopenhagen Valery Giscard d’Estaing , der ehemalige Staatspräsident und Vorsitzende des Konvents zur Zukunft Europas für Aufregung. In einem Interview mit der Tageszeitung Le Monde am 9. November 2002 erklärte er über die Türkei: „C’est un pays proche de l’Europe, un pays important […], mais ce n’est pas

---

[155] Le Monde 10. November 2000.

[156] Le Monde, 10. November 2000.

[157] Darin wurden, in Bezug auf den Regelmäßigen Bericht der Kommission, kurzfristige und mittelfristige Prioritäten zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien formuliert. Zu den kurzfristigen Prioritäten für das Jahr 2001 gehörten unter anderem im Bereich der politischen Kriterien ein politischer Dialog zur Lösung des Zypern-Konflikts, Garantien auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Bekämpfung von Folter, sowie gezielte Maßnahmen zur Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien.

[158] Verfassungsänderungen 2001: Der Begriff der „verbotenen Sprache“ wird abgeschafft und die Todesstrafe auf Terrorvergehen und auf Kriegszeiten eingeschränkt. Eine allgemeine Liberalisierung setzt ein, der Ausnahmezustand wird vollständig aufgehoben, die Folter wird weiter bekämpft. Anpassungsgesetze 2002: Prinzipielle Zulassung von Kurdischkursen, vollkommene Abschaffung der Todesstrafe. Quelle: Seufert/Kubaseck (2006): S. 223.

[159] Seufert/Kubaseck: Die Türkei. S.101.

un pays européen.“ Weiter meinte Giscard d’Estaing, dass eine Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nur eins bedeuten würde: „C’est la fin de l’Union européenne.“[160] Mit diesen Äußerungen eröffnete Giscard eine breite öffentliche Debatte um den EU-Beitritt der Türkei, nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa. Le Monde schreibt: „VGE a ouvert le feu“[161]. Staatspräsident Chirac reagierte nur zögerlich auf die Aussagen Giscard d’Estaings. Erst bei der Pressekonferenz beim Nato-Gipfel in Prag erklärte er am 22. November 2002 auf Nachfrage eines Journalisten: „Je considère pour ma part que la Turquie a toute sa place en Europe.“ Für den Präsidenten gab es keinen Zweifel an der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa „ Je sais que la chose peut se discuter d’un vue strictement géographique, mais je ne crois pas qu’on puisse la discuter du point de vue historique, de la civilisation.“ [162] Er betonte aber auch**,** dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei erst eröffnet werden könnten, wenn die notwendigen politischen Kriterien erfüllt seien. Zudem erklärte Chirac mit Hinweis auf das Zypern-Problem: „Il est évident que l’on ne peut pas importer dans l’Union européenne des conflits et qu’il faut donc d’abord régler les conflits avant d’entrer dans l’Union européenne.“ Damit machte Chirac bereits deutlich, dass die Lösung des Zypern-Konflikts für ihn eine Vorraussetzung für den Beitritt der Türkei sei (vgl. Kapitel III, 3.4.). Allerdings hoffte Chirac zu diesem Zeitpunkt, dass dieses Problem schon bald mit Hilfe des Annan-Plans[163] gelöst sein wird: „J’ose espérer qu’après de si longues années d’immobilisme, une solution pourra être trouvée qui fera que l’on n'aura plus à en reparler.“[164]

Am 27. November 2002 traf Erdogan, der Vorsitzende der türkischen Regierungspartei AKP[165], in Paris ein. Er bekräftigte den türkischen Wunsch, von der EU beim Gipfel von Kopenhagen einen Verhandlungstermin bis Ende 2003 zu erhalten.[166] Chirac legte sich allerdings nicht auf eine konkrete Stellungnahme fest, vielmehr erklärte er, die Stimmung beim Gipfel abwarten zu wollen. Am 4. Dezember traf sich Chirac mit Bundeskanzler Gerhard Schröder um eine gemeinsame deutsch-französische Linie in der Türkei-Frage festzulegen. Man ver-

---

[160] « Pour ou contre l’adhesion de la Turquie à l’Union européenne », Le Monde, 9.November 2002.
[161] Le Monde, 26. November 2002.
[162] Conférence de presse de M. Jacques Chirac Président de la République à l'issue du Sommet de l'OTAN (Prague)- 22.11.2002, In: www.elysee.fr (Zugriff am 27.2.2007).
[163] UN- Generalsekretär Kofi Annan hatte einen Plan für eine politische Neuordnung Zyperns ausgearbeitet, über den die Bewohner der Insel im April 2004 abstimmen sollten.
[164] Conférence de presse de M. Jacques Chirac Président de la République à l'issue du Sommet de l'OTAN (Prague)- 22.11.2002.
[165] Aufgrund eines politischen Betätigungsverbots konnte Erdogan nicht sofort nach den Parlamentswahlen zum Regierungschef gewählt werden. Erst als das Parlament den entsprechenden Artikel aufgehoben hatte, konnte er im März 2003 bei einer Nachwahl kandidieren.
[166] Die Welt, 7. Dezember 2002.

einbarte, nach einer Prüfung der Einhaltung der politischen Kriterien und einer Stellungnahme der Kommission im Jahr 2004, eine Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zu treffen. Als mögliches Datum für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen wurde der 1. Juli 2005 genannt. Erdogan bezeichnete diesen Vorschlag als unakzeptabel,[167] die Beitrittsverhandlungen müssten noch 2003 beginnen. Premierminister Abdullah Gül prophezeite: „Si l'adhésion de la Turquie reste en souffrance et est reportée à des dates incertaines, il ne nous sera sans doute plus possible, demain, de ressentir le même enthousiasme vis-à-vis de l'Union européenne."[168] Auf der Ministerkonferenz zur Vorbereitung des Kopenhagener Gipfels wurde der deutsch-französische Vorschlag allerdings als vernünftig angesehen, die dänische Ratspräsidentschaft sah vor, ihn als Verhandlungsgrundlage in Kopenhagen vorzulegen.[169] Das Ergebnis des Kopenhagener Gipfels konnte den türkischen Regierungsvertretern nur durch intensives Zureden von französischer und deutscher Seite als annehmbar dargestellt werden.[170] In den Schlussfolgerungen des Rats hieß es nämlich: „Entscheidet der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen."[171] Das im deutsch-französischen Vorschlag genannte Datum 1. Juli 2005 als Verhandlungsbeginn, fehlte in dem EU-Beschluss. Somit wurde der Türkei nur ein Datum für die Nennung eines Datums genannt.

In den Schlussfolgerungen des Rats wurde die Türkei allgemein aufgefordert „ihren Reformprozess energisch voranzutreiben".[172] Hinter dieser unverbindlichen Formulierung steckten konkrete Erwartungen der europäischen Staaten an das Verhalten der Türkei. Vorraussetzung für eine positive Bewertung der Türkei im Kommissionsbericht war ein Entgegenkommen in der Zypern-Frage. Die Türkei sollte ihren Einfluss auf die türkisch-zypriotische Regierung geltend machen und sie dazu bringen, dem Annan-Plan zuzustimmen. Zudem wurde ein Einlenken der Türkei bei der zukünftigen Zusammenarbeit der EU-Eingreiftruppe und der NATO erwartet. Die Türkei blockierte seit 1999 die Zusammenarbeit von NATO und EU, indem sie ihre Zustimmung zur Möglichkeit des Rückgriffs der EU auf vorhandenes NATO-Material verweigert. In Ankara bestand die Furcht, dass die Waffen der Bündnispartner in den eigenen Krisenregionen wie dem kurdischen Gebiet und vor allem Zypern zum Einsatz

[167] Le Monde, 8./9. Dezember 2002.
[168] Le Monde, 8./9. Dezember 2002.
[169] Les Echos, 11. Dezember 2002.
[170] Chirac und Schröder überzeugten den AKP-Vorsitzenden Erdogan in kleiner Runde von dem gefundenen Kompromiss. Schließlich fanden sich die Türken mit dem EU-Angebot ab. FAZ, 14. Dezember 2002
[171] Europäischer Rat von Kopenhagen, 12./13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. In: http://europa.eu/european_council/conclusions/index_de.htm
[172] a.a.O.

Krisenregionen wie dem kurdischen Gebiet und vor allem Zypern zum Einsatz kommen könnten. Deshalb forderten türkische Politiker ein Mitspracherecht bei allen Einsätzen der "Schnellen Eingreiftruppe".

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich bereits Ende 2002 mit Beginn der französischen Türkei-Diskussion, eine eher zurückhaltende Position Chiracs herauskristallisierte. Nach der „bombe VGE“[173] kam nicht sofort ein offizielles Dementi aus Paris und keine Klarstellung der offiziellen französischen Position. Ein französischer Diplomat wird in der Tageszeitung *Le Monde* zitiert: “Sur le fond, la position n’a pas changé, mais une inflexion était nécessaire dans la présentation.“[174] Es liege jetzt in der politischen Verantwortung, „un langage prudent“ zu verwenden. Auch auf dem Gipfel von Kopenhagen verhielt sich Chirac gegenüber der Türkei zurückhaltender, die Präsentation des deutsch-französischen Kompromisses überließ er dem deutschen Bundeskanzler.[175] Chirac blieb lieber im Hintergrund.
Nach dem Gipfel von Kopenhagen nahm Frankreich eine „position d’attente“[176] in der Türkei-Frage ein. Erst auf der Grundlage des Kommissionspapiers sollte eine Entscheidung getroffen werden. Bis dahin sind kaum Stellungnahmen zur Türkei-Frage aus Regierungskreisen oder vom Staatspräsidenten zu finden. Ein französischer Diplomat bringt das Verhalten Frankreichs in dieser Periode von Ende 2002 bis Mitte 2004 auf den Punkt: „On ne peut pas dire que la France pousse ou bloque la candidature turque.“[177]

2.4. Europa-Pressekonferenz am 29. April 2004 – ein Plädoyer für die Türkei

Drei Tage vor der historischen Ost-Erweiterung wandte sich Staatspräsident Chirac in einer Pressekonferenz an das französische Volk. In seinen Ausführungen ging er auch ausführlich auf die Türkei-Frage ein. Dabei wurde deutlich, dass Chirac grundsätzlich seine Meinung zum EU-Beitritt der Türkei nicht geändert hat. Er bestätigte: „Sur ce sujet, j'ai une conviction profonde.“[178] Und weiter sagte er: „Ma conviction est que la Turquie a une vocation européenne, mais que son entrée dans l'Union n'est possible que dans des conditions qui ne sont pas aujourd'hui réunies.“ Auf kurze Sicht sei ein Beitritt der Türkei nicht wünschenswert, aber auf lange Sicht durchaus, wenn sich die positiven Entwicklungen in der Türkei weiterhin fortsetzen, erklärte Chirac. Die Pressekonferenz wurde sie zu einem eifrigen Plädoyer für einen tür-

[173] Le Monde, 26. November 2002.
[174] a.a.O.
[175] FAZ, 14. Dezember 2002.
[176] Le Monde, 9. April 2004.
[177] Le Monde, 9. April 2004.
[178] Alle Zitate in diesem Abschnitt aus: Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur l'Europe. Palais de L'Elysée. 29 April 2004. In: www.elysee.fr (Zugriff am 15.1.2007).

kischen EU-Beitritt, in dem Chirac die Argumente, die aus seiner Sicht für einen Beitritt sprachen, unterstrich. An vorderster Stelle stand dabei die viel zitierte „vocation européenne“ der Türkei. Chirac bekräftigte: „[…]le destin de la Turquie a toujours été profondément lié à celui de l'Europe.“ Im weiteren Verlauf unterstrich er die West-Orientierung der Türkei, die sich in der Mitgliedschaft in den westlichen Organisationen NATO, Europarat und OECD zeigt. Bereits 1963 sei der Türkei ein Beitritt in Aussicht gestellt worden, der Europäische Rat in Helsinki habe die Türkei 1999 als Beitrittskandidat anerkannt.

Die Vorteile, die ein EU-Beitritt der Türkei bringen würde, liegen nach Chiracs Analyse vor allem im geostrategischen Bereich. Es liege im Interesse der Europäischen Union eine demokratische und stabile Türkei zu fördern. „Et qui, à ce titre, pourrait servir de modèle à l'ensemble de la région qui l'entoure. Cette perspective est sans aucun doute préférable à celle d'une Turquie qui aurait, par conviction, fait des efforts considérables pour s'adapter et qui se verrait rejeter ou mise de côté pour des raisons d'ordre ethnique ou religieux.“ Eine Ablehnung der Türkei wäre Wasser auf die Mühlen derjenigen, die einen „choc des civilisations“ predigen oder „qui cherchent à opposer l'Occident et l'Islam.“ Chirac fügte hinzu, dass das wirtschaftliche Potential der Türkei einen zusätzlichen positiven Anreiz für einen Beitritt biete. Chirac ergänzte allerdings, dass ein Beitritt der Türkei heute noch nicht möglich sei, da die Türkei trotz großer Anstrengungen die Kriterien von Kopenhagen noch nicht erfülle. „Il y a un certain nombre de domaines où il y a encore des progrès importants à faire si l'on veut respecter les critères qui s'imposent à chacun des membres de l'Union.“ Vor allem im Bereich der Menschenrechte und der Justizreformen sah Chirac noch Handlungsbedarf.

Die Pressekonferenz zeigte deutlich, dass Chirac an seiner Unterstützung für einen EU-Beitritt der Türkei festhält, auch wenn Anfang 2004 im Rahmen des Wahlkampfs für die Europawahlen in Frankreich bereits eine starke anti-türkische Stimmung herrschte (vgl. Kapitel III, 3.6.1.). In dieser Erklärung machte er noch keine Zugeständnisse an die Türkei-Gegner: die Ratifizierung eines Türkei-Beitritts sei eine Frage, die sich Frankreich am Ende der Beitrittsverhandlungen stellen müsse, „soit par voie parlementaire, soit par voie référendaire“. Auch von einer Lösung des Zypern-Konflikts vor Beginn der Beitrittsverhandlungen sowie einer Anerkennung des Völkermords an den Armeniern war am 29.April 2004 nicht die Rede. Allerdings war auch hier in der Pressekonferenz, wie generell seit 2002, eine gewisse Vorsicht des Staatspräsidenten in dieser Frage zu erkennen. Stärker als sonst üblich betonte er, dass die Türkei im Moment noch nicht die notwendigen Bedingungen für einen EU-Beitritt erfülle. Chirac sagte zum Türkei Beitritt nicht mehr ganz eindeutig „oui“, sondern „oui,

mais“[179]. Zu diesem Zeitpunkt war auch noch nicht absehbar, ob die Kommission in ihrem entscheidenden Fortschrittsbericht im Herbst 2004 die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen empfehlen würde. Chirac nahm insofern eine abwartende Haltung ein.

2.5. Chiracs Interessen an einem Beitritt der Türkei

Vor allem geostrategische Interessen stehen bei der Unterstützung des Türkei-Beitritts für Chirac heute im Vordergrund. Bei offiziellen Äußerungen betont er, dass die Einbindung der Türkei im europäischen Interesse liege. Doch worin genau besteht dieses Interesse? Im Folgenden soll auf die Argumente des Staatspräsidenten näher eingegangen werden. Es soll aufgezeigt werden, welche Gründe Chirac bewogen, sich als „ardent avocat“ der Türkei zu präsentieren. Warum sieht er einen Vorteil für Europa, wenn die Türkei aufgenommen würde? Welche Vorteile zieht Frankreich aus dem EU-Beitritt der Türkei? Anschließend sollen mehrere mögliche Gründe aufgezeigt und auf ihre Plausibilität untersucht werden. Es kann vorweggenommen werden, dass sich das Verhalten des Staatspräsidenten erstens nicht auf einen einzelnen Beweggrund zurückführen lässt und sich zweitens die Wertigkeit der Argumente im Laufe der Jahre verändert hat.

2.5.1. Wirtschaftliche Verflechtungen mit der Türkei

Wahrung und Mehrung des Wohlstandes des eigenen Landes sind Kernaufgaben einer Regierung. Deswegen spielen wirtschaftliche Interessen eines Landes in politischen Entscheidungsprozessen eine nicht zu verachtende Rolle. Die Entwicklung der türkisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen und die französische Unterstützung der Türkei bei ihrer Annäherung an Europa sind daher zwei Seiten derselben Medaille.

Wie in Kapitel 1.3.5. beschrieben, versuchte Mitterrand bereits Mitte der 80er Jahre die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich auszubauen. Zum einen, um der französischen Wirtschaft einen bisher kaum erschlossenen Markt zugänglich zu machen, zum anderen, um lukrative Aufträge im Rüstungs- und Infrastrukturbereich für französische Firmen zu erhalten. So wurde der Grundstein für die heute intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei gelegt. Das Handelsvolumen zwischen Paris und Ankara hat sich in den Jahren 1987 bis 1991 nahezu verdoppelt, von 1,1 Milliarden Dollar auf 1,9 Milliarden und stieg in den darauf folgenden Jahren kontinuierlich an. Heute liegt das

[179] Le Figaro, 30. April 2004.

Handelvolumen zwischen den beiden Staaten bei 8,2 Milliarden Euro.[180] Sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten liegt Frankreich an fünfter Stelle.[181]

Die Vollendung der Zollunion und die damit verbundenen Wirtschaftsreformen in der Türkei haben die türkisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen intensiviert. Mit der Zollunion stieg die Bedeutung der Türkei als Produktionsstandort mit gut ausgebildeten und dennoch billigen Arbeitskräften.[182] Die Türkei erwies sich als idealer Ausgangspunkt, um die Märkte im Nahen Osten und in Zentralasien zu beliefern. Die Zahl der französischen Unternehmen, die sich in der Türkei niedergelassen haben, stieg von 15 im Jahr 1987 auf 210 im Jahr 2004.[183] Die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung Özal und die Einrichtung einer „Organisation pour la coopération et l'investissement entre la France et la Turquie"[184] (Ocift) im Jahr 1990 begünstigten diese Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund ist es leicht nachvollziehbar, dass sich Frankreich 1995 vehement für die Vollendung der Zollunion einsetzte. Die in der Türkei ansässigen französischen Firmen profitieren direkt von der Öffnung der Märkte. Frankreich spekulierte zudem auf lukrative Aufträge beim Aufbau der Infrastruktur und für die Rüstungsindustrie[185], denn die Türkei plante bis 2010 für die Aufrüstung und Modernisierung der Streitkräfte 150 Milliarden Dollar auszugeben.[186] Da die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei im Rüstungsbereich aufgrund der ablehnenden deutschen Haltung gegenüber der Türkei unter der Regierung Kohl auf Eis gelegt wurde, stiegen die Chancen für Zuschläge an französische Firmen (vgl. Kapitel III, 1.3.3). Tatsächlich gab es in Ankara, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete, eine „rote" und „gelbe" Liste, die für den Einkauf von Rüstungsgütern geführt wurden. Je nach Haltung eines Landes gegenüber der Türkei sollten aus dem entsprechenden Staat überhaupt keine Waffen gekauft werden (rote Liste), oder die Staaten sollten erst nach eingehender Prüfung bei Ausschreibungen berücksichtigt werden (gelbe Liste).[187] Frankreich stand 1997, nach all seinen Bemühungen um die Türkei, selbstverständlich auf keiner der beiden Listen, Deutschland allerdings auf der gelben Liste.

---

[180] 10,766 Milliarden Dollar, Wechselkurs 6.3.2007.
Quelle: Mission Èconomique d'Ankara: Les échanges bilatéraux France/Turquie en 2005. In: http://www.ambafrance-tr.org/article-imprim.php3?id_article=738 (Zugriff am 22.2.2007).

[181] Quelle: www.ambafrance-tr.org.

[182] Bahadir, Şefik Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union- ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft? In: APuZ, B11-12/1997. S 33-40. S 36.

[183] Offizielle Angabe des französischen Außenministeriums. In: http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/pays-zones-geo_833/turquie_242/france-turquie_2969/relations-economiques_3420/index.html (Zugriff am 23.2.2007).

[184] Le Figaro, 13. April 1992.

[185] Frankreich ist im Jahr 1996 hinter den USA und Großbritannien das drittgrößte Exportland für Rüstungsindustrie (14,1 % Marktanteil). Quelle: La Tribune, 17.12.1997.

[186] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Dezember 1997.

[187] a.a.O.

Nach Vollendung der Zollunion war die wirtschaftliche Verwebung der zwei Staaten sicherlich ein Argument für das französische Staatsoberhaupt, die Türkei auf dem Weg in die EU zu unterstützen. Bis zum heutigen Tag profitieren auch die französischen Firmen von den wirtschaftlichen Reformen in der Türkei, angekurbelt durch die Beitrittsperspektive.
Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Frankreich und der Türkei dienten allerdings auch als Druckmittel in politischen Krisen, die die bilateralen Beziehungen erschütterten. Immer wieder drohte Ankara mit der Suspendierung von Aufträgen für französische Firmen und indirekten[188] Handelsboykotten. Da die türkische Wirtschaft schnell merkte, dass sie sich mit Boykotten französischer Waren vor allem selbst schadete,[189] da viele französische Produkte, wie zum Beispiel die Autos von Renault in Werken in der Türkei hergestellt wurden, beschränkten sich die Handelsboykotte auf den militärischen Bereich. Wie sich im Nachgeben der französischen Regierung beim ersten Konflikt um das Armeniengesetz 2001 zeigte, handelte es sich dabei um ein effizientes Druckmittel (vgl. Kapitel III, 3.4.1.).

2.5.2. Die Mittelmeerpolitik als Ausgleich zur Osterweiterung?

Frankreich tat sich mit der Zustimmung zur Osterweiterung der EU zu Anfang schwer. Erst 1993 auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen war Frankreichs Widerstand gegen ein prinzipielles „Ja“ zur Osterweiterung überwunden.[190] Während Deutschland früh die bilaterale Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) suchte, pflegte Frankreich vorrangig seine traditionell engen Beziehungen zu den Anrainerstaaten des Mittelmeeres. Somit war es auch nicht verwunderlich, dass Frankreich Anfang der neunziger Jahre im Gegenzug zur Osterweiterung eine neue EU-Mittelmeer-Initiative forderte, die nach langen Vorbereitungen im November 1995 im Barcelona-Prozess[191] mündete. Diese Forderung schlug sich auch im Engagement für die Zollunion mit der Türkei nieder, als Alain Juppé sich sowohl im Amt des Außenministers als auch ab Mai 1995 im Amt des Ministerpräsidenten für die Zollunion mit der Türkei aussprach. Nach Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Reformländer in die Gemeinschaft „sei nun als Ausgleich eine Hinwendung zu den Mittelmeerländern erforderlich.“[192] Ab Mitte der 1990er Jahre erkannte Frankreich die Notwendig-

[188] Die türkische Regierung war sich bewusst, dass die Zollunion ein offizielles Handelsembargo verbietet. Vgl Le Figaro, 20./21. Januar 2001.
[189] Vgl. Le Figaro, 20./21. Januar 2001.
[190] Ausführlich dazu: Deubner, Christian (1999): Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989-1997. In: Politische Studien, Nr.363, 1999. S. 89-121.
[191] Gründung der euro-mediterranen Partnerschaft. Diese sieht eine politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Entstehung einer euro-mediterranen Freihandelszone bis 2010 und die Förderung sozialer und kultureller Zusammenarbeit vor. Im Rahmen des Meda-Programms stellte die Union 5,35 Mrd Euro für Projekte in den mediterranen Partnerländern zur Verfügung.
[192] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 1995.

keit, auch in Mittel- und Osteuropa präsent zu sein und begann bilaterale Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Heute kann nicht mehr von der klassischen Rollenverteilung die Rede sein, die Frankreich als Hauptakteur im Mittelmeer und Deutschland in Osteuropa ansiedelt.[193]

Damit wird deutlich, dass das Argument, die Türkei als Gegengewicht zur Osterweiterung mit in die EU einzubeziehen, lediglich zu Beginn der Amtszeit Chiracs noch eine bedeutende Rolle spielte. Damals war es eines der Hauptargumente Frankreichs. Im weiteren Verlauf der Amtszeit Chiracs und mit fortschreitendem Annäherungsprozess der MOE an die EU – und damit auch an Frankreich – hat dieses Argument für Frankreich allerdings an Bedeutung verloren.

2.5.3. Westbindung als Sicherung der innenpolitischen Stabilität

Häufig bringen Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei das Argument hervor, dass eine zuverlässige Zukunftsperspektive in der EU die Türkei innenpolitisch stabilisieren wird. Umgekehrt wird dieses Argument verwendet, indem man davor warnt, dass eine Ablehnung der Türkei fundamentalistischen oder nationalistischen Kräften und Parteien Auftrieb geben würde. Auch Chirac bediente sich oft dieses Arguments.

So warnte er bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament 1995 in Straßburg vor dieser Gefahr und trug damit zur Zustimmung des Parlaments zur Zollunion bei (vgl. Kapitel III, 2.1.). Auch bei der Forderung, die Türkei in die für 1998 geplante Europakonferenz einzubinden, benutzte Chirac das Argument, der Türkei durch ein feste Einbindung in die EU-Strukturen und eine realistische Zukunftsperspektive innere Stabilität zu bringen und so ein Aufkommen islamistischer Kräfte in der Türkei zu verhindern.[194] Im Folgenden soll die innenpolitische Situation in der Türkei in den entsprechenden Zeiträumen beleuchtet werden, um die Relevanz dieses Arguments besser einschätzen zu können. Dabei wird deutlich, dass die potentielle Bedrohung für die innenpolitische Stabilität der Türkei zunächst von islamistischen Kräften ausging, in jüngster Zeit allerdings eher nationalistische Kräfte in der Türkei die Stabilität gefährden.

Die Enttäuschung der türkischen Wähler über die „alten“, etablierten Parteien kam der Wohlfahrtspartei RP Necmettin Erbakans zugute, der im Juli 1996 Ministerpräsident der Türkei wurde. Der Aufstieg der islamistischen Partei RP zeugt von einem jahrelangen Entwicklungs-

[193] Vgl. Jünemann, Anette : Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen und Zielkonflikte. In: Zippel, Wulfdiether (Hrsg): Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999. S29-64.
[194] Le Figaro, 13./14. Dezember 1997.

prozess. Wie Udo Steinbach schreibt, ist es eine Mischung aus „der Erosion der legitimatorischen Kraft westlicher Ordnungs- und Wertvorstellungen, verbunden mit dem Verlust des Ansehens der sie vertretenden Staatselite.“[195] Dazu kommen sich zuspitzende soziale Spannungen im Land, „für deren Lösungen die überkommenen politischen Führungsschichten keine Konzepte anzubieten vermögen.“[196] Die Angst der Europäer vor Islamisten in der türkischen Politik ist auf den ersten Blick verständlich: immerhin hatte Erbakan im Wahlkampf die Aufhebung der Zollunion mit der EU, den Abbruch der Beziehungen mit Israel und den Austritt aus der NATO angekündigt. Nach der gewonnenen Wahl verkündeten Parteiangehörige der RP, sie wollten eine „gerechte Ordnung“ in einem islamischen Staat verwirklichen. „Dahin gehende Äußerungen und vor allem Handlungen von Parteiangehörigen stellten das kemalistische Staatsverständnis in Frage und verstießen gegen die Konstanten der türkischen Innen- und Außenpolitik.“[197] „Man wusste, dass das Militär bei so etwas nicht mitspielen und einer Regierung Erbakan enge Grenzen ziehen würde.“[198] Bereits im Juni 1996 musste Ministerpräsident Erbakan, nach nur elf Monaten an der Regierung, wieder zurücktreten, da er ein vom Militär vorgeschriebenes Programm zur Bekämpfung „islamistischer Umtriebe“[199] nicht durchsetzen konnte. Im Januar 1998 wurde die RP, trotz Verlusten immer noch stärkste Fraktion im Parlament, vom Verfassungsgericht verboten.

Der Aufstieg der islamistischen Wohlfahrtspartei RP eignete sich nicht für dramatisierende Schlussfolgerungen über eine neue Ausrichtung der türkischen Politik gegenüber ihren westlichen Partnern. Steinbach ist überzeugt, dass „jeder Versuch der Islamisten, die Pluralität durch Rückzug auf das islamische Gesetz […] einzuschränken, auf entschlossen Widerstand einer breiten und selbstbewussten Öffentlichlichkeit stoßen“[200] würde. Denn die Wählerschaft der RP erwartete sich eine Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der Türkei und nicht die Einrichtung einer islamischen Ordnung. Auch Wulf Schönbohm schrieb im Jahr 2000: „Der Rückfall in ein islamistisches System nach iranischem Vorbild ist angesichts einer derart verwestlichten Gesellschaft völlig unwahrscheinlich, zumal die Gefahren, die Stärke und die politische Ideologie der so genannten fundamentalistischen Gruppen

[195] Steinbach, Udo: Islamischer Staat Türkei? Folgerungen für die europäische Politik. In: Internationale Politik, 8/1997a. S.51-58. S.51.
[196] a.a.O.
[197] Agai, Bekim (2004): Islam und Kemalismus in der Türkei. In: APuZ, B33-34/2004. S.18-24. S. 20.
[198] Seufert/Kubaseck (2006): S. 136.
[199] Seufert/Kubaseck (2006) : S.137.
[200] Steinbach, Udo (1997a): S. 56.

häufig falsch eingeschätzt oder übertrieben werden."[201] In diesen Äußerungen lässt sich eine wachsende Rolle der Zivilgesellschaft in der Türkei ablesen.

Auch die von Erbakan betriebene Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen islamischen Staaten und eine stärkere Betonung der islamischen Werte in der türkischen Politik bedeutete noch keine Abkehr der Türkei von Europa.[202] Mit der jahrzehntelangen Einbindung der Türkei in die „westliche" Ordnung sind zudem Fakten geschaffen worden, die auch ein islamistischer Ministerpräsident nicht mehr rückgängig machen konnte. Drohungen, wie die des türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz in einem Interview nach der Zurückweisung durch die Europäer auf dem Gipfel von Luxemburg 1997, entbehrten demnach jeglicher realistischer Grundlage. Yilamz verkündete, die Türkei denke nun über eine Neuorientierung ihrer Außenbeziehungen nach: „Je pense, bien sûr, aux États-Unis, mais aussi à la Fédération de Russie, à nos partenaires régionaux ainsi qu'aux républiques turcophones d'Asie centrale."[203] Allerdings, so stellte Ludger Kühnhardt in einem Beitrag für die Neue Züricher Zeitung bereits im Dezember 1997 fest, gab es für die Türkei keine Alternative zur soliden Partnerschaft mit Europa und den USA. Eine „türkische ‚Ostpolitik', gegenüber der Kaukasus-Region, Zentralasien und dem Nahen Osten kann nur gelingen auf der Basis einer festen, das heißt doppelten Verankerung im ‚doppelten' Westen."[204] Sowohl das Militär, als auch die türkische Wirtschaft werden bemüht sein, die türkische Außenpolitik auf Westkurs zu halten.[205]

Die von den Militärs zum Rücktritt gedrängte Regierung Erbakan wurde am 30. Juni 1997 durch eine Dreier-Koalition[206] unter der Führung des westlich geprägten Mesut Yilmaz ersetzt. Dennoch blieb der türkische Islamismus eine Konstante in der politischen Landschaft der Türkei. Bassam Tibi nennt diese politische Richtung Neo-Osmanismus,[207] der vor allem durch das neue Selbstbewusstsein der Türkei aufgrund der neuen geostrategischen Bedeutung des Landes entstanden war (vgl. Kapitel III, 2.5.5.). Seit dem Jahr 2002 stellt wieder eine islamistische Partei die Regierung. Ein großer Teil der Abgeordneten der AKP war zuvor in den Parteien des Islamisten Erbakan aktiv. Allerdings kann von einer islamistischen Parteipolitik

[201] Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklungen in der Türkei seit Helsinki. In: Internationale Politik 1/2000. S. 11-18. S.18.
[202] Bahadir (1997): S.40.
[203] Entretien avec Mesmut Yilmaz: Turquie: la mal-aimée. In : Politique Internationale 80/1998. S.168.
[204] Neue Züricher Zeitung, 13./14. Dezember 1997.
[205] Vgl: Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System. In: APuZ B11-12/1997. S.24-32.
[206] Minderheitsregierung zusammen mit der Partei der Demokratischen Linken (DSP) und der Demokratischen Türkei-Partei (DTP).
[207] Tibi, Bassam: Die postkemalistische Türkei. Zwischen EU und pantürkischem Islamismus. In: Internationale Politik, 1/1998.

bei der AKP keine Rede sein, denn die Mitglieder der engeren Führungsriege, unter ihnen der spätere Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, haben bereits in den Vorläuferparteien gegen die Politisierung des Islam Stellung bezogen. Die AKP will zwar nach wie vor eine muslimische Türkei, ihre Parteipolitik ist allerdings demokratisch-konservativ ausgerichtet.[208] Erdogan sprach nicht mehr von „islamischen, sondern von nationalen Zielen, nicht vom islamischen Recht, sondern von der Rechtsstaatlichkeit, nicht mehr von islamischen Normen, sondern von der Demokratie."[209] Damit gab es mit Amtsantritt der AKP zwar eine Islamisierung der türkischen Politik, eine Gefahr geht von der AKP allerdings nicht aus.
In der Regierungszeit der AKP haben die Nationalisten in der Türkei immer mehr Zulauf bekommen. Die Zustimmung der türkischen Bevölkerung zu einem Beitritt der EU ist seit Beginn der Beitrittsverhandlungen immer weiter gesunken. Das Pochen der EU auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien wird in einigen Kreisen als Schikane empfunden. Die Gefahr für nationalistische Tendenzen ist damit gestiegen. Vor allem im Wahlkampf 2007 spielt die Enttäuschung der Bevölkerung über die EU eine große Rolle. Das Argument, dass die Türkei ohne eine klare Beitrittsperspektive den EU-Kurs innenpolitisch schwer durchsetzen kann und in innenpolitische Turbulenzen geraten könnte, gewinnt so heute wieder an Schlagkraft (vgl. Kapitel III, 4.). Vor der Gefahr einer Islamisierung der Türkei durch die AKP zu warnen wäre allerdings kontraproduktiv, da vor allem die AKP-Regierung der Motor für wichtige Reformen in der Türkei war. Eine solche Warnung kann den Eindruck erwecken, dass das Land kurz vor dem Abdriften in den Fundamentalismus stünde, was aber definitiv nicht so ist. Von den Nationalisten in der Türkei wird die Gefahr einer Islamisierung der Türkei durch die Regierungspartei AKP geschürt, um die eigenen Chancen bei den Parlamentswahlen zu erhöhen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Pochen auf eine Einbindung der Türkei in die EU zur Sicherung ihrer inneren politischen Stabilität 1995 im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen ernst genommen werden konnte. Auch wenn sich im Nachhinein herausgestellt hatte, dass die Gefahren, die mutmaßlich von der RP ausgingen, wohl überbewertet wurden. Denn eine Alternative zur Westbindung gab es damals für die Türkei nicht und ein Abdriften in den Fundamentalismus ist schon aufgrund der verwestlichten Gesellschaft in der Türkei unwahrscheinlich. Doch innenpolitisch ist die Türkei tatsächlich noch nicht wirklich gefestigt. Schnell kann es zu starken Spannungen kommen. Das jüngste Beispiel war die Kri-

[208] Seufert, Günter: Staat und Islam in der Türkei. SWP-Studie, August 2004. In: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1518. S.24. (Zugriff am 2.3.2007)
[209] Seufert/Kubaseck (2006): S.140.

se aufgrund der Nominierung von Abdullah Gül (AKP) für die Präsidentenwahl Anfang Mai 2007 (vgl. Kapitel III, 4.). Auch die französische Regierung war und ist an einer innpolitisch stabilen und in Richtung EU gewandten Türkei interessiert. Dies kann also als gewichtiges Argument für eine Unterstützung des EU-Beitritts der Türkei gesehen werden.

2.5.4. EU ist kein „club chrétien“

Befürworter eines Türkei-Beitritts argumentieren, dass die EU kein „christlicher Club“ sei und die Türkei deswegen ein Recht habe, beizutreten. Die Aufnahme eines muslimischen Landes beweise, dass die EU kein „club chrétien“ sei. Diese Ansicht vertritt auch Jacques Chirac. In der Türkei hat der Präsident einen Staatslaizismus ausgemacht, den er zum Modell für den europäischen Islam erheben will.[210] Frankreich vertritt seit jeher die Vorstellung Europas als Wertegemeinschaft, die sich nicht auf eine gemeinsame religiöse Tradition beruft. Die Religion soll deswegen, französischer Ansicht nach, bei der Frage eines EU-Beitritts keine Rolle spielen.

Diese Haltung basiert auf dem enormen Stellenwert, den das Prinzip des Laizismus in Frankreich einnimmt. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts gehört der Grundsatz der Laizität zu den Kernprinzipien der Französischen Republik.[211] Durch die Verfassung der V. Republik von 1958 bekam die Laizität Verfassungsrang. In Artikel 1 heißt es: „La France est une République indivisible, laïque, démocratique, sociale et décentralisée.“[212] Unter „laicité“ verstehen die Franzosen eine Staatsphilosophie, welche die Religion aus dem öffentlichen Raum heraushält und Schulen und staatliche Einrichtungen zu einer Art religionsfreier Zone erhebt. Zudem ist auch der Staat gegenüber den Religionen neutral, das heißt, es herrscht Gewissensfreiheit, die nur durch die Wahrung der öffentlichen Ordnung eingeschränkt wird. Über dieses Prinzip herrscht ein Partei übergreifender Konsens in Frankreich.

Dieses für Frankreich wichtige Staatsprinzip möchte das Land auch auf der europäischen Ebene gewahrt sehen. Als 1997 in Deutschland die Diskussion um ein „christliches Europa“ aufkam (vgl. Kapitel III, 2.2.1.), wandte sich die französische Regierung strikt dagegen. „Il ne faut pas être chrétien pour être européen“[213], bekräftigte der französische Außenminister Hervé de Charette bei einem Besuch in Ankara. Den laizistischen Charakter Europas verteidigte Frankreich auch bei der Formulierung der Präambel für die „Charta der Grundrechte der Eu-

---

[210] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September 2004.

[211] 1905 wurde das Gesetz zur Trennung von Kirchen und Staat verabschiedet. Zur ausführlichen Geschichte des Laizismus in Frankreich: Cabanel, Patrick: Laizität und Religionen im heutigen Frankreich. In: Christadler, Marieluise/ Utterwedde, Henrik (Hrsg): Länderbericht Frankreich. Bonn, 1999. S. 164-180.

[212] La Constitution de la Ve République.

[213] Le Monde, 5.April 1997

ropäischen Union“ im Jahr 2000. Frankreich bestand mit Verweis auf das Prinzip der Laizität darauf, in der Präambel der Charta keinen Bezug auf ein gemeinsames religiöses und damit christliches Erbe Europas zu nehmen. Die vorgesehene Formulierung „héritage culturel, humaniste et religieux“ wurde schließlich durch „patrimoine spirituel et moral“ ersetzt.[214] Auch während der Ausarbeitung des Textes für die europäische Verfassung bestand Frankreich darauf, dass es keinen Hinweis auf ein gemeinsames christliches Erbe Europa gebe.[215] Eine solche Formulierung in der Verfassung hätte zudem die Türkei als Mitglied von vorneherein ausgeschlossen und bereits in der EU lebende Muslime diskriminiert.

Darüber hinaus hat Frankreich auch ein innenpolitisches Interesse an einem säkularen Europa. In den 80er Jahren entwickelte sich der Islam zur zweitgrößten Religion in Frankreich. Heute zählt die muslimische Gemeinde rund fünf Millionen Mitglieder, wovon etwa die Hälfte französische Staatsbürger sind. Diese Entwicklung stellt das französische Prinzip der Laizität vor neue Herausforderungen, denn in der wachsenden muslimischen Gesellschaft, deren Integration in die französische Gesellschaft immer weniger gelingt, treten „kommunitaristische, integristische und fundamentalistische Tendenzen immer deutlicher hervor“[216]. Die Zahl der Kopftuchträgerinnen in Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Einrichtungen stieg. Ein von Chirac eigens eingesetzter Sonderausschuss hat 2003 die Gefahr des aufkommenden religiösen Extremismus für die französische Gesellschaft dargelegt.[217] Daraufhin wurde im Februar 2004, nach langer Debatte im französischen Parlament, das Tragen religiöser Zeichen auch Schülerinnen und Studentinnen verboten.[218]

Der Laizismus in Frankreich und seine Verteidigung auf europäischer Ebene ist für die französische Regierung ein wichtiger Grund, um für den Beitritt der Türkei zur EU zu werben. Staatspräsident Chirac erklärte 1999 in einem Interview mit einem türkischen Fernsehsender:

> „Quant à la Turquie, qui est volontaire pour s’associer, pour être candidate, elle est à mon avis nécessaire au bon équilibre de l’Europe. […] Je ne vois pas ce que le caractère islamique de la Turquie pourrait empêcher dans cet ensemble euro-asiatique que nous allons constituer.“[219]

---

[214] Was allerdings interessanter Weise mit „geistig-religiöses Erbe“ ins Deutsche übersetzt wurde. In: Dutheil de la Rochère, Jacqueline: La France et la Charte des droits fondamentaux de l’Union européenne. Annuaire français de relations internationales, Vol. 2, 2001, pp. 478-492.
[215] Vgl. Rüger, Carolin: Aus der Traum? Der lange Weg zur EU-Verfassung. Marburg 2006. S. 91.
[216] Crevel, Philippe / Wagner, Norbert: Laizität – Garant der politischen Stabilität Frankreichs oder Selbsttäuschung? 19.1.2004. In: http://www.kas.de/publikationen/2004/3873_dokument.html (Zugriff am 10.3.2007)
[217] Bericht der Kommission unter Führung Bernard Stasis. Vgl. Crevel/Wagner (2004).
[218] Das Kopftuchverbot für Schülerinnen zog weite Kreise. Dabei wurden im August 2004 während des Irak-Krieges die beiden französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot von einer militant-islamistischen Gruppe entführt, die von Frankreich die Aufhebung dieses Verbotes forderte.
[219] CNN turk Interview, 20.November 1999. www.elysee.fr (Zugriff am 26.2.2007).

Ein muslimisches, dazu selbst noch laizistisches Land, ohne Vorbehalte gegenüber seiner Religion in Europa einzubinden, läge ganz im Sinne des französischen Verständnisses von Laizismus. Es würde die Stellung des Laizismus stärken und seine Durchsetzung auch in Frankreich leichter machen.

Allerdings muss beachtet werden, dass der französische Laizismus sich deutlich vom türkischen Verständnis des Laizismus unterscheidet. Der türkische Laizismus, der mit der Gründung der Republik 1923 in der Türkei zum Staatsprinzip wurde, gründet sich auf den französischen Laizismus. Man sah in der starren Religiosität der Eliten im Osmanischen Reich einen der Gründe für dessen Untergang. Doch der türkische Laizismus unterscheidet sich in seiner Ausprägung vom französischen. Er will die Modernisierung der Gesellschaft, das heißt deren Säkularisierung, „nicht dadurch erreichen, dass es die Kirche neben den Staat stellt und beider Verhältnis rechtlich regelt, sondern dadurch, dass er dem Staat das Monopol zur Interpretation der Religion einräumt und das legale religiöse Leben bürokratisiert.“[220] Dies geschieht in der Türkei durch die Religionsbehörde, das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten.[221] In der Türkei herrscht gewissermaßen ein staatliches Monopol über die Religion, das gesellschaftliche Gruppen konsequent aus dem legalen religiösen Leben ausschließt. Aus dem öffentlichen Leben ist die Religion gänzlich verbannt, so ist es zum Beispiel muslimischen Frauen in der Türkei nicht erlaubt an Universitäten Kopftuch zu tragen. Wird das Prinzip der Laizität verletzt, das heißt, kommt es zu religiösen Tendenzen in der Politik, schreitet das türkische Militär ein, das sich als Hüter der kemalistischen Staatstradition sieht.[222] Die türkische Bevölkerung hat sich derweil mit der Institutionalisierung der Religion durch eine staatliche Behörde abgefunden. Sie befürchtet, wie auch die kemalistische Elite, dass eine unbegrenzte Freiheit der Religion zu Souveränität des Islams über die Nation führen würde.[223] Der Laizismus, so wie er in der Türkei verstanden wird, führt allerdings dazu, dass lediglich eine Religion, nämlich der sunnitische Islam, vom Staat unterstützt wird. Die anderen Religionen führen sozusagen ein „Schattendasein“.

Dieser kurze Blick auf den türkischen Laizismus macht deutlich, dass es zu einfach wäre, zu sagen, Frankreich unterstützt die Türkei, weil diese auch ein laizistischer Staat ist. Vielmehr

[220] Seufert (2004): S.12.

[221] Aufgaben der Behörde: Verwaltung und Kontrolle der Moscheen, Ernennung von Vorbetern, Predigern und Gebetsrufern. Die Freitagspredigt wird vom Präsidium in Ankara ausgearbeitet und allen Predigern übermittelt. Die Regierung richtet die offiziellen Korankurse aus. Außerdem kontrolliert die Behörde religiöses Schrifttum, erteilt religiöse Handlungsanleitungen für den Alltag und organisiert und kontrolliert die Pilgerfahrt nach Mekka. In: Seufert (2004): S.17.

[222] so geschehen bei den Militärinterventionen 1960, 1971, 1980 und etwas unauffälliger beim „sanften Putsch“ 1997.

[223] Vgl: Seufert (2004): S.23.

führt die Ausprägung des Laizismus in der Türkei zu Kontroversen, zum Beispiel durch die Benachteiligung religiöser Minderheiten. Dieses Vorgehen entspricht nicht den Vorstellungen der EU und Frankreichs von Gewissensfreiheit. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in Europa wäre für Frankreich allerdings das deutlichste Zeichen, dass das Prinzip der Laizität auch auf europäischer Ebene ernst genommen wird und die Religion strikt von der Politik getrennt wird. Für die Europäische Union wäre es eine Chance, „ein Zeichen zu setzen und unter Beweis zu stellen, dass ihr gemeinsame politische Interessen wichtiger sind als Religionsunterschiede.“[224]

2.5.5. Die Bedeutung der Türkei für ein „Europe puissance“

Die französische Idealvorstellung Europas hatte sich auch mit dem Amtsantritt Chiracs nicht wesentlich geändert. Auch ihm schwebte – wie bereits seinen Vorgängern – das Idealbild eines „Europe puissance“[225] vor, einer weltweit handlungsfähigen Europäischen Union, „die auch über eine ausreichende machtpolitisch-militärische Fundierung verfügt.“[226]

Diese Europakonzeption führte Chirac bereits 1995 in seiner Rede vor dem Europaparlament in Straßburg aus : „La France est en faveur d’une grande Europe, qui rassemble enfin notre continent comme le souhaitait le Général de Gaulle.“[227] Chirac strebte ein großes Europa an, das mit einer Stimme in der Welt spricht : „Enfin, nous voulons que l’Europe fasse entendre sa voix sur la scène internationale. Grâce à sa politique extérieure et de sécurité commune, grâce aussi au rôle de l’Union de l’Europe occidentale, un véritable pilier européen doit se développer au sein d’une Alliance atlantique rénovée et rééquilibrée.“[228] Schlüsselprojekt eines „Europe puissance“ war für Frankreich dabei die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Vor der parlamentarischen Versammlung der WEU erklärte Chirac im Mai 2000, dass Europa nur dann als Weltmacht und Wertegemeinschaft wahrgenommen werde, „wenn es seine Interessen und Werte notfalls auch militärisch verteidigen könne“[229].

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Aufbau einer ESVP traditionell ein französisches Anliegen ist. Dieses Vorhaben hatte allerdings in den Zeiten des Kalten Krieges keine Aussicht auf Erfolg. Fragen der Verteidigung blieben strikt im Kompetenzbereich der europäi-

---

[224] Demesmay, Claire/ Fougier, Eddy: Die französische Malaise im Spiegel der Türkei-Debatte. In: Angelos Giannakopoulos (Hrsg.): Die Türkei-Debatte in Europa. Wiesbaden 2005. S. 49-62.

[225] Der Begriff wurde von Valery Giscard d’Estaing geprägt, der das „Europe Puissance“ einem „Europe Espaces“, einem lediglich als geographischer Raum verstandenen Europa entgegensetzte.

[226] Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Frankreichs Europapolitik. Wiesbaden 2004. S.203.

[227] Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, prononcé devant le Parlement européen à Strasbourg. 11.Juli 1995. In: www.elysee.fr (Zugriff am 1.5.2007).

[228] a.a.O.

[229] Müller-Brandeck-Bocquet (2004): S. 203.

schen Staaten selbst und ihrer Bündnisse, sprich der NATO.[230] Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs[231] bot sich für Frankreich erneut die Chance, für die Idee eines „Europe puissance“ und somit für einen Ausbau der europäischen Verteidigungsstrukturen zu werben. Mit der Einrichtung der GASP durch den Vertrag von Maastricht wurde die WEU[232] wieder belebt und zum verteidigungspolitischen Instrument der EU ausgebaut. Dies gestaltete sich allerdings schwierig, vor allem was die bis 2002 weitgehend ungeklärte transatlantische Dimension einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik betraf, das heißt das Verhältnis der ESVP zur NATO. Anfang der 90er Jahre gab es eine Annäherung Frankreichs an die Entscheidungsstrukturen der NATO. Seit Mitte der 90er Jahre erkennt Frankreich die zentrale Rolle der NATO in Europa an und hat von ihrem Kurs, eine unabhängige Europäische Verteidigungsstruktur aufzubauen, abgelassen.[233] Damit war der Weg frei für die ESVP. Als Durchbruch lässt sich das "Berlin Plus Abkommen" vom 16. Dezember 2002 bewerten. Nach zweijährigen Verhandlungen wurde erreicht, dass die EU bei eigenen militärischen Operationen auf Einrichtungen und Planungskapazitäten der atlantischen Allianz zurückzugreifen kann. Für die Krisenbewältigung sollten ab 2003 60000 Soldaten und 5000 Polizisten zur Verfügung stehen. Im November 2004 beschloss die EU die Einrichtung so genannter „Battle Groups“, mobiler Kampfverbände, die innerhalb weniger Tage einsatzbereit sein sollen. Bereits 2003 konnte die EU die Operation Concordia als Nachfolgemaßnahme einer NATO-Operation in Mazedonien übernehmen.[234]

Im Folgenden soll die Rolle, die die Türkei in einem „Europe puissance“ einnehmen könnte, untersucht werden. Zunächst wird ein Blick auf die geostrategische Lage der Türkei geworfen, um zu zeigen, welchen Einfluss die Türkei in ihrem regionalen Umfeld heute ausübt. Im Anschluss wird das militärische Gewicht der Türkei untersucht. Dabei wird deutlich, dass ein EU-Beitritt der Türkei das französische Konzept eines starken Europa entscheidend voranbringen könnte.

---

[230] Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg): The Future of the European Foreign, Security and Defence Policy after Enlargement. Baden-Baden 2006. S.30.

[231] Nach Ende des Kalten Krieges veränderte sich das sicherheitspolitische Umfeld der EG und der Abhängigkeit der EG vom Schutz der NATO war jegliche Grundlage entzogen. Auch die Erfahrungen mit den neuen regionalen Konflikten in der Golfregion und auf dem Balkan drängten die EWG-Staaten dazu, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf ihre Agenda zu setzen.

[232] Die WEU ging 1954 aus dem Brüsseler Pakt hervor (1948). Ihre Aufgaben sind hauptsächlich die umfassende Beistandspflicht im Falle eines Angriffs auf Europa und die Wahrung des Friedens und der Sicherheit in Europa. Mit dem Vertrag von Maastricht gab es eine Wiederbelebung der WEU. Die Petersberger Erklärung legte 1992 die Leitlinien zur Weiterentwicklung der WEU fest. Mit den 1999 getroffenen Beschlüssen von Köln und Helsinki zur ESVP wurden die Aufgaben der WEU schrittweise auf die EU übertragen.

[233] Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (2006): S.34.

[234] seitdem weitere EU-Missionen im Kongo und in Bosnien und Herzegowina.

2.5.5.1. Die geostrategische Lage der Türkei

In der Zeit des Kalten Krieges war die geostrategische Bedeutung der Türkei als „Südostpfeiler der NATO“[235] klar definiert. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat der Türkei allerdings „ein Umfeld von äußerster Komplexität zuwachsen lassen“[236]. Die Grenzregionen der Türkei entwickelten sich nach 1990 zu Konfliktregionen, wie zum Beispiel der Balkan und der Kaukasus. Die Türkei musste reagieren. So hat sich das Land vom südöstlichen Pfeiler der NATO zu einer selbständig agierenden Regionalmacht entwickelt, „die nicht nur im Bereich der Turkvölker, sondern auch im Nahen Osten und auf dem Balkan an Einfluss gewonnen hat.“[237] Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rückte die Region unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten in den Blick der Weltpolitik – die Türkei wurde zu einem wichtigen und interessanten Partner der USA im Kampf gegen den Terrorismus.

Mit dem Amtsantritt der AKP entstand die neue außenpolitische Leitlinie der Türkei, die besagt, „dass die Türkei kein Peripheriestaat Europas, des Nahen Ostens oder Zentralasien sei, sondern ein ‚Schlüsselstaat’(pivotal state), der durch die Verfolgung nationaler Interessen und durch die Nutzung mehrdimensionaler Außenbeziehungen sowie der geografischen Lage zu einer einflussreichen Regional- und Ordnungsmacht werden könne.“[238] Spätestens seit dem Irakkrieg 2003, der als „Wendepunkt des regionalen Sicherheits- und Stabilitätssystems“[239] gilt, nimmt die Türkei diese Rolle einer Regionalmacht tatsächlich ein. Die Entwicklung dahin wurde allerdings schon seit Beginn der 90er Jahre sichtbar und zeigt sich heute ganz deutlich, wie ein Blick in die einzelnen Nachbarregionen zeigt.

2.5.5.1.1. Balkan

Das außenpolitische Engagement der Türkei auf dem Balkan ist historisch bedingt, denn der Balkan war etwa 600 Jahre lang ein Teil des Osmanischen Reichs. Rund eine Million Türken leben auf dem Balkan, die Mehrheit in Bulgarien.[240] Noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs knüpfte die Türkei ein weit verzweigtes Netz von bilateralen Verträgen mit den Bal-

[235] Gumpel, Werner: Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten. Politischer Balanceakt in einer komplizierten Region. In: Zippel, Wulfdiether: Spezifika einer Südost-Erweiterung der EU. Die Türkei und die EU-Türkei-Beziehungen. Nomos, 2003. S.117-125. S117.

[236] Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System. In: APuZ, B11-12/1997b. S.24-32. S.26.

[237] Gumpel, Werner: Ordnungsfaktor in einem unsicheren Umfeld. Die Regionalmacht Türkei und ihre Nachbarn. In: Internationale Politik 11/2000. S.21-28.

[238] Öztürk, Asiye: Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien. In: APuZ, 4/2006. S. 25-31. S.26.

[239] a.a.O.

[240] Vgl. Akkaya, Çiğdem/Aver, Caner: Die türkische Sicherheitspolitik in einem unsicheren Raum. In: Südosteuropa Mitteilungen, 1/2004. S.66-82. S.78.

kanstaaten.[241] Diese Aktivitäten wurden nach 1990 noch verstärkt. Dennoch waren die Ängste, die Anfang der 90er Jahre in einigen Nachbarstaaten vor einer neuen Rolle der Türkei als regionaler Groß- und Führungsmacht aufkamen, unbegründet. Vielmehr hat die Türkei während der Krisen im Kosovo und in Bosnien in enger Zusammenarbeit mit der NATO, eine wichtige stabilisierende Rolle beim Zerfallsprozess Jugoslawiens gespielt.[242] Im Kosovo-Konflikt folgte die Türkei der außenpolitischen Linie der NATO und befürwortete eine Intervention einer internationalen Friedenstruppe mit türkischer Beteiligung. Mit dem Kosovo-Konflikt haben auch andere europäische Länder die strategisch wichtige Rolle der Türkei und ihren Einfluss in ihren Nachbarregionen erkannt. Die Folge war die Anerkennung als Beitrittskandidat auf dem Gipfel von Helsinki 1999 (vgl. Kapitel II, 2.). Die Türkei und Griechenland fanden im Kosovo-Konflikt zu einem gemeinsamen Krisenmanagement zusammen, denn beide Länder hatten Angst, dass sich der Konflikt auf den gesamten Balkan ausweiten könnte.[243] Die Türkei gehörte 1996 zu den Initiatoren des Südost-Europäischen Kooperations-Prozesses (SEECP) und beteiligt sich am Stabilitätspakt Südosteuropa, der ab 2008 stärker in regionale Verantwortung übergeben werden soll. Der SEECP soll dann eine tragende Rolle in der neuen regionalen Struktur spielen, dem so genannten Regionalen Kooperationsrat[244], dem auch die Türkei angehören wird.

2.5.5.1.2. Kaukasus und Zentralasien

Die Bemühungen um eine eigenständige Politik in der Kaukasus-Region zeigten sich bereits Anfang der 1990er Jahre in einem starken Engagement des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal in Zentralasien. Auf einer zweiwöchigen Rundreise 1993 durch die fünf, nun selbstständigen, Turkrepubliken[245] erklärte er das 21. Jahrhundert kurzerhand zum „Jahrhundert der Türken“[246]. Doch der „Traum von einer großtürkischen Welt“[247] zerplatzte bald an der Realität, denn die Turkrepubliken erkannten schnell, dass die Türkei bei der Schaffung neuer staatlicher und politischer Strukturen nur begrenzt Hilfe leisten konnte.[248] Statt auf das

[241] Vgl. Schlegel, Dietrich: Die Rolle der Türkei während der Konflikte in Ex-Jugoslawien. In: Zeitschrift für Türkeistudien 2/1999. S. 257-270.
[242] So hat Ankara als erstes Land die Aufnahme von 20000 heimatlosen Kosovo-Albaner angeboten und entsprechende Übergangslager eingerichtet.
[243] Vgl. Schlegel (1999): S. 268.
[244] Vgl. Stabilitätspakt für Südosteuropa. Internetseite des Auswärtigen Amts. In: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Suedosteuropa/Stabilitaetspakt.html (Zugriff am 15.5.2007).
[245] Aserbaidschan, Turkmenien, Usbekistan, Kasachstan und Kirgisien.
[246] Seufert/Kubaseck (2006): S.194.
[247] a.a.O.
[248] Vgl. Gumpel, Werner: An der Nahtstelle von Europa und Asien. Die Mittlerrolle der türkischen Regionalmacht. In: Internationale Politik 1/1998. S.18-22.

türkische Staatsmodell, setzten sie auf einen selbständigen Weg. Das bedeutete aber nicht, dass es keine enge Kooperation zwischen den Turkrepubliken und der Türkei gegeben hat. Besonders im wirtschaftlichen Bereich wurden die Beziehungen schnell ausgebaut, auch mit den Nachbarstaaten Armenien und Georgien.[249] Da die Türkei ein energiearmes Land ist, ist sie auf Energieimporte aus der energiereichen Nachbarregion angewiesen.[250] Im internationalen Kontext erhöht die Grenzlage der Türkei zu dieser rohstoffreichen Region ihre Bedeutung als Transitland für Energie-Exporte rund ums Kaspische Meer. Der Bau der Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline, die 2005 in Betrieb genommen wurde, festigte die Rolle der Türkei als Regionalmacht und machte Europa unabhängiger von russischen Erdöllieferungen. Die Pipeline befördert Erdöl aus dem Kaspischen Meer in den türkischen Mittelmeerhafen Ceylan, von wo aus es verschifft wird.

Geprägt ist das politische Verhältnis der Türkei zu den Ländern des Kaukasus allerdings durch die zahlreichen regionalen Konflikte,[251] die durch die Flüchtlingsproblematik und grenzüberschreitende Kriminalität auch die innere Sicherheit der Türkei betreffen. Die Türkei hofft, durch eine starke wirtschaftliche Kooperation, in den betroffenen Regionen Sicherheit und Stabilität zu fördern.[252]

2.5.5.1.3. Russland

Während des Ost-West-Konflikts war die Grenze zwischen der Türkei und der Sowjetunion ein „Fixpunkt der global-strategischen Blockrivalität“[253]. In den 1990er Jahren waren die Türkei und Russland in erster Linie Konkurrenten um Einfluss in der Schwarzmeerregion und auf dem Kaukasus. Zwischen der Türkei und Russland gab es zudem Unstimmigkeiten, weil türkische Organisationen tschetschenische Rebellen mit Geld und Waffen unterstützten. Umgekehrt unterstützte daraufhin Moskau die kurdischen Rebellen der PKK.[254] In jüngster Zeit haben die beiden Staaten allerdings eingesehen, dass gute partnerschaftliche Beziehungen in beiderseitigem Interesse liegen. Somit kam es zwischen der Türkei und Russland in den letzten Jahren zu einer spürbaren Annäherung in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen. Der Staatsbesuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Ankara im Dezember

[249] Gumpel (2000): S.21.
[250] Aserbaidschan und Kasachstan haben reiche Erdölvorkommen, Turkmenistan Ergas.
[251] armenisch-aserbaidschanischer Konflikt um Berg-Karabach, armenisch-türkischer Konflikt, Sezessionsbestrebungen Abchasiens, Südossetiens und Adjariens, was zu einer Destabilisierung Georgiens führt, Unabhängigkeitskampf in Tschetschenien.
[252] Vgl. Akkaya/Aver (2004): S.77.
[253] Sandawi, Sammi/ Stahn, Andreas: Russland-Türkei-EU-USA im Schwarzmeerraum. In: GUS-Barometer 40, Januar 2006. S. 4-6. S.4.
[254] Vgl. Lukas, Reinald: Es geht um Öl, Erdgas und viel Geld. Das russisch-türkische Verhältnis bleibt problematisch. In: Das Parlament, 18/2004.

2004, bei dem ein umfangreiches Sicherheitspaket[255] unterzeichnet wurde, zeugt von der Entspannung der Beziehungen. Im Januar 2005 reiste der türkische Premierminister Erdogan anlässlich der Einweihung eines türkischen Handelszentrums nach Moskau. Russland ist nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner der Türkei. Im Energiesektor bauen die beiden Länder ihre Zusammenarbeit aus, so zum Beispiel mit der Gaspipeline „Blauer Strom", die im November 2005 eingeweiht wurde. Russland liefert der Türkei 65% ihres Erdgasbedarfs. [256] Im Schwarzmeerraum verbindet die beiden Länder das strategische Interesse, die Region vor dem Einfluss fremder Streitkräfte abzuschotten. So stößt die Stationierung US-amerikanischer Truppen in Rumänien auf vehementen türkisch-russischen Widerstand. Beide Länder sind an einem ausschließlich die Schwarzmeeranrainer umfassenden Sicherheitssystem interessiert.[257]

„Die wachsende Bedeutung guter Wirtschaftsbeziehungen für das russisch-türkische Verhältnis können jedoch nicht über nach wie vor vorhandene Defizite und das gegenseitige Misstrauen im politischen Bereich hinwegtäuschen."[258] Russland befürwortet, nach anfänglichem Zögern, einen EU-Beitritt der Türkei. Allerdings ist dies „keineswegs ein Akt diplomatischer Höflichkeit, sondern trägt vielmehr auch den langfristigen russischen Interessen an einer strategischen Aufwertung der eigenen Rolle im internationalen System Rechnung, die zwangsläufig aus der Schwächung der EU resultieren würde."[259]

2.5.5.1.4. Naher und Mittlerer Osten

Als im August 1990 mit der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen ein internationaler Konflikt ausbrach, stellte sich die Türkei auf die Seite der Alliierten. Dieses Engagement ist keineswegs selbstverständlich, denn bis zu diesem Zeitpunkt hatte es die Türkei vermieden, sich an Konflikten im Nahen Osten zu beteiligen. Hinter dem Engagement ließ Ankara, laut Udo Steinbach, weniger seine Treue zum Verbündeten USA erkennen, als vielmehr den „Anspruch, eine ‚regionale Rolle' zu spielen."[260] Das Ziel, als eine eigenständige Ordnungsmacht in der Region anerkannt zu werden, hat die Türkei endgültig mit ihrer Aufkündigung der strategischen Allianz mit den USA im dritten Golfkrieg untermauert. Das türkische Parlament

[255] Dieses Sicherheitspaket umfasst eine Partnerschaftsdeklaration und einen Ausbau der Kooperation im Rüstungsbereich. Vgl. Sandawi, Sammi: Machtkonstellationen im Schwarzmeerraum- Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei und anderer Anrainer. In: Integration, 2/2006. S.134-148. S. 139.
[256] Vgl. Thumann, Michael: Schwarzmeerbrüder sollt ihr sein. Die Zeit, 2. November 2006.
[257] Die Türkei initiierte Ende der 1990er Jahre zu diesem Zweck die Black Sea Economic Cooperation Organization (BSEC), die sich auf mit Handelsfragen beschäftigte und die Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR), die die militärischen Kräfte der Schwarzmeeranrainer zu bündeln suchte. Beide Kooperationen laufen allerdings schleppend.
[258] Lukas (2004).
[259] Sandawi (2006): S. 134.
[260] Steinbach, Udo (1997): S. 25.

hatte 2003 eine Entsendung von türkischen Truppen in den Irak und die Stationierung ausländischer Truppen in der Türkei wegen den nicht absehbaren Risiken eines Irak-Krieges abgelehnt. Somit schuf der Irak-Krieg 2003 für die Türkei das geeignete Klima für eine Annäherung an Syrien und den Iran im Rahmen der Irak-Kontaktgruppe.[261] Für Syrien und den Iran, die unter enormen internationalen Druck stehen[262], stellt die Türkei eine Verbindung in den Westen dar. Die Beziehungen zu den zwei Staaten werden seit 2003 auf politischer und wirtschaftlicher Ebene ausgebaut. Dabei möchte die Türkei allerdings den Eindruck einer Allianzbildung vermeiden, um das angespannte Verhältnis mit den USA nicht noch weiter zu belasten.

Traditionell unterhält die Türkei, als erstes islamisches Land, das 1949 die Gründung des Staates Israel anerkannt hatte, enge Beziehungen zu Israel. Diese beziehen sich vor allem auf zwei Bereiche: auf die Lieferung von Wasser aus der Türkei nach Israel und auf den militärischen Bereich.[263] Die Beziehungen sind allerdings belastet durch den großen Druck, der im internationalen Kontext auf ihnen lastet. Das türkische Verhältnis zu Israel beeinflusst schon immer die Beziehungen zu den arabischen Staaten, vor allem zu Syrien, Irak und Iran. Allerdings erklärte die Türkei, dass sie nicht die Absicht habe, die israelisch-türkischen Beziehungen aufgrund des arabischen Drucks zu lockern.[264]
Trotz der generell guten Beziehungen kommt es immer wieder zu Spannungen. Die Türkei sieht sich zwar als Verbündeter und Freund Israels.[265] Doch das Vorgehen der Israelis gegen die Palästinenser stößt in der Türkei, vor allem bei der Bevölkerung auf heftige Ablehnung. Beide Seiten bemühen sich heute um ein pragmatisches Verhältnis, auch mit Rücksicht auf gemeinsame wirtschaftliche und militärische Interessen.

2.5.5.1.5. Bedeutung der Türkei nach dem 11. September 2001

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rückte die Region rund um die Türkei in den Fokus der Weltpolitik. Die Türkei wurde aufgrund ihrer exponierten geostrategischen Lage ein begehrter Partner der USA im Kampf gegen den Terror. Das NATO-Mitglied Türkei

[261] Alle drei Staaten hatten in diesem Konflikt die gleichen Interessen: die Wahrung der territorialen Integrität des Irak, um so die Bildung eines Kurdenstaates im Norden des Irak zu verhindern. In allen drei Staaten leben kurdische Minderheiten. Im Falle eines territorialen Zerfalls des Irak rechnen sie mit inneren Unruhen und einer Destabilität der eigenen Grenzen. Vgl. Öztürk (2006).
[262] Für US-Präsident Bush liegen Syrien und Iran auf der „Achse des Bösen“.
[263] Wobei Israel und die Türkei immer bemüht sind, zu betonen, dass sich diese Zusammenarbeit rein bilteral ausgeprägt ist und sich nicht gegen ein bestimmtes Land oder eine Gruppe von Ländern richtet. Vgl. Liel, Alon: Israel und die Türkei. Eine besondere Beziehung. In: Internationale Politik, 11/2000. S.31-35.
[264] Erklärung von Mesmut Yilmaz 1996, Vgl. Liel, Alon (2000): S.33.
[265] Vgl. Öztürk (2006): S. 29.

hat eine direkte Grenze zu den Ländern, die der amerikanische Präsident Bush als „Schurkenstaaten“[266] bezeichnet. Von türkischem Boden aus können die USA und auch die EU in dieser Region agieren. Die Türkei stellte sich nach den Terroranschlägen hinter den Kurs der USA: sie beteiligte sich an der ISAF-Schutztruppe in Afghanistan, stellte Infrastruktur (Luftwaffenstützpunkt Incirlik) bereit und öffnete ihren Luftraum für amerikanische Transportflugzeuge. Damit war die Türkei das einzige islamische Land, das sich an der Allianz gegen den Terror mit eigenen Truppen beteiligte. In der islamischen Welt wurde das Verhalten der Türkei stark kritisiert, sie riskierte mit ihrer Unterstützung der USA eine Isolation. Das Engagement der Türkei im „Kampf gegen den Terror“ beeinflusste auch ihr Verhältnis zu Europa. Die Türkei trat nun mit einem „gesteigerten Selbstbewusstsein“[267] auf. Für das Risiko der Isolation von den arabischen Staaten erwartete die Türkei als Belohnung endlich eine Einbindung in die EU. Das Verhältnis zwischen der Türkei und den arabischen Staaten entspannte sich, nachdem die Türkei 2003 den USA ihre Gefolgschaft im Irak-Krieg verweigert hatte. „Insgesamt steht die Türkei europäischen Konzepten einer Demokratisierung des Nahen Ostens deutlich näher, als den US-amerikanischen Vorstellungen eines ‚schnellen Regimewechsels’“[268] Für die USA ist die Türkei allerdings aufgrund ihrer Nähe zu den Krisengebieten weiterhin ein wichtiger Verbündeter. War die Türkei zu Zeiten des Kalten Krieges der „Südostpfeiler“ der NATO, so ist sie heute eine unerlässliche Stütze im Krieg gegen den Terror. Deswegen plädieren die USA auch kontinuierlich für einen Beitritt der Türkei zur EU, um so eine enge Bindung des Landes in westliche Strukturen sicherzustellen.

Dieser Blick auf die geostrategische Bedeutung der Türkei macht deutlich, dass die Türkei heute einen exponierten Dreh- und Angelpunkt verschiedenster Interessen darstellt: „Die geopolitische Lage der Türkei liegt am Berührungspunkt der Interessen der USA, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Europäischen Union und des Mittleren Ostens.“[269] Der 1998 amtierende französische Außenminister Hubert Vedrine erklärte in einem Interview: „Die Türkei ist für Frankreich ein wichtiger Partner in einer strategischen Region. […] Sie steht im Zentrum wichtiger politischer Entscheidungen, sei es die Konsolidierung der aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen Staaten oder die Neuverteilung der großen Energieach-

[266] Syrien und Iran.
[267] Axt, Heinz-Jürgen: Selbstbewusstere Türkei. Worauf sich die EU einstellen muss. In: Internationale Politik 1/2002. S. 45-50. S. 47.
[268] Dufner, Ulrike: Die Krise im Nahen Osten und die Türkei. In: http://www.boell.de/downloads/nahost/nahostkonflikt_tuerkei.pdf (Zugriff am 24.4.2007)
[269] Öztürk (2006): S. 27.

sen.“[270] Jacques Chirac erklärte auf dem ER von Helsinki 1999 auf die Frage nach der Einbindung der Türkei: „Alors, c'est très important pour nous parce que cela correspond d'abord à une vision stratégique qui permet d'ancrer la Turquie à l'Europe.“[271] Die geopolitisch exponierte Lage der Türkei macht sie zu einem interessanten Partner der EU im Hinblick einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, gerade nach dem 11.September 2001. Die Türkei als Mitglied der Europäischen Union würde der Union zum einen ein größeres (außen)politisches Gewicht verleihen und zum anderen den Einfluss der EU in Regionen vergrößern, an deren Sicherheit die Europäische Union ein Eigeninteresse haben muss. Zudem erfüllt die Türkei – nach einer neuerlichen Besserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten – tatsächlich die viel beschworene „Brückenfunktion in die islamische Welt“. Der Wert der Türkei für die Geostrategie Europas ist vor allem vor dem Hintergrund des eigenen Sicherheitsinteresses und der immer wichtiger werdenden Energiepolitik zu sehen. Die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EU im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist schon heute weit fortgeschritten: „Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik passt sich die Türkei […] im Großen und Ganzen den restriktiven Maßnahmen, Erklärungen und Demarchen der EU an.“[272]

Die Lage der Türkei ist allerdings gleichzeitig ein Argument der Beitrittsgegner, nicht nur in Frankreich. So schreibt zum Beispiel Sylvie Goulard: „posséder une frontière commune avec l’Irak, la Syrie, la Géorgie, l’Arménie et l’Iran pourrait bien être un fardeau trop lourd à porter pour une politique étrangère commune qui fait ses premiers pas.“[273]

2.5.5.2. Militärisches Gewicht der Türkei

Sicherlich würde ein EU-Beitritt der Türkei die Strukturen der ESVP stärken. So erklärt auch die Unabhängige Türkei-Kommission in ihrem Bericht im September 2004: „Für die im Aufbau befindliche Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wären die beträchtlichen militärischen Kapazitäten der Türkei und das Potential des Landes als Stützpunkt wichtige und viel benötigte Vorteile.“[274] Das Land verfügt mit 510000 Soldaten über das zweitgrößte Heer der NATO. Die Türkei war bereits an vielen internationalen Einsätzen beteiligt, so zum Beispiel im Kosovo-Konflikt. Bis Dezember 2002 und von Februar bis August

[270] Besuch des Französischen Außenministers Hubert Vedrine in Ankara. Gespräch mit der türkischen Tageszeitung „Yeni Yuzyil“, Ankara, 10. Januar 1998. In: Frankreich-Info. Nr.3, 16. Januar 1998.
[271] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Lionel Jospin, Premier ministre à l'issue de la conférence européenne. Helsinki, 11. Dezember 1999. In: www.elysee.fr (Zugriff am 16.12.2006).
[272] Europäische Kommission (2006): S.83.
[273] Goulard, Sylvie: Le Grand Turc et la République de Venise. Paris, 2004. S.113.
[274] Unabhängige Türkei-Kommission: Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen? Brüssel, 2004. S.20.

2005 führte die Türkei die internationale Schutztruppe für Afghanistan. Mit der Entsendung türkischer Blauhelm-Soldaten im Libanon-Konflikt im Herbst 2006 versuchte die türkische Regierung, sich als verlässlicher Partner bei Friedenseinsätzen der UNO und als Mittler in der Region zu präsentieren. Die Türkei war in der Vergangenheit bereits an dem Blauhelm-Einsatz im Süd-Libanon beteiligt.[275]

Zudem zeigt die Türkei ein starkes Interesse an der Weiterentwicklung der ESVP. Bereits jetzt beteiligt sich die Türkei an den EU-geführten Polizeimissionen in Bosnien-Herzegowina (EUPM), in der Republik Mazedonien (Proxima) und der demokratischen Republik Kongo (EUROPOL KINGSHASA).

Ein Beitritt der Türkei zur EU würde das Verhältnis NATO – Türkei – ESVP entspannen, das Hauptgrund für die langen Verhandlungen zum „Berlin Plus Abkommen“ war.[276] Noch immer widersetzt sich die Türkei der Einbeziehung Maltas und Zyperns in die strategische Zusammenarbeit zwischen NATO und EU.[277]

Mit Blick auf Chiracs Europakonzeption eines „Europe puissance“, der oben aufgezeigten gewachsenen geostrategischen Bedeutung der Türkei und ihr militärisches Gewicht, lässt sich die französische Unterstützung für eine Vollmitgliedschaft des Landes in der EU nachvollziehen. Die Türkei spielt eine wichtige Rolle in ihrer Region und könnte einen entscheidenden Beitrag zu einem „europe puissance“ leisten. Zudem hat die Türkei auch auf bilateraler Ebene eine hohe sicherheitspolitische Bedeutung für Frankreich. So erklärte Verteidigungsministerin Alliot-Marie im Dezember 2005: „Le territoire turc revêt une importance stratégique pour le déploiement de moyens français civilo-militaires vers le Moyen-Orient ou l’Asie, notamment en Afghanistan[…].“[278] Angesichts der zahlreichen Konflikte auf dem Balkan und dem Kaukasus sei eine Zusammenarbeit beider Länder unerlässlich. Die bedeutende Rolle, die Frankreich bei der Ausrüstung und Modernisierung des türkischen Militärs spielt, trägt zusätzlich zu den engen Beziehungen im sicherheitspolitischen Bereich bei.

---

[275] Es ist liegt allerdings nahe, dass die Türkei noch aus einem ganz anderen Grund gehandelt hat: die Parallele zwischen dem Krieg Israels gegen die Hisbollah und dem türkischen Konflikt mit der PKK ist nicht zu übersehen. Ankara erhoffte sich, im Konflikt mit der PKK, ebenso wie Israel im Kampf gegen die Hisbollah, die Unterstützung von den USA zu erhalten. In der Türkei war der Libanon-Einsatz höchst umstritten. Er zeigt allerdings auch, wie wertvoll die Türkei als Vermittler zwischen Israel und der arabischen Welt sein kann.

[276] Die Türkei wollte ihre NATO-Verbände der ESVP nur dann zur Verfügung stellen, wenn eigene Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden. Problem der Türkei dabei war die Furcht vor einer Beteiligung Zyperns als baldiges Mitglied der EU an sicherheitspolitischen Fragen die die Türkei betreffen, bei denen sie allerdings kein Mitspracherecht hat, da sie kein Mitglied der EU ist.

[277] Vgl. Europäische Kommission (2006): S.82.

[278] Tribune du Ministre de la Defense, Mme Michele Alliot-Marie, dans le quotidien turc „Radikal“. Paris, 19. Dezember 2005. In: http://www.ambafrance-tr.org/article.php3?id_article=616 (Zugriff am 22.1.2007).

2.6. Zwischenfazit: Türkei als Pfeiler eines „Europe puissance“

Frankreich kann zu Recht als „ardent avocat“ der Türkei bezeichnet werden – bis Mitte des Jahres 2004 stand es immer hinter dem Wunsch der Türkei nach einer Vollmitgliedschaft und hat dies nie in Frage gestellt. Dabei gab es auch unter der Kohabitationsregierung zwischen dem sozialistischen Premierminister Lionel Jospin und Jacques Chirac in der Türkei-Frage keine Unstimmigkeiten. Im Bereich der Europapolitik hat Jospin „seine Machtpotenziale aus verschiedenen Gründen nicht voll ausgereizt und profilierte sich hier vergleichsweise wenig.“[279] So übernahm er in der Türkei-Frage Chiracs Kurs und unterstützte die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union. Die Türkei habe eine „vocation européenne“, hieß es zu jeder Gelegenheit aus Frankreichs Staatsspitze; sobald sie die Kriterien von Kopenhagen erfülle, könne sie der EU beitreten. Die Erfüllung der politischen Kriterien – Vorraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – hat Staatspräsident Chirac nie von der Lösung der Zypernfrage oder der Anerkennung des Armenischen Völkermords abhängig gemacht. Frankreich wollte die Türkei definitiv als Vollmitglied in der Europäischen Union sehen.

Hauptgrund für diese Haltung war sicherlich die Bedeutung der Türkei für ein „Europe puissance“. Die Stellung der Türkei in ihrer Region als Regionalmacht und ihre militärische Stärke wären aus der Sicht Frankreichs ein Gewinn für die GASP sowie für die ESVP. Das Gewicht Europas auf der Weltbühne würde mit der Vollmitgliedschaft der Türkei wachsen. Eine Integration der Türkei in Europa würde zudem den Einfluss der USA in der Region zurückdrängen, vorausgesetzt, die Union würde in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen. Zudem war Frankreich schon immer bestrebt, motiviert durch politische und wirtschaftliche Interessen in der arabischen Welt, „eine politische Rolle in der Region zu spielen, was mit der Wahl von Jacques Chirac an neuer Dynamik gewann.“[280] Die Türkei als „Brücke“ in diese Region ist damit ein wichtiger Partner Frankreichs.

Lediglich zu Beginn der Amtszeit Chiracs, bei der Verwirklichung der Zollunion, spielten wirtschaftliche Aspekte und die Suche nach einem Ausgleich zur Osterweiterung noch eine größere Rolle. Später wünschte sich Frankreich eine durch die EU-Perspektive innenpolitisch gefestigte Türkei, die aufgrund ihrer geostrategischen Rolle ein wichtiger Teil des „Europe puissance“ werden kann. Die Tatsache, dass die Einbeziehung eines muslimischen Landes in die EU deren säkularen Charakter unterstreichen würde und so den Laizismus im eigenen Land stärken könnte, ist für Frankreich ein angenehmer Nebeneffekt.

---

[279] Müller-Brandeck-Bocquet (2004): S. 192.

[280] Froehly, Jean-Pierre: Der „neue“ deutsch-französische Dialog. Abstimmung in der europäischen Außenpolitik. In: Internationale Politik, 9/1998. S.26-32. S.29.

Die Türkei hat seit 1999, besonders in den Jahren 2001 und 2002 große Reformanstrengungen unternommen – die Konditionalität der EU-Erweiterungspolitik hat sich am Beispiel Türkei fortgesetzt.[281] Eine weitere französische Unterstützung des Landes auf dem Weg zum Beitritt wäre eigentlich eine logische Konsequenz. Zum einen schienen die politischen Kriterien von Kopenhagen Mitte 2004 bald erfüllbar, zum anderen nahmen die oben genannten Argumente für einen Beitritt in dem besagten Zeitraum eher an Gewicht zu. Umso verwunderlicher ist die Tatsache, dass Chirac Mitte 2004 von seinem Türkei-Kurs abweicht. Damit stellt sich nun im folgenden Kapitel die entscheidende Frage nach dem „Warum?". Was hat Chirac dazu gebracht von einem „ardent avocat" der Türkei zu einem Türkeiskeptiker zu werden?

3. Frankreich im Zweifel – (plötzliche) Bedenken gegen einen Türkei-Beitritt

Im Jahr 2004 nimmt die Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei in Frankreich an Intensität zu. Zum einen stehen im Juni dieses Jahres die Europawahlen auf der europapolitischen Agenda, zum anderen soll der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen im Dezember eine Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit der Türkei treffen. Alain Juppé, einst als Außenminister und Ministerpräsident „l'artisan de l'accord d'union douanière de 1995"[282], eröffnete in seiner Funktion als Parteivorsitzender der Partei UMP die Diskussion im April 2004 (vgl. Kapitel III, 3.6.2.). Er sprach sich, entgegen seiner bisherigen Haltung, im Namen seiner Partei gegen die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit der Türkei aus. Damit bezog die Präsidenten-Partei UMP öffentlich Stellung gegen die Meinung von Staatspräsident Chirac. Generell ist in Frankreich eine zunehmend anti-türkische Haltung spürbar. War bei Chirac schon ab 2002 eine gewisse Zurückhaltung in der Türkei-Frage bemerkbar, so wurde er 2004 noch vorsichtiger. Zwar sprach er sich auf seiner Pressekonferenz am 29.April noch eindeutig für einen Beitritt der Türkei zur EU aus, seine Zustimmung zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen versah Chirac im Laufe des Jahres 2004 allerdings mit einigen „Sicherungen". Im Folgenden sollen diese „Sicherungen" beschrieben werden. Zunächst geht es um die überraschende Forderung nach einem „modus vivendi" im Herbst 2004 für den Fall des Scheiterns der Beitrittsgespräche. Danach soll das Versprechen Chiracs, ein Referendum über den Türkei-Beitritt abzuhalten, betrachtet werden. Zudem entdeckte Frankreich in den Jahren 2004 und 2005 zwei Themen wieder, die vor einem Türkei-Beitritt geklärt werden müssten: die Armenien- und die Zypernfrage. Schließlich wird die neue Europadebatte analysiert, die nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum in Frankreich aufkommt und den Türkei-

[281] Vgl. Lippert (2005).
[282] Le Monde, 21. April 2004.

Beitritt generell in Frage stellte. Abschließend soll in diesem Kapitel versucht werden, näher auf die Gründe und Zwänge einzugehen, die zu der Aufweichung der bedingungslosen Unterstützung Chiracs für einen EU-Beitritt der Türkei führten.

3.1. …oder doch lieber eine „privilegierte Partnerschaft“?

Im Vorfeld des Europäischen Rats am 16. und 17. Dezember 2004 dachte Chirac das erste Mal laut über eine Alternative für eine Vollmitgliedschaft der Türkei nach. Bis zu diesem Zeitpunkt pflegte der französische Staatspräsident ein Scheitern von Beitrittsverhandlungen stets auszuschließen.[283] Ab Oktober 2004 allerdings verlangte er, dass die Europäischen Regierungen sich über eine Lösung im Fall des Scheiterns der Beitrittsverhandlungen Gedanken machen müssten. Er fasste für den Fall eines Scheiterns der Beitrittsgespräche auf dem deutsch-französischen Treffen in Berlin am 26. Oktober 2004 im Beisein des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan einen „troisième voie“[284] ins Auge. Dabei vermied er die Formulierung „partenariat privilégié“[285], vielmehr sprach er von einem „modus vivendi“[286]. Diese von Chirac erdachte Alternative zur Vollmitgliedschaft solle verhindern, dass sich die Türkei im Fall des Scheiterns der Beitrittsverhandlungen von Europa abwendet: „un système adapté pour que le lien entre la Turquie et l’Europe soit néanmoins un lien fort et important.“[287] Von der grundsätzlichen Unterstützung eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union sobald sie alle Kopenhagener Kriterien erfüllt, wich Chirac allerdings nicht ab. Vielmehr erklärte er: „Mon voeu le plus cher, parce que je crois que c’est l’interêt de l’Europe et aussi celui de la Turquie, c’est que nous arrivions au terme de cette procédure qui durera 10 ou 15 ans […] à une possibilité d’adhésion pure et simple de la Turquie à l’Union europénne.“[288] Selbst kurz vor dem EU-Gipfel am 16. und 17. Dezember 2004 sprach er sich in einem Fernsehinterview gegen das Angebot einer privilegierten Partnerschaft an die Türkei aus:

> „Ils n’accepteront jamais. C’est un peuple […] qui a conscience de faire des efforts gigantesques dans notre direction. Nous ne pouvons pas, dans l’hypothèse où ils font ces efforts, où ils rejoignent les Européens sur

[283] Neue Züricher Zeitung, 3. Dezember 2004.
[284] Es solle nicht nur die Möglichkeit von Beitritt oder Nicht-Beitritt geben, sondern auch die Möglichkeit die Türkei im Falle eines Scheiterns der Beitrittsgespräche eng an Europa zu binden.
[285] Von der Präsidentenpartei UMP und auch Valery Giscard d’Estaing wird für die Türkei eine „partenariat privilégié“ gefordert. Giscard weist sogar darauf hin, dass die neue EU-Verfassung die Möglichkeit einer solchen privilegierten Partnerschaft regle. Auch die deutsche CDU favorisierte diese Lösung.
[286] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schröder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne. Berlin, 26. Oktober 2004. In:www.elysee.fr (Zugriff am 2.5.2007)
[287] a.a.O.
[288] a.a.O.

tous les points, leur dire:'ah, mais non. Vous ne serez pas à part entière'. C'est une lourde responsabilité que nous prendrions vis-à-vis de l'histoire."[289]

Warum sprach Chirac also von einem „modus vivendi", wenn er doch seine Meinung im Grunde nicht geändert hat? Mit dem Spannen gewisser Sicherheitsnetze wollte Chirac den französischen Beitrittsgegnern die Eröffnung von Beitrittsgesprächen schmackhaft machen: „'negociation, effectivement, cela ne veut pas dire ‚adhésion'"[290], erklärte er immer wieder. Mit der Perspektive, dass die Verhandlungen ein offener Prozess seien und jederzeit unterbrochen werden könnten, sollte eine Billigung der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen leichter fallen. Paris drängte deshalb auf eine entsprechende Formulierung für den entscheidenden EU-Gipfel am 16. und 17. Dezember. Bundeskanzler Schröder bestand allerdings darauf, dass das Ziel der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein Beitritt sein müsse und es kein anderes Ziel geben dürfe. Er lehnte es ab, eine Alternativlösung für ein Scheitern der Beitrittsgespräche zu erarbeiten. Auch bei einem weiteren deutsch-französischen Treffen am 2. Dezember 2004 in Lübeck kam es zu keiner gemeinsamen Position. Chirac bestand weiterhin darauf, dass sich der EU-Gipfel auch mit einem Scheitern der Beitrittsgespräche befassen müsse. Schröder machte zwar in einem Halbsatz einen Schritt auf die französische Position zu, indem er erklärte: „[…] nous ne voulons pas l'échec bien sûr, mais si les négociations ne peuvent aboutir, il nous faut trouver autre chose."[291] Es wurde allerdings keine Formulierung für eine gemeinsame Position gefunden.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan machte unterdessen deutlich, dass es der Türkei bei den anstehenden Verhandlungen ausschließlich um die Vollmitgliedschaft gehen könne und die Türkei es ablehne, sich auf Alternativen einzulassen.[292]

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 16. und 17. Dezember 2004 orientierten sich die 25 Staats- und Regierungschefs schließlich an der Formulierung der Kommission (vgl. Kapitel II, 4.). Bereits vor dem Gipfel war klar, dass der ER der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zustimmen würde. Einzig die Bedingungen der Verhandlungen und der Termin zur Eröffnung standen noch zur Diskussion. Die Aushandlung der Bedingungen war eine „bataille de mots"[293]. Schließlich hieß es in den Schlussfolgerungen des ER vom 16. und 17. Dezember:

„Das gemeinsame Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt. Die Verhandlungen sind ein Prozess mit offenem Ende, dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Unter Berücksichtigung aller Kopenhagener

[289] Entretien télévisé de M.Jacques Chirac, Président de la République, avec M.Patrick Poivre d'Arvor, TF1, Journal de 20 H, Palais de l'Elysée, 15. Dezember 2004. In: www.elysee.fr (Zugriff am 19.1.2007)
[290] a.a.O.
[291] Le Monde, 3. Dezember 2004, Interview mit R.T. Erdogan in Le Monde, 9. Dezember 2004.
[292] Vgl. Handelsblatt, 29. November 2004.
[293] Le Figaro, 13. Dezember 2004.

Kriterien muss gewährleistet sein, dass das betroffene Bewerberland, falls es nicht in der Lage ist, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, durch eine möglichst starke Bindung vollständig in den europäischen Strukturen verankert wird."[294]

Zum ersten Mal in der Geschichte der Erweiterung der EU wurden die Beitrittsverhandlungen als offener Prozess bezeichnet. Aber der ER vermied es, eine klare Alternative zur Vollmitgliedschaft im Falle eines Scheiterns der Beitrittsgespräche zu formulieren. „La formule française du ‚lien fort' n'a pas été retenue."[295] Die Eröffnung der Beitrittsgespräche wurde für den 3. Oktober 2005 vorgesehen. Frankreich hatte sogar auf einen noch späteren Termin gedrängt.[296] Chirac wollte das Referendum über die Europäische Verfassung und die Eröffnung der Beitrittsgespräche mit der Türkei zeitlich möglichst voneinander trennen, um eine Vermischung der beiden Europa-Themen zu vermeiden (vgl. Kapitel III, 3.2.).

Nach dem Scheitern des Verfassungs-Referendums in Frankreich am 29. Mai 2005 kam es im Rahmen der neuen Europadebatte (vgl. Kapitel III, 3.5.) erneut zu Diskussionen um eine Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei. Premierminister de Villepin[297] lancierte im Vorfeld der geplanten Eröffnung von Beitrittsgesprächen im Oktober 2005 die Idee einer „privilegierten Partnerschaft" – ohne Zweifel mit Billigung des Staatspräsidenten.[298] De Villepins Kurs war innenpolitisch motiviert. Offensichtlich wollte er seinem Rivalen um die Präsidentschaftskandidatur der UMP 2007, Nicolas Sarkozy, ein Verfechter der Idee der „Privilegierten Partnerschaft", nicht das Feld überlassen.[299]

3.2. Ein Referendum zum Türkei-Beitritt

Am 1. Oktober 2004 kündigte Jacques Chirac in Straßburg ein Referendum über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union an. Da sich im Vorfeld des Referendums zur Verfassung der Europäischen Union immer deutlicher abzeichnete, dass die Türkei-Frage einen Einfluss auf die Entscheidung der französischen Wähler spielen könnte (vgl. Kapitel III, 3.6.2.), versuchte Chirac so, die beiden Fragen zu entkoppeln. Bei einem regelmäßigen Treffen mit Bundeskanzler Schröder in Straßburg erklärte Chirac: „[…]les Français auront leur mot à dire."[300]

---

[294] Europäischer Rat in Brüssel am 16./17. Dezember 2004: Schlussfolgerungen des Vorsitzes. In: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf (Zugriff am 12.12.2006)

[295] Le Figaro, 17. Dezember 2004.

[296] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2004.

[297] Nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum hatte sein Vorgänger Jean-Pierre Raffarin am 31. Mai 2005 seinen Rücktritt eingereicht.

[298] Vgl. Akgönül, Samim: La Turquie dans l'Union européenne? Ifri Policy Paper, n°18, Paris 2005. In: http://www.ifri.org/files/europe/PP_18_Akgonul.pdf (Zugriff am 30.3.2007).

[299] Die Mehrheit der französischen Wähler war zu diesem Zeitpunkt gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Vergleiche hierzu auch Kapitel III, 3.6.4.1.

[300] Le Figaro, 2./3. Dezember 2004.

Chirac beabsichtigte allerdings, das Referendum nicht wie üblich auf Sonderantrag umzusetzen, sondern die Durchführung eines Referendums für alle zukünftigen Beitritte zur EU in die französische Verfassung aufzunehmen. Vermutlich wollte Chirac so verhindern, dass Ankara hinter dem Referendum einen einmaligen Angriff auf die Türkei sieht. Der Artikel 88-5, der mit dem verfassungsändernden Gesetz vom 1. März 2005 eingeführt wurde, besagt: "Tout projet de loi autorisant la ratification d´un traité relatif à l´adhèsion d´un Etat à l´Union européenne et aux Communautés européennes est soumis au référendum par le Président de la République".[301] Mit der Einführung dieser „Türkei-Klausel"[302] hat die französische Regierung im Vorfeld versucht, die Volksabstimmung über die Europäische Verfassung von der Frage eines Beitritts der Türkei zur EU zu trennen. „Le problème, le débat actuel en Europe et en particulier en France, sur la Constitution européenne, c'est-à-dire le traité constitutionnel n'a strictement rien à voir avec le débat sur la Turquie", versuchte Chirac zu erklären.
Dieses Vorgehen ließ die Frage zu, die Le Figaro in seiner Ausgabe vom 2./3.Oktober stellte: „Jacques Chirac a-t-il sacrifié hier la Turquie sur l'autel de la Constitution européenne?"[303]
Tatsächlich hat Chiracs Entschluss für ein Referendum über den Beitritt der Türkei einen Beigeschmack der Einstellung „nach mir die Sintflut."[304] Das französische Volk soll nach dem Willen Chiracs erst nach Ende der Beitrittsverhandlungen, also frühestens in zehn bis fünfzehn Jahren, über einen EU-Beitritt der Türkei entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt wäre Chirac längst nicht mehr im Amt. Mögliche Folgen einer Ablehnung der Türkei durch die Franzosen hätte sein Nachfolger zu tragen. Chirac spannte sich mit dem Türkei-Referendum ein weiteres Sicherheitsnetz. Die Franzosen werden die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen gewiss eher akzeptieren, wenn sie wissen, dass sie an deren Ende noch über den endgültigen Beitritt der Türkei abstimmen können. In Frankreich wird Chirac vorgeworfen, unverantwortlich zu handeln. So fragte die Europaexpertin Sylvie Goulard: „Was wird geschehen, wenn die Türken während der ganzen Dauer der Beitrittsverhandlungen alle Anstrengungen unternehmen, um dann die Zurückweisung durch ein Volk auf dem Weg des Referendums hinzunehmen?"[305]
Dieses Szenario erscheint zumindest bei der momentanen Stimmungslage in Frankreich wahrscheinlich und wäre sicherlich folgenschwer für die europäisch-türkischen sowie die französisch-türkischen Beziehungen.

---

[301] Die Befragung durch Referendum gilt nicht für die Länder, über deren Beitritt zur Europäischen Union vor dem 1. Juli 2004 entschieden wurde, das heißt Bulgarien, Kroatien und Rumänien.
[302] Vgl. Gorawantschy, Beatrice: Frankreich vor dem Referendum. Politischer Kurzbericht. Paris 2005. In: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_6703_1.pdf (Zugriff am 12.4.2007)
[303] Le Figaro, 2./3. Oktober 2004.
[304] Goulard, Sylvie: Wider eine Union „large & light". Was bedeutet der Beitritt der Türkei für Europa. In: Dokumente 06/2004. S. 17-22. S. 19.
[305] a.a.O.

3.3. Frankreich „entdeckt“ die Armenien-Frage

Die Frage der Anerkennung des Völkermords an den Armeniern ist in Frankreich eine Frage des geschichtlichen Selbstverständnisses. Unter der Regierung François I übernahm Frankreich im Rahmen der Kapitulationen die Verantwortung für den Schutz der christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich - darunter auch die armenischen Christen. In dieser Tradition nahm Frankreich nach dem ersten Weltkrieg mehrere zehntausend armenische Flüchtlinge auf. Die armenische Gemeinschaft in Frankreich ist bis heute auf 450000 Mitglieder[306] angewachsen, sie ist ein wichtiger und gut integrierter Teil der französischen Gesellschaft geworden. 80 Prozent der in Europa lebenden Armenier leben in Frankreich. Die Armenier stellen eine nicht zu verachtende Wählerschaft in manchen Gebieten Frankreichs dar, besonders im Raum Marseille. Dort hatten sich die Flüchtlinge hauptsächlich niedergelassen. Diese Umstände erklären die Fürsorge Frankreichs für Armenien und lassen auch die Konflikthaftigkeit der Beziehungen zur Türkei erahnen. „Sans la question arménienne, les relations entre Paris et Ankara seraient à peu près normales“,[307]schreibt Nicole Gnesotto 1985.

Das Schlagwort „question arménienne“ bezeichnet den Konflikt um die Frage, ob die Verfolgung und die Massaker an Armeniern unter osmanischer Herrschaft zwischen 1915 und 1923 als Völkermord bezeichnet werden können. Nach Schätzungen von unabhängigen Historikern fielen zwischen 1 Million und 1,5 Millionen Angehörige dieses christlichen Volks dem von jüng-türkischen Nationalisten geplanten und systematisch durchgeführten Verbrechen zum Opfer. Die Türkei spricht dagegen von mehreren hunderttausend kriegsbedingten Opfern und bestreitet, dass es sich um einen systematischen Völkermord gehandelt habe. Das Europäische Parlament hat mit Beschlüssen im Juni 1987 und im November 2001 die Anerkennung des Völkermords durch den türkischen Staat zu einer Voraussetzung des EU-Beitritts der Türkei erklärt und im Februar 2002 und im September 2005 in einer weiteren Beschlussfassung die Türkei zur Einhaltung gemahnt.[308] Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten haben den Völkermord durch Resolutionen, Erklärungen oder sogar Gesetze anerkannt,[309] darunter auch Frankreich. Die Bundesrepublik, in der mehr als zwei Millionen Türken leben, verabschiedete im Juni

---

[306] Die Schätzungen über die Größe der armenischen Gemeinschaft in Frankreich gehen auseinander. Andernorts wird von 300000 Mitgliedern gesprochen. Quelle: Demesmay/Fougier (2005): S.57.

[307] Gnesotto, Nicole/ Kodmani-Darwish, Bassma: Les relations franco-turques. In: Politique étrangère 1/1985. S.173-185.

[308] Europäisches Parlament: Informationsaufzeichnung über die Arbeit des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei. Juni 2004.
In: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/euro/jpc/turk/history2004_turkey_de.pdf

[309] Eine Liste aller Länder, die den Genozid anerkannt haben ist abrufbar unter: http://www.armenian-genocide.org/current_category.7/affirmation_list.html

2005 eine Resolution, um die Verbrechen an den Armeniern zu verurteilen. Man verzichtete darin allerdings auf die Worte „Völkermord“ und „Genozid“.[310]

Um das Verhalten der französischen Staatsführung in der Armenien-Frage bewerten zu können, soll an dieser Stelle etwas weiter ausgeholt werden.[311] Denn bis 2004 hatte es Staatspräsident Chirac vermieden, eine Verbindung zwischen der Armenien-Frage und dem EU-Beitritt der Türkei herzustellen. Zu stark belastete die Diskussion um diese Frage die bilateralen Beziehungen. „C'est un problème qui concerne les relations entre la Turquie et l'Arménie“,[312] erklärte Chirac noch im April 2004 auf seiner großen Europa-Pressekonferenz. Er erklärte die Frage somit zu einer bilateralen Angelegenheit, die mit dem EU-Beitritt der Türkei nichts zu tun habe. Chirac verurteilte grundsätzlich zwar die Ereignisse, vermied es in seinen Erklärungen allerdings tunlichst, das Wort „génocide“ zu benutzen.
Zunächst soll auf das Verhalten Chiracs während der Verabschiedung der Gesetze von Assemblée Nationale und Senat zum Völkermord an den Armeniern in den Jahren 1998 bis 2001 eingegangen werden. Dabei wird deutlich, dass Chirac zugunsten der türkisch-französischen Beziehungen versucht hat, die Gesetzesvorhaben zu verzögern. Danach soll aufgezeigt werden, wie die Armenienfrage seit 2004 in der französischen Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei eingesetzt wird.

3.3.1. Bilaterale Streitigkeiten um die Armenien-Frage

Parallel zur Unterstützung des Beitrittskandidaten Türkei durch Frankreich entwickelte sich ein bilaterales Konfliktfeld in Bezug auf die Armenien-Frage. Am 29. Mai 1998 nahmen die Abgeordneten der Assemblée Nationale einen Gesetzentwurf zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern an. Das Gesetz bestand aus einem Satz und lautete: „La France reconnaît publiquement le génocide arménien de 1915.“[313] Die Türkei wehrte sich vor allem gegen den Gebrauch des Wortes „génocide“. Der Gesetzentwurf wurde in der Türkei als ein Angriff auf die türkische Nation aufgenommen. Die großen türkischen Tageszeitungen sprachen von „La honte de la France“, „Un jeu dangereux“ und „“Jours tendus entre la France et la Turquie“.[314] Das Gesetz bedurfte allerdings noch der Zustimmung des französischen Se-

[310] Manutscharjan, Aschot: Das Ende eines 90-jährigen Tabus. In: Das Parlament, Nr.17-18, 24.04.2006.
[311] Allerdings soll nicht bis in die 70er Jahre zurückgeschaut werden. In dieser Zeit gab es in Frankreich Anschläge armenischer Terroristen auf türkische Einrichtungen. Die aus türkischer Sicht nicht ausreichende Reaktion der französischen Regierung auf den armenischen Terror belastete die französisch-türkischen Beziehungen schwer.
[312] Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur l'Europe. Palais de L'Elysée, le jeudi 29 avril 2004.
[313] In: http://www.assemblee-nationale.fr/11/ta/ta0140.asp (Zugriff am 15.4.2007).
[314] Le Monde, 5. Juni 1998.

nats. Dies versuchte die Türkei mit allen Kräften zu verhindern. Mit Drohungen setzten türkische Diplomaten die französische Regierung unter Druck. So hieß es aus Ankara: „Si le Sénat approuve cette disposition, cela signifie que la France a changé sa politique étrangère vis-à-vis de la Turquie De toute façon, l'actuelle politique ne sera plus possible à tenir."[315] Der kurz zuvor zwischen der Türkei und Frankreich abgeschlossene Vertrag France-Turquie 2000, der eine engere Kooperation im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich vorsah, wurde in Frage gestellt. Außenminister Ismail Cem beklagte während einer Debatte im türkischen Parlament, dass die französische Regierung nicht mehr getan habe, um die von einer Abgeordneten-Gruppe der Regierungspartei ausgehende Initiative zu stoppen. In einem Brief an Jacques Chirac bezeichnete der türkische Präsident Demirel die Entschließung der Nationalversammlung als „fehlerhaften Schritt"[316], der hoffentlich im Senat korrigiert werde. „Im Vertrauen auf unsere persönliche Freundschaft und die Bedeutung, die Sie den türkisch-französischen Beziehungen zumessen, glaube ich fest daran, dass das Geltendmachen Ihres Einflusses bei den gesetzgebenden Organen besonders wirkungsvoll sein wird" [317] Diese deutlichen, drängenden Worte wurden unterstrichen durch die Androhung der Suspendierung mehrerer großer Rüstungsaufträge an Frankreich. Die Verhandlungen über große Aufträge, wie zum Beispiel die Bestellung von 145 Hubschraubern des deutsch-französischen Unternehmens Eurocopter, wurden ausgesetzt. Daraufhin beugte sich die französische Regierung dem Druck aus Ankara und strich den Gesetzentwurf am 10. März 1999 von der Tagesordnung des Senats. Man wolle die französisch-türkischen Beziehungen nicht belasten, begründete Regierungssprecher Daniel Vaillant den Schritt.[318]

Im November 2000 wiederholte sich dieser Vorgang, als diesmal der Senat in einem Communiqué den armenischen Völkermord offiziell anerkannte. Diese Erklärung wurde am 18. Januar 2001 auch von der Nationalversammlung verabschiedet, was heftige Proteste in der Türkei auslöste. Die türkische Regierung forderte von der Regierung in Paris, dafür zu sorgen, dass der Beschluss annuliert werde.[319] Chirac und Premierminister Jospin hatten den Parlamentsbeschluss mit Vorbehalten verfolgt, diesmal aber nicht offiziell eingegriffen. Aus Protest gegen das Votum des Parlaments wurde der türkische Botschafter in Paris in die Türkei rückberufen. Die Handelskammer in Ankara rief Unternehmen auf, ihre geschäftlichen Beziehungen

[315] Le Figaro, 9. Juni 1998.
[316] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1998.
[317] a.a.O.
[318] Le Monde, 12. März 1999.
[319] Süddeutsche Zeitung, 19. Januar 2001, Eine Annulierung ist möglich, wenn die französische Regierung die Resolution innerhalb einer zweiwöchigen Frist dem Verfassungsgericht vorlegt.

mit französischen Unternehmen einzufrieren.[320] Trotz der Drohungen der türkischen Regierung blieb Staatspräsident Chirac diesmal nichts anderes übrig, als das Gesetz zu unterzeichnen. Die starke armenische Lobby in Frankreich setzte sich durch.[321] Allerdings distanzierten sich die französische Regierung und der Staatspräsident von dem Votum des Senats und erklärten in einem gemeinsamen Communiqué, „que ce vote, intervenu à l'initiative du pouvoir parlementaire ne constituait pas une appréciation sur la Turquie d'aujourd'hui"[322]. Auch der französische Botschafter in Ankara Bernard Garcia versuchte in einer Pressekonferenz die Wogen zu glätten „en soulignant le caractère électoraliste et en rappelant qu'il n'avait pas caractère executoire."[323]

Doch als das Gesetz im Journal officiel veröffentlicht wurde, kündigte Premierminister Bulent Ecevit eine radikale Revision der türkisch-französischen Beziehungen an.[324] Zwar war es das Parlament, das den Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hatte, der Regierung und dem Staatspräsidenten machte die türkische Regierung aber den Vorwurf, nicht eingegriffen zu haben, um den Vorgang zu verhindern. Große öffentliche Aufträge, vor allem im militärischen Bereich, wurden in offiziellen Erklärungen annuliert. Betroffen hiervon war unter anderem ein Großauftrag mit der französischen Firma Alcatel über die Lieferung eines Militärsatelliten im Wert von 259 Millionen Dollar.[325] Öffentlich wurde diskutiert, das französische Unternehmen Giat beim Kauf von 1000 Kampfpanzern im Wert von 1,8 Milliarden DM nicht zu berücksichtigen. Die Entschlüsse des türkischen Militärs gegen die französische Technik standen allerdings schon vor dem Beschluss des französischen Parlaments fest und wurden aus rein wirtschaftlichen Gründen getroffen.[326] Sind die offiziellen Maßnahmen also eher als Säbelrasseln zu interpretieren, war die Wut des türkischen Volkes umso reeller, getragen von einem rachsüchtigen Nationalismus.[327] Die Reaktionen nahmen dabei teilweise bizarre Züge an: Die türkische Zeitung Hürriyet veröffentlichte eine Liste französischer Waren, die ein guter Türke in Zukunft nicht mehr kaufen solle. Viele türkische Unternehmer kündigten an, keine Verträge mehr mit französischen Kollegen abzuschließen. Türkische Hochschulen und

[320] Financial Times, 19. Januar 2001.
[321] Frankfurter Rundschau, 13. Februar 2001.
[322] Le Monde, 10. November 2000.
[323] Bret, Jean-Paul: Le Sénat français reconnaît enfin le génocide arménien**.** Internetseite des Comité de Défense de la Cause Arménienne. 9. November 2000. In : http://www.cdca.asso.fr/gamk/novembre00/gamk-9_novembre_2000.htm (Zugriff am 24.02.2007).
[324] Libération, 31. Januar 2001.
[325] Le Monde, 25. Januar 2001.
[326] Le Figaro, 13.Februar 2001, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Januar 2001.
[327] Le Figaro 13. Februar 2001.

kulturelle Einrichtungen brachen ihre Kontakte zu französischen Partnern ab. Der Bürgermeister von Ankara wollte alle französischen Straßennamen in der Metropole tilgen.[328]

Mit der überzogenen Reaktion der türkischen Regierung auf die Anerkennung des armenischen Völkermords durch die französische Gesetzgebung, schadete Ankara letztendlich sich selbst. Denn der Zwist blieb auf EU-Ebene natürlich nicht unbemerkt. Die EU-Kommission ermahnte Ankara, in der Sache nicht überzureagieren. Das könnte dem gegenseitigen Verständnis abträglich sein. Eine Rüge erteilte auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP, Elmar Brok: Die einseitigen Maßnahmen zeigten, dass die Türkei noch weit davon entfernt sei, die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen.[329]
Das EP hatte kurz zuvor einen ähnlichen Text verabschiedet − allerdings verbunden mit der Forderung, dass die Türkei den Genozid an den Armeniern anerkennen müsse, wolle sie Mitglied der Europäischen Union werden. Soweit ging der französische Text nicht. Somit war Frankreich weit davon entfernt, die Anerkennung des armenischen Völkermordes als Voraussetzung für Beitrittsverhandlungen zu fordern. Weder das Parlament, und erst recht nicht Staatspräsident Chirac, brachten die Armenien-Frage mit dem EU-Beitritt der Türkei in Verbindung. Allerdings befürchteten Pro-Europäische Türken bereits zu diesem Zeitpunkt, dass die EU den armenischen Völkermord benutzen könnte, um die Zurückweisung der Türkei als Beitrittskandidat zu begründen.[330] Im Februar 2001 glätteten sich schließlich die Wogen etwas, es gab keinen öffentlichen Aufruf zum Boykott französischer Waren mehr. Die Türken hatten erkannt, dass dieses Verhalten vor allem ihnen selbst schadet.[331]

3.3.2. Anerkennung des Völkermordes als Beitrittskriterium?

Dieser Rückblick auf das Verhalten Chiracs und der französischen Regierung gegenüber den Gesetzentwürfen von Assemblée Nationale und Senat zeigt, dass Chirac und die französische Regierung stets bemüht waren, die Beziehungen zur Türkei nicht mit der Frage des armenischen Völkermordes zu belasten. Umso verwunderlicher ist es, dass im Vorfeld der Eröffnung der Beitrittsgespräche mit der Türkei die Armenien-Frage von der Regierung in die Diskussion gebracht wurde. Ab diesem Zeitpunkt hat die Rücksichtnahme auf die Beziehungen mit der Türkei deutlich abgenommen. Kurz vor dem entscheidenden Gipfel am 16. und 17. Dezember 2004 brachte der französische Außenminister Michael Barnier die Armenien-Frage beim Treffen der Außenminister auf den Tisch: „La Turquie devra faire ce travail de mémoire

[328] Frankfurter Rundschau, 8. Februar 2001.
[329] Frankfurter Rundschau, 8. Februar 2001.
[330] Le Monde, 21. März 2001.
[331] Liberation/ Le Monde 21. März 2001.

et reconnaître cette tragédie armenienne, le moment voulu.“[332] Auch Staatspräsident Chriac forderte auf seiner Abschluss- Pressekonferenz in Brüssel eine „travail de mémoire“[333] in der Türkei im Laufe der Beitrittsverhandlungen. Mit Hinweis auf das französische Referendum über den endgültigen Beitritt der Türkei am Ende der Beitrittsverhandlungen, erklärte Chirac, dass er sich nicht vorstellen könne, dass die Türkei ohne diese geleistete Erinnerungsarbeit der EU beitreten könne.

Weitere Handlungen und Äußerungen des Staatspräsidenten zeugten von einem veränderten Umgang mit der Problematik. Am 24. April 2005 nahm Staatspräsident Chirac zusammen mit dem armenischen Präsident Robert Kotcharian am 90. Jahrestag des armenischen Völkermords erstmals in seiner Amtszeit an der alljährlichen Gedenkfeier teil. Bei einem Staatsbesuch in Armenien Ende September 2006 erklärte Chirac zum ersten Mal, dass er vor dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union eine Anerkennung des Völkermords an den Armeniern für notwendig erachte. Auf die Frage eines Journalisten antwortete er: „La question posée, si j’ai bien compris, est ‘faut-il que la Turquie reconnaisse le génocide arménien pour entrer dans l’Union’. C’est la question que vous avez posée. Honnêtement, je le crois.“[334] Allerdings forderte er die Anerkennung erst bis zum Abschluss der Verhandlungen, bis zu dem Zeitpunkt also, wenn die Türkei der EU beitreten wird. Das wird frühestens 2014 der Fall sein.

Die „Entdeckung“ der Armenien-Frage durch Paris ab Dezember 2004 kann als Zugeständnis an die innenpolitische Stimmung zu diesem Thema gesehen werden. Assemblée Nationale und Senat haben den Völkermord per Gesetz anerkannt. Der Einfluss der armenischen Lobby in Frankreich darf zudem nicht unterschätzt werden, „die armenische Gemeinschaft spielt […] bei Wahlen auf allen politischen Ebenen eine stattliche Rolle.“[335] Staatspräsident und Regierung treten nun als „Wächter über die türkische ‚Erinnerungsarbeit’ auf.“[336]

Dass Chirac dabei allerdings das gute Verhältnis zur Türkei weiterhin wichtig ist, zeigen die Ereignisse rund um den Gesetzesvorschlag der PS, der am 18. Mai 2006 in der Assemblée Nationale diskutiert wurde. Der Vorschlag sollte das Gesetz vom 29. Januar 2001 über die Anerkennung des armenischen Völkermords ergänzen und die Leugnung desselben unter Strafe stellen. Leugnern sollen demnach eine Haftstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 45000 Euro drohen. Der Gesetzesvorschlag stieß auf breite Kritik: aus dem Elysée appel-

---

[332] Le Figaro, 14. Dezember 2004.

[333] Conférence de presse de M.Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Bruxelles, 17.12.2007. In: www.elysee.fr (Zugriff am 16.12.2006)

[334] Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac et de M. Robert Kotcharian, président de la République d’Arménie. Erevan, 30. September 2006. In : www.elysee.fr (Zugriff am 14.12.2006).

[335] Demesmay/ Fougier (2005).

[336] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.Dezember 2004.

lierte man an den „esprit de responsabilité“ in dieser sensiblen Frage.[337] Chirac telefonierte mit Erdogan und entschuldigte sich für diese Gesetzesinitiative. Unverständnis rief der Gesetzesvorschlag auch bei Armeniern hervor. Das Gesetz bewirke eine Kriminalisierung der Türken und trage nicht zu einer besseren Verständigung der beiden Volksgruppen bei.[338] Zudem beschneide es die Meinungsfreiheit. Das Gesetz wurde auch von einer Gruppe Historikern unter dem Namen „Liberté pour l’histoire“ kritisiert: in Frankreich gebe es eine wachsende Tendenz, „mit "Erinnerungsgesetzen" eine offizielle Geschichtsschreibung festzulegen.“[339] Auf europäischer Ebene stellte man sich die Frage, wie die EU glaubhaft auf die Meinungsfreiheit in der Türkei als Kriterium für den Beitritt bestehen sollte, während ein Mitgliedsstaat diese durch Gesetze einschränke. So erklärt Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dass die Entscheidung der Pariser Nationalversammlung den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nicht dienlich sei.[340]

Trotz aller Kritik wurde das Gesetz am 12. Oktober 2006 in der Assemblée Nationale verabschiedet, eine Abstimmung im Senat steht noch aus.[341] Die Verabschiedung des Gesetzes löste in Ankara erwartungsgemäß heftige Reaktionen hervor: im Außenministerium bezeichnete man die Abstimmung als schweren Schlag für die französisch-türkischen Beziehungen.[342] Ankara drohte Paris erneut mit wirtschaftlichen Sanktionen und rief den türkischen Botschafter zu Konsultationen nach Ankara zurück.

3.4. Härtere Gangart im Zypern-Konflikt

Der Zypern-Konflikt hängt bereits seit Beginn der Beziehungen zwischen der EWG/EU und der Türkei wie ein Damokles-Schwert über den Köpfen der Beteiligten. Paris hatte bereits vor der Eröffnung der Beitrittsgespräche mit Zypern 1998 davor gewarnt, den Konflikt in die EU zu importieren. Frankreich lehnte die Vorstellung ab, eine geteilte Insel in die EU aufzunehmen. Außenminister Hubert Vedrine erklärte: „Ce ne serait pas souhaitable; ce ne serait peu réaliste; cela renforcerait la division“[343]. Chirac plädierte auf dem Gipfel von Luxemburg

---

[337] Le Monde, 19. Mai 2006.
[338] Le Monde, 12. Oktober 2006.
[339] Sattler, Karl-Otto: Streit um „staatliche Wahrheiten.“ Französisches Armeniergesetz. In: Das Parlament, Nr. 44-45. 30.10.2006.
1990 verabschiedete die AN das „Gayssot-Gesetz“, das das Leugnen der Schoah unter Strafe stellte, 2002 wurde in einem Gesetz der Sklavenhandel als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt.
[340] a.a.O.
[341] Dabei ist noch nicht klar, ob das Gesetz überhaupt auf die Tagesordnung des Senats kommt, darüber entscheidet die Regierung. Der „Conseil de coordination des organisations arméniennes de France“ hatte intensive Lobbyarbeit betrieben, um den Gesetzentwurf noch vor den Präsidentschaftswahlen auf die Tagesordnung des Senats zu bekommen, war aber gescheitert.
[342] Vgl. Die Welt, 13.Oktober 2006.
[343] Le Monde, 17. März 1998.

1997 für eine Lösung des griechisch-türkischen Konflikts vor Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Zypern. Da allerdings Griechenland mit der Blockade des gesamten Erweiterungsprozesses drohte, sollte Frankreich auf seiner Forderung beharren, akzeptierte Chirac schließlich die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Regierung in Nikosia. Die Beitrittsverhandlungen konnten wie vorgesehen am 31. März 1998 beginnen. Die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen stieß in der Türkei auf heftige Kritik und eine prompte Gegenreaktion. Die Türkei und Nordzypern gründeten einen „Integrationsrat", der den Nordteil der Insel rechtlich noch enger an die Türkei band. Damit hat die Integration Zyperns in die EU, entgegen der Hoffnung einiger EU-Staaten, nicht zu einer Lösung des Konflikts geführt, sondern die Teilung der Insel noch verstärkt und die Fronten verhärtet. Das Zögern Frankreichs in dieser Frage zeigt allerdings deutlich, dass es, anders als die meisten anderen Mitgliedsstaaten, der Lösung dieses Dauerkonflikts im Mittelmeer eine sehr hohe Priorität einräumt.
Auch nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen drängte Frankreich immer wieder, die Lösung des Zypern-Problems voranzutreiben. Zusammen mit der Bundesregierung,[344] Italien und den Niederlanden gab Frankreich kurz vor Beginn der konkreten Beitrittsverhandlungen im November 1998 eine Erklärung zur Zypernfrage heraus. Die Länder bekräftigten ihre Besorgnis darüber, dass es keinen ernsthaften Fortschritt im Hinblick auf eine Beendigung der Teilung der Insel gäbe. Dies belaste die Beitrittsverhandlungen: „La suite du processus de négotiation comportera une série de problemes qui trouvent leur origine dans la situation spécifique de Chypre" [345], heißt es in der Erklärung. „[…]La partition de l'île pose des problèmes fondamentaux pour le fonctionnement et la cohérence de la PESC."[346]

In der Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei hat Frankreich die Lösung des Zypernproblems nie zur Vorbedingung für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen gemacht. Dies steht im Gegensatz zum Verhalten Chiracs bei der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Zypern. Chiracs Hoffnungen lagen auf dem Plan des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, der nach einem Referendum im April 2004 zu einer Wiedervereinigung der Insel führen sollte. Der Plan wurde allerdings von den Zyperngriechen abgelehnt. Erst als die türkische Regierung sich im Sommer 2005 weigerte, die Republik Zypern – zu diesem Zeitpunkt schon Mitglied in der Europäischen Union – anzuerkennen und seine Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen (vgl. Kapitel II, 5.1.), erhob Frankreich in dieser Frage seine Stim-

[344] Die Bundesregierung fuhr nach dem Machtwechsel 1998 einen neuen Kurs in dieser Frage.
[345] Joint Statement Made By Italy, France, Germany And The Netharlands On The Greek Cypriot-EU Membership Process During The EU General Affairs Council,
November 9, 1998 In: http://www.mfa.gov.tr (Zugriff am 4.3.2007).
[346] a.a.O.

me. Frankreichs Ministerpräsident de Villepin stellte den Zeitplan für die Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU in Frage. „Es scheint mir unvorstellbar, dass ein wie auch immer gearteter Verhandlungsprozess mit einem Land beginnen könnte, das nicht jedes einzelne Mitglied der Europäischen Union anerkennt“[347], erklärte er in einem Radiointerview. Nach Berichten aus Regierungskreisen soll Staatspräsident Chirac dieser Aussage zugestimmt haben.[348] Von der Türkei forderte Chirac „des garanties et des clarifications sur la pleine application de l’union douanière, y compris à Chypre.“[349] Anders als Nicolas Sarkozy, der einen Beitritt der Türkei unverblümt ablehnte, versuchten de Villepin und Chirac ihre plötzlichen Bedenken gegen den Beginn der Beitrittsverhandlungen umständlich zu begründen: Es gehe ihnen nicht um die grundsätzliche Infragestellung des Beitritts der Türkei. Vielmehr handelte es sich bei der französischen Haltung um eine grundsätzliche Frage der Erweiterungspolitik: „Ne pas vouloir reconnaître un pays de l’Union tout en voulant y entrer, ce n’est pas acceptable“[350], erklärte der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy. „C’est un geste unilatéral qui pose un problème sérieux.“[351]

Der türkische Regierungschef empfand das Verhalten Frankreichs als Vertrauensbruch. Telefonisch habe ihm Chirac im Anschluss an den EU-Gipfel im Dezember 2004 versichert, „que la signature du protocole ne constituerait pas une reconnaissance de la République de Chypre.“ [352] Nun verlangte Chirac allerdings, dass die Türkei das EU-Mitglied Zypern anerkenne. Sowohl die britische Ratspräsidentschaft, als auch die EU-Kommission betonten, dass die Anerkennung Zyperns keine Bedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sein könne. Da selbst Zypern nicht auf eine unmittelbare Anerkennung durch die Türkei drängte, kündigte Chirac Ende August 2005 an, dass Paris kein Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einlegen wird. Als die EU im Dezember 2006 schließlich über das weitere Vorgehen in dieser Frage beriet (vgl. Kapitel II, 4.), forderte Frankreich zusammen mit Deutschland harte Maßnahmen. Acht Verhandlungskapitel sollten zunächst auf Eis gelegt werden. Mehrere Mitgliedstaaten empfanden dieses Vorgehen als zu hart, darunter zum Beispiel Großbritannien, Schweden, Spanien und Italien. Sie wollten lediglich drei Kapitel einfrieren. Außenminister Douste-Blazy erläuterte die harte französische Haltung: „La décision ne conduit pas à une rupture avec la Turquie, mais lui adresse un si-

[347] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.August 2005, Radiointerview mit dem Sender Europe 1
[348] In Le Figaro vom 3.August 2005 wird er zitiert: „Comme l’a dit le premier ministre, il n’est pas envisageable d’ouvrir des négociationsavec un pays qui ne reconnaît pas l’un des membres de l’Union.“
[349] Le Figaro, 27./28. August 2005.
[350] Le Monde, 4. August 2005.
[351] Le Monde, 4. August 2005.
[352] „protocole“ meint hier das Abkommen über die Ausdehnung der Zollunion auf die neuen Unionsmitgleider, Le Monde, 31. August 2005.

gnal très clair pour qu'elle respecte ses engagements."[353] Zudem erklärte Douste-Blazy: „Personne ne veut rompre les discussions."[354] Dennoch wird deutlich, dass Frankreich in der Zypern-Frage seit 2005 einen härteren Kurs eingeschlagen hat. Dazu muss an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Zypern-Frage nicht erst im Jahr 2005 aktuell wurde, sondern bereits seit Jahrzehnten die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei belastet. Heinz Kramer stellt im September 2005 zu Recht fest: „Ein angeschlagener Präsident Chirac ‚entdeckt' die Zypern-Karte."[355]

3.5. Neue Europadebatte in Frankreich nach dem Verfassungsreferendum

In Frankreich entwickelte sich nach dem Scheitern des Verfassungsreferendums eine neue Europadebatte. Dabei ging es den französischen Politikern weniger um die Zukunft des Verfassungsvertrags, als vielmehr darum, den Kontext der Europadebatte zu verändern, um dann, unter besseren Vorraussetzungen, die Frage der institutionellen Reformen anzugehen.[356] Staatspräsident Chirac war darauf bedacht, Europa für die Franzosen wieder in ein positives Licht zu rücken. Dabei zeichnete sich Chirac allerdings durch eine „allgemeine Ideenlosigkeit"[357] aus, so dass es dem französischen Staatspräsidenten in seiner Amtszeit nicht mehr gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen.[358]

Die Äußerungen der französischen Politiker in dieser neuen Europadebatte lassen eine zunehmend kritische Stimmung gegenüber zukünftigen Beitritten erkennen. Bereits auf dem ER im Juni 2005 gab Chirac zu bedenken: „L'union européenne peut-elle continuer à s'étendre sans que nous ayons les institutions capables de faire fonctionner efficacement cette Union élargie?"[359] Premierminister de Villepin zog aus dem Ausgang des Verfassungsreferendums den Schluß: „Les Francais veulent savoir dans quelle Europe ils construiront leur avenir et quelles seront ses frontières."[360] Sowohl Chirac, als auch de Villepin, erwähnten zwar nicht explizit die Türkei, ihre Aussagen stellten aber einen direkten Bezug her. Innenminister Nicolas Sarkozy forderte nach dem Referendumsergebnis, dass die EU sich auf geografische

---

[353] Le Monde, 13. Dezember 2006.
[354] a.a.O.
[355] Kramer, Heinz: Türkei-Verhandlungen als Spielball der Interessen. SWP-Aktuell 42, September 2005. S.4.
[356] Vgl. Lieb, Julia/ Roussel, Benoît/ Schwarzer, Daniela: Falsche Fragen, falsche Antworten? Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst. SWP-Diskussionspapier FG 1, 2006. 8.Juni 2006.
[357] a.a.O., S. 28.
[358] Umfrage im Mai 2006, veröffentlicht in Die Welt, 30.Mai 2006: Die Mehrheit der Franzosen steht dem Verfassungsvertrag unverändert kritisch gegenüber. 98% der Nein-Sager stehen zu ihrer Entscheidung aus dem Jahr 2005, 89% der Befürworter würde noch einmal für die Verfassung stimmen. Damit hat sich die Abneigung sogar noch verstärkt. Nach dem Eurobarometer 66 vom Herbst 2006 sind allerdings 66% der Franzosen generell für eine Europäische Verfassung. Die Franzosen lehnen also nur den vorliegenden Text ab und wünschen mehrheitlich eine Neuverhandlung des Verfassungstextes.
[359] Le Figaro, 3. August 2005.
[360] Le Figaro, 16. Juni 2005.

Grenzen festlege. Er zweifelte erneut die europäische Berufung der Türkei an.[361] Auch auf dem EU-Gipfel im Dezember 2005 stellte Paris geplante Erweiterungen grundsätzlich in Frage und verlangte zunächst eine neue Diskussion über die Zukunft der EU-Institutionen und damit über die Aufnahmekapazitäten der EU.[362] „On ferait mieux de réfléchir aux problèmes institutionnels de l'Europe, avant de donner le sentiment qu'on va élargir à tout crin,"[363] so Philippe Douste-Blazy bei einem Treffen der EU-Außenminister. Im Vorfeld des EU-Gipfels im Juni 2006 forderte Frankreich in einem Positionspapier einen strengeren Stufenplan bei den Beitrittsverhandlungen einzuführen. Die Kommission müsse bei der Verhandlung jedes einzelnen Kapitels die Kopenhagener Kriterien abprüfen.[364] Zudem solle der Fortgang der Verhandlungen von regelmäßigen Berichten über die Aufnahmekapazität der Union abhängig gemacht werden.[365] Ein solches Vorgehen würde für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein enormes Hindernis darstellen. Es wäre nicht mehr möglich zunächst Verhandlungskapitel abzuschließen, deren Voraussetzungen leichter zu erfüllen sind, um erst in ein paar Jahren besonders schwierige Verhandlungskapitel anzugehen.

Die Forderungen der französischen Regierungsvertreter und des Staatspräsidenten im Laufe der Europadebatte waren in gewissem Sinne kontraproduktiv. Sie ließen das Ansehen Europas bei den Franzosen nicht steigen, vielmehr verstärkten sie das bereits bestehende Misstrauen gegenüber neuen EU-Mitgliedern und stellten die geplanten Erweiterungen in ein Licht der „Bedrohung" für die EU. „Derartige Reaktionen der französischen Politiker nach dem 29. Mai 2005 dürften daher kaum zu einem besseren Verständnis des EU-Systems, zu einer gewissen Akzeptanz des Anpassungsdrucks auf nationale Identitäten oder zur Entwicklung des Gefühls für eine gesamteuropäische Interessenlage beigetragen haben. Vielmehr könnte sich der ‚kulturelle Graben' zwischen Frankreich und der EU in anbetracht der Entwicklungen im französischen Europadiskurs verbreitert haben." [366]

Die nach dem Verfassungsreferendum entstandene Blockade in der Europadiskussion wurde im Präsidentschaftswahlkampf etwas aufgelockert. Zwar spielte die Europapolitik nur eine untergeordnete Rolle, dennoch entwickelte sich eine „sehr lebendige Diskussion"[367] zur Zukunft Europas und zum Umgang mit dem Verfassungsvertrag. Im Zentrum der Debatte stand die Einsicht, dass es vor allem wichtig ist, dem Bürger den Mehrwert Europas deutlich zu

[361] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juni 2005.
[362] Auslöser war die anstehende Entscheidung, ob Mazedonien den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten solle. Der ER folgte den Empfehlungen der EU-Kommission und verlieh Mazedonien den Kandidatenstatus.
[363] Le Figaro, 16. Dezember 2005.
[364] Süddeutsche Zeitung, 6. April 2006.
[365] Handelsblatt, 26.-28. Mai, 2006.
[366] Lieb/ Roussel/ Schwarzer (2006).
[367] Koopmann, Martin: Brückenbauer gesucht. In: Internationale Politik, 04/2007. S. 34-41. S.41.

machen.[368] Die Hoffnung der Franzosen und der Europäer liegt nun auf dem neu gewählten Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy. Sein Pragmatismus könnte eine Entdramatisierung der Europa-Debatte in Frankreich bringen.

3.6. Ursachen für Chiracs schwankenden Türkei-Kurs

Die vorangegangenen Kapitel machen deutlich, dass Chirac im Vorfeld der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Zugeständnisse an die politische Stimmung im Land gemacht hat. In diesem Kapitel sollen nun die Ursachen für diese Zugeständnisse näher betrachtet werden. Was hat Chirac dazu bewogen, seinen strikten Kurs der Unterstützung eines Türkei-Beitritts zu verlassen und sich ungewohnt kritisch zu äußern? Als Mögliche Ursachen sollen die parteipolitische Diskussion um den Türkei-Beitritt, der innerparteiliche Konflikt in der UMP und die öffentliche Meinung zum Thema EU-Beitritt der Türkei betrachtet werden. Im Anschluss wird noch ein Blick auf die Gründe für die ablehnende Haltung in der Bevölkerung geworfen.

3.6.1. Die französischen Parteien und der Türkei-Beitritt

Die innenpolitische Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei begann in Frankreich mit dem Interview Giscard d'Estaings in Le Monde am 9. November 2002 und seiner Aussage, ein Beitritt der Türkei werde das Ende der Union bedeuten.[369] Richtig intensiv allerdings wurde die Debatte erst mit Beginn des Wahlkampfs für die Europawahlen im Frühjahr 2004 und der anstehenden Entscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf dem ER im Dezember 2004. Zu diesem Zeitpunkt bemühten sich die französischen Parteien um eine einheitliche Linie in der Türkei-Frage. Wahlstudien, die nach den Europawahlen durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass das Thema Türkei eine große Rolle bei der Stimmvergabe gespielt hat. Zwischen 25 und 33 % der Befragten gaben an, ihre Wahl von der Türkei-Frage abhängig gemacht zu haben.[370]

Der „aufgeblähte Elan des europapolitischen Diskurses"[371] im Jahr 2004 wurde zudem getragen von der Diskussion um die Europäische Verfassung, über die die Franzosen im Frühjahr 2005 abstimmen sollten. Die Tatsache, dass die Europapolitik nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum auf der Agenda der französischen Politiker weit weniger Raum einnahm und

---

[368] a.a.O.
[369] „Pour ou contre l'adhesion de la Turquie à l'Union européenne", Le Monde, 9.November 2002.
[370] Vgl. Demesmay/Fougier (2005).
[371] Oppeln, Sabine von: Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag. Berlin, 2005. In: http://web.fu-berlin.de/europa/team/OppelnS/artikeldokumente.pdf (Zugriff am 1.6.2007).

im Wahlkampf der Präsidentschaftskandidaten nur eine untergeordnete Rolle spielte, zeigt, dass die Debatte um den Türkei-Beitritt „nicht vom europapolitischen Gestaltungswillen, sondern von den Interessen und Spielregeln interner machtpolitischer Auseinandersetzungen geprägt war.“[372]

Anhand einer Analyse der Debatte in der Assemblée Nationale am 14.Oktober 2004 zur Türkei-Frage werden im Folgenden die Positionen der französischen Parteien aufgezeigt. Nach zähem Ringen hatte Premierminister Raffarin die Debatte genehmigt, eine Abstimmung über das Thema sollte es aber nicht geben. Diese wäre mit großer Wahrscheinlichkeit negativ ausgefallen und hätte damit „l'extrême solitude de Jacques Chirac sur la question turque“[373] offenbart. Chirac versicherte, dass die Parlamentarier in der Türkei-Frage informiert, angehört und konsultiert werden.[374] Gleichzeitig machte er aber klar, dass mitreden nicht automatisch mitentscheiden heißt. Die Türkei-Debatte müsse dem Wortlaut der Verfassung entsprechen.[375] Aus Protest gegen die verwehrte Abstimmung, blieben am 14. Oktober weite Teile des Pariser Halbrund leer. Die Diskussion machte trotzdem deutlich, dass quer durch die großen Parteien die Mehrheit der französischen Abgeordneten aus den unterschiedlichsten Gründen gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei ist und eine „Privilegierte Partnerschaft“ bevorzugen würde.

Premierminister Raffarin, persönlich gegen einen EU-Beitritt der Türkei, war in seiner Eröffnungsrede in der Assemblée Nationale sehr auf eine ausgeglichene Haltung bedacht. Zunächst signalisierte er Verständnis für die Argumente der Beitritts-Gegner: „Ni la Turquie ni l'Europe ne sont prêtes pour l'adhesion.“[376] Im Anschluss plädierte er aber für einen Beitritt der Türkei, da dieser im Interesse Frankreichs und Europas liege und verteidigte damit die offizielle Regierungslinie. Zum Abschluss verwies er auf das Versprechen Chiracs, dass die Franzosen in einem Referendum über den Beitritt abstimmen werden. „[…] La volonté de la nation sera respectée puisque le peuple de France aura, par référendum, le dernier mot.“[377] Er

---

[372] Oppeln (2005).

[373] Les Echos, 11. Oktober 2004.

[374] Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à M. David Pujadas - France 2, Pékin - Chine, le dimanche 10 octobre 2004. In: www.elysee.fr (Zugriff am 25.2.2007).

[375] Über die Frage, ob es eine Abstimmung im Parlament geben sollte entbrannte in Frankreich eine Debatte um die Auslegung der französischen Verfassung. François Bayrou und Laurent Fabius, die eine Abstimmung im Parlament über die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit der Türkei vor dem entscheidenden EU-Gipfel am 16. und 17. Dezember forderten, beriefen sich auf den Artikel 88-4. Dieser bietet der französischen Regierung die Möglichkeit, „tout document émanant d'une institution de l'Union européenne“, dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Dieser Artikel sieht aber nicht vor, dass das Parlament über die Position der Regierung bei einem EU-Gipfel abstimmt. „D'ailleurs, selon la tradition et l'esprit de la Ve République, le Parlement ne donne pas de directives à l'exécutif en matière de politique étrangère.“ Vgl. Le Figaro, 8. Oktober 2004. Denn in Artikel 52 der französischen Verfassung steht: „Le président de la République négocie et ratifie les traités.“

[376] Deuxième séance du jeudi 14 octobre 2004. 16e séance de la session ordinaire 2004-2005. In: http://www.assemblee-nationale.fr/12/cri/2004-2005/20050016.asp (Zugriff am 25.2.2007).

[377] a.a.O.

betonte auch noch einmal, dass der Verhandlungsprozess lange dauern werde und jederzeit unterbrochen werden könne.

Nach dem Premierminister ergriff Jean-Marc Ayrault, der Fraktionsvorsitzende der PS, das Wort. Er sprach sich generell für eine Eröffnung der Beitrittsgespräche mit der Türkei aus und gab zu bedenken: „claquer la porte devant la Turquie […] serait interprété comme un manquement à la parole de notre nation.“[378] Ob die Türkei allerdings in zehn bis fünfzehn Jahren die Kopenhagener Kriterien erfülle und der Union beitreten könne, sei noch offen: „Mais, aujourd'hui, la question posée […] c'est : la Turquie respecte-t-elle les conditions d'adhésion à l'Union ? Et, deuxième volet de la question : l'Union est-elle en mesure de lui assurer une intégration harmonieuse ? À ce stade, la réponse des socialistes est claire : ces deux conditions ne sont pas réunies.“[379] Allerdings spricht Ayrault mit seiner grundsätzlichen Zustimmung zu einem Beitritt nicht für alle französischen Sozialisten. Die PS ist in der Türkei-Frage, genau wie in der Frage der Europäischen Verfassung, gespalten. Namhafte Befürworter eines Türkei-Beitritts in der PS sind der Parteivorsitzende François Hollande, der Europaabgeordnete und ehemalige französische Europaminister Pierre Moscovici sowie der ehemalige EU-Kommissar Pascal Lamy. Dagegen sprechen sich die Sozialisten Laurent Fabius und Hubert Védrine für eine „Privilegierte Partnerschaft“ aus. Während der Rede Ayraults gab es aus dem Plenum mehrmals Zwischenrufe, die auf diese Spaltung im sozialistischen Lager anspielten, wie zum Beispiel: „Fabius à la tribune!“[380]

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde das Wort an François Bayrou, den Parteivorsitzenden der UDF, übergeben. Die UDF steht in der Türkei-Frage hinter ihrem Gründungsvater Valery Giscard d’Estaing und lehnt einen Beitritt konsequent ab. „L’adhésion de la Turquie, ce n’est pas un pas vers l’unité de l’Europe, c’est un pas vers sa dispersion“, erklärte Bayrou in der Assemblée Nationale. Die Lösung für die Debatte um die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sieht er im Aufbau einer „Privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei und einer gleichzeitigen Stärkung der Euro-mediterranen Partnerschaft: „l'Europe qui s'assume et s'avance, et la Communauté de la Méditerranée, liées l'une à l'autre, et dont la Turquie, partenaire privilégié de l'Union, serait le premier maillon, au lieu d'être le terme du projet.“[381]

Bernard Accoyer, der Fraktionsvorsitzende der UMP, verwies zu Beginn seiner Redezeit noch einmal darauf, dass seine Partie im Frühjahr 2004 eine gemeinsame Position verabschiedet hatte: die UMP forderte ebenfalls eine „Privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei. Gegen die

---

[378] a.a.O.

[379] Deuxième séance du jeudi 14 octobre 2004. 16e séance de la session ordinaire 2004-2005. In: http://www.assemblee-nationale.fr/12/cri/2004-2005/20050016.asp

[380] a.a.O.

[381] a.a.O.

Aufnahme von Beitrittsgesprächen wandte sich Accoyer dabei aber nicht: „qui peut nier qu'un signal définitivement négatif, une rupture brutale du dialogue entre l'Union européenne et la Turquie feraient le jeu de ceux qui aspirent au ‚choc des civilisations'?"[382]
Lediglich die französischen Grünen und die Kommunisten sprachen sich in der Parlamentsdebatte eindeutig für einen Beitritt der Türkei in die EU aus. Der Fraktionsvorsitzende der PCF Alain Bocquet erklärte: „Mais il faut pour cela construire sans attendre une Europe démocratique et sociale qui accueillera, quand les conditions seront réunies, une Turquie tout aussi démocratique et sociale."[383]

Insgesamt machte die Debatte deutlich, dass die Mehrheit der französischen Volksvertreter im Herbst 2004 gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU war. Die Eröffnung der Beitrittsgespräche, über die am 16./17. Dezember 2004 entschieden werden sollte, stellten einige Abgeordnete nicht mehr in Frage. Doch die Verhandlungen sollten nach Vorstellung der Mehrheit nicht zu einer Vollmitgliedschaft, sondern einer „Privilegierten Partnerschaft" führen. Es zeigte sich, dass Chirac tatsächlich sehr allein stand. Von den Kommunisten und den Grünen abgesehen, standen lediglich einzelne Abgeordnete, wie zum Beispiel Pierre Lellouche (UMP) oder die Türkei-Befürworter der Sozialisten hinter dem Kurs des Präsidenten. Selbst Premierminister Raffarin verteidigte den vom Präsidenten vorgegebenen Regierungskurs nur halbherzig.
Zudem konnte Chirac eine Verknüpfung der Debatten um die Türkei-Frage und die Europäische Verfassung im Jahr 2004 wegen der zeitlichen Nähe nicht vermeiden (vgl. Kapitel III, 3.6.4.1.). Vor allem die Verfassungsgegner aus dem extremen rechten Lager haben die Türkei-Frage im Vorfeld des Referendums instrumentalisiert, um ein „non" zu erreichen[384].

3.6.2. Innerparteiliche Differenzen in der UMP

Bereits in der Frage der Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages (VVE) baute sich in der UMP ein gewisser Druck auf Staatspräsident Chirac auf. Premierminister Raffarin drängte Chirac, ein Referendum über die französische Verfassung anzusetzen.[385] „Il y a une montée de l'euroscepticisme en France, un rejet des élites. Les gens ont l'impression d'une

[382] a.a.O.
[383] a.a.O.
[384] Vgl. Güßgen, Florian: Franzosen drohen mit Kernspaltung. In: Stern, 3. Mai 2005.
In: http://www.stern.de/politik/ausland/539879.html?nv=cb (Zugriff am 19.4.2007).
[385] Die französische Verfassung überlässt es dem Staatspräsidenten, zu entscheiden, ob das Parlament oder das französische Volk über Verträge der Europäischen Union abstimmt.

captation de la parole, surtout au sujet de l'Europe"[386], so Raffarin auf einer Pressekonferenz am 6. Oktober 2003. Chirac allerdings zögerte mit der Ansetzung eines Referendums. Zu schwer lag ihm noch das gescheiterte Referendum in Korsika im Juli 2003 im Magen. Zudem zeigte das knappe Ergebnis des Referendums von Maastricht 1992,[387] dass ein Referendum über einen EU-Vertrag ein riskantes politisches Manöver ist. Bei den Verträgen in Amsterdam und Nizza konnte ein Referendum mit Hinweis auf die geringen Änderungen im Vertragstext noch umgangen werden. Aber auch Chirac erkannte, dass eine Europäische Verfassung dem französischen Volk ohne seine direkte Zustimmung kaum vermittelbar wäre. Erst am 14. Juli 2004, in seinem traditionellen Fernsehinterview zum Nationalfeiertag, kündigt Chirac an, dass der VVE in Frankreich durch ein Referendum ratifiziert wird. Als Zeitpunkt der Abstimmung wurde die zweite Jahreshälfte 2005 ins Auge gefasst. Nachdem mehrere Länder in Europa, darunter Großbritannien, angekündigt hatten, den VVE durch einen Volksentscheid ratifizieren zu wollen, kam Chirac um diese Entscheidung nicht mehr herum. Das Risiko, das Chirac mit einem Referendum zum VVE einging, schien gering, da im Sommer 2004 noch eine deutliche Mehrheit der Franzosen den Verfassungsvertrag befürwortete.[388]

Der innerparteiliche Druck auf Chirac erhöhte sich im Vorfeld der Europawahlen am 13. Juni 2004. Die Präsidentenpartei UMP nahm eine Kurskorrektur in der Türkei-Frage vor. In der Parteispitze der UMP war man sich lange uneinig. „Die traditionell gaullistisch geprägte Parteipolitik unterstützte eigentlich den Beitritt der Türkei, wenn auch hinter vorgehaltener Hand."[389] Als Erste scherten die französischen Europaabgeordneten der UMP Françoise Grossetête und Alain Lamassoure aus der UMP-Linie aus. Im europäischen Parlament sprachen sie sich am 1. April 2004 gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus. In einer Pressekonferenz erklärten sie: „Nous constatons que l'opinion française ne veut pas de cette adhésion."[390] Diese Einsicht führte dazu, dass der Parteivorsitzende Alain Juppé am 7.April 2004 die offizielle Linie der UMP im Europawahlkampf verkündete: „L'UMP souhaite qu'on n'engage pas de discussion avec la Turquie à la fin de l'année."[391] Vielmehr sollte der Türkei nach Ansicht der UMP eine „Privilegierte Partnerschaft" angeboten werden. Damit stellt sich die UMP geschlossen als Partei gegen die offizielle Haltung des Staatspräsidenten. Bei den Europawahlen im Juni 2004 wollte die UMP mit dieser Taktik, nach einem schlechten Ergebnis in den Regi-

[386] Liberation, 9. Oktober 2003.
[387] Nur eine knappe Mehrheit von 51,1 % der Franzosen stimmte für den Vertrag von Maastricht.
[388] Rüger (2006): S.120.
[389] Demesmay/ Fougier (2005).
[390] Le Monde, 4./5. April 2004.
[391] Le Figaro, 8. April 2004.

onalwahlen Mitte März[392], keine Wähler des rechten Spektrums aufgrund der Türkei-Frage an die anderen Parteien verlieren. Auch der gerade neu im Amt vereidigte Außenminister Michel Barnier nahm den neuen Kurs der UMP auf. Er erklärte am 8. April 2004 im Parlament: „Unter den gegebenen Umständen steht es außer Frage, dass die Türkei die EU-Kriterien nicht erfüllt.“[393] Dass diese Haltung der UMP allerdings nicht nur Taktik für den Europawahlkampf war, wie zwischenzeitlich vermutet wurde,[394] wurde spätestens mit Amtsantritt des neuen Parteivorsitzenden Nicolas Sarkozy, einem der schärfsten innerparteilichen Konkurrenten Chiracs,[395] im November 2004 deutlich. Zwar setzte sich Sarkozy im Vorfeld des Verfassungsreferendums im Mai 2005 genau wie der Staatspräsident für die Europäische Verfassung ein, verknüpfte seine Zustimmung zum Verfassungstext allerdings mit einem entschiedenen „non“ zur Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU. Die Vorlage, die er in diesem Sinne den Parteifunktionären der UMP am 6. März 2005 zur innerparteilichen Abstimmung vorlegte, wurde mit überwältigenden 90,8 % angenommen.[396] Sarkozy nahm damit die Gelegenheit wahr, sich in der Europapolitik durch eine klare Abgrenzung von der Haltung Chiracs und der unbeliebten Regierung Raffarin zu profilieren, und sich als Alternative für die Präsidentschaftswahl 2007 darzustellen.

Auch Premierminister Raffarin hatte im September 2004 erstmals öffentlich Zweifel an der Integrationsfähigkeit der Türkei geäußert. Im Wall Street Journal sah er das Problem „à l’attitude de la société turque“. „Voulons-nous que le fleuve de l’islam rejoigne le lit de la laicité?“[397], fragte Raffarin. Trotz einiger Bedenken, sprach er sich allerdings dagegen aus, der Türkei ein für alle Mal die Tür zu Europa zu verschließen. Diese Äußerungen waren aber die einzigen kritischen Töne, die vom Premierminister öffentlich in der Türkei-Frage zu hören waren. Vermutlich zielte der Regierungschef darauf ab, die Öffentlichkeit in der Türkei-Frage im Vorfeld des Verfassungsreferendums zu beruhigen. Im Allgemeinen verteidigte Raffarin den offiziellen Regierungskurs, obwohl er persönlich gegen einen Beitritt der Türkei war. Sein Nachfolger de Villepin, der nach dem Verfassungsreferendum Raffarin ersetzte, war in dieser Frage bereits energischer. Er profilierte sich mit kritischen Äußerungen zum Türkei-Beitritt, denn der Regierungschef hatte ebenfalls Ambitionen auf die UMP-Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2007.

---

[392] die UMP erreichte 21.67% der Stimmen im ersten Wahlgang, 32.21% der Stimmen im zweiten Wahlgang und saß nach den Wahlen nur 1 von 26 Regionalvertretungen vor (Métropole + Dom-Tom)
[393] Financial Times Deutschland, 13. April 2004.
[394] Le Monde, 30. April 2004.
[395] Seit Sarkozy bei innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftskandidatur der UMP Edouard Balladur unterstützte, besteht zwischen Chirac und Sarkozy ein tiefes Misstrauen.
[396] Schmid, Bernard: Französisches Duell. Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2005. S.391-394.
[397] Le Figaro, 24. September 2004.

Damit steht fest, dass für den Sinneswandel „das Interesse des Staatspräsidenten, das politische Terrain im Kampf um die Präsidentschaft im Jahr 2007 nicht vorzeitig seinen innerparteilichen Konkurrenten zu überlassen“[398] mit ausschlaggebend war. Hauptkonkurrent Sarkozy präsentierte sich seit langem in der Öffentlichkeit als Gegner eines Türkei-Beitritts, Premierminister de Villepin schlug im Sommer 2005 kritische Töne gegenüber einem Türkei-Beitritt an. Selbst wenn Chirac schon damals keine ernsthaften Ambitionen auf eine dritte Amtszeit gehabt haben sollte, konnte er seine Türkei-Politik nicht beibehalten. „Wollte Chirac nicht völlig zum Außenseiter – und damit für die letzten zwei Jahre seiner Amtszeit zur „lahmen Ente“ − werden, blieb ihm nichts anderes übrig, als dem Kurs seiner präsumtiven Konkurrenten zu folgen.“[399]

3.6.3. Öffentliche Meinung

Offiziell ist Frankreich für einen EU-Beitritt der Türkei, die Franzosen sind jedoch dagegen. Das zeigen die Umfragen, die in dem Zeitraum 2002 bis 2006 in Frankreich zu diesem Thema durchgeführt wurden. 56% - 60% der Franzosen waren in diesem Zeitraum gegen einen EU-Beitritt der Türkei.[400] Diese ablehnende Haltung ist seit 2000 relativ konstant geblieben.[401] Lediglich 36 % sprachen sich in einer Umfrage im September 2004 für einen Beitritt der Türkei aus. Nur ein geringer Teil der Interviewten machte in den Umfragen keine Angaben. Das zeigt, welch hohen Stellenwert das Thema in der französischen Gesellschaft einnimmt, denn nahezu jeder Befragte sah sich befähigt, zum EU-Beitritt der Türkei eine Meinung zu äußern.
Als Gründe gaben die Gegner vor allem die Sorge um eine zunehmende Immigration (40%), die Tatsache, dass die Türkei zu einem Großteil in Asien liegt (26%) und die islamische Bevölkerung in der Türkei (25%) an.[402] Die Befürworter hofften durch einen EU-Beitritt der Türkei die Demokratie dort zu festigen (52%) und einer Entwicklung hin zum islamischen Fundamentalismus entgegenzuwirken (33%). Die Gegner eines Türkei-Beitritts stammen vor allem aus der Wählerschaft der UDF, der UMP und des FN/MNR. Hier lehnen 72%, 63% beziehungsweise 74% aller Befragten einen EU-Beitritt der Türkei ab. Damit erklärt sich auch

---

[398] Kramer (2005).
[399] a.a.O.
[400] Sowohl in der Ipsos-Umfrage vom 9.12.2002, als auch vom 19.6.2003 und vom 27.9.2004 liegt der Wert der Gegner eines Türkei-Beitritts bei 56%. Die Umfrage des Instituts Ifop vom 22./23. September 2004 ergibt einen Anteil von 60% an Gegnern eines Türkei-Beitritts. Im Eurobarometer vom Juni 2006 sprechen sich 54% der Franzosen gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus.
Ipsos-Umfrage, Dezember 2002: http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/7703.asp; Ipsos-Umfrage, Juni 2003: http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/7782.asp; Ipsos-Umfrage, September 2004: http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/7980.asp; (Zugriff alle am 19.4.2007)
Ifop-Umfrage: http://www.ifop.com/europe/sondages/opinionf/turquie.asp (Zugriff am 30.4.2007).
[401] Vgl. Demesmay/Fougier (2005): S. 51.
[402] Vgl. Ipsos-Umfrage vom 27.9.2004.

die offizielle Position der Parteien in dieser Frage. Für Staatspräsident Chirac bedeutet dies, dass 2004 lediglich 30% der UMP-Anhänger hinter seinem Kurs in der Türkei Frage standen. Trotz des Versuchs Chiracs, das Verfassungsreferendum zeitlich von der Türkei-Frage zu trennen, hatte die Debatte um die Türkei einen erheblichen Einfluss auf das „non“ der Verfassungsgegner. Daran änderte auch das nachgereichte Versprechen, über den Türkei-Beitritt zu gegebener Zeit ein eigenes Referendum abzuhalten, nichts mehr. Zwar war das Scheitern des Verfassungsreferendums Ausdruck einer tiefgehenden politischen und sozialen Krise in Frankreich und hatte vor allem innenpolitische Gründe,[403] aber immerhin 35 % der Nein- Sager gaben an, dass sie mit ihrem Votum am 29.Mai 2005 auch ihre Opposition zu einem EU-Beitritt der Türkei ausdrücken wollten.[404] Für Wähler, die der UMP und dem FN nahe stehen, war dies sogar der meistgenannte Grund für das „non“.[405]

Das Scheitern des Verfassungsreferendums[406] und die Rolle, die die Türkei-Frage in der Abstimmung gespielt hat, führten Chirac die Zweifel der Franzosen deutlich vor Augen. Eine Politik, die vollständig gegen die öffentliche Meinung im eigenen Land geht, ist für den Staatspräsidenten kaum noch tragbar. Damit war Chirac quasi gezwungen, in der Türkei-Frage von seinem strikten Kurs der Unterstützung abzuweichen.

3.6.4. Gründe für die Türkei-Skepsis in Frankreich

3.6.4.1. Erweiterungsmüdigkeit und Europaskepsis

In Frankreich entwickelte sich in den letzten Jahren ein „genereller und aktueller EU-Frust“[407]. Der EU werden Bürokratie, Zentralismus, Geldverschwendung, Bürgerferne, Intransparenz und Regelungswut vorgeworfen. Diese Europaskepsis entlud sich schließlich im „non“ zum Verfassungsvertrag. Zwar basierte die Ablehnung stark auf innenpolitischen Ursachen, der viel zitierten französischen „Malaise“[408], die sich „seit Jahren verschärfende Krise des ‚französischen Modells’“[409]. Ein zentraler Faktor für die Ablehnung war allerdings auch die EU-Osterweiterung und die damit einhergehende Erweiterungsmüdigkeit in Frankreich. „Die Angst vor verschärftem Wettbewerb auf den Waren- und Arbeitsmärkten, vor Unternehmensverlagerungen in die Beitrittsländer, vor einem ungezügelten Steuersenkungswett-

---

[403] Zur Analyse des gescheiterten Verfassungsreferendums vgl. Lieb/ Roussel/ Schwarzer (2006).
[404] Vgl. Ipsos-Umfrage vom 30.5.2005 In: www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp?rubId=26&print=1
[405] Obwohl die Regierungspartei UMP mehrheitlich für die EU-Verfassung geworben hat. Trotzdem gaben jeweils 56% der Anhänger von UMP und FN an, gegen die Verfassung gestimmt zu haben, um sich so einem EU-Beitritt der Türkei zu widersetzen.
[406] 55% der Franzosen haben am 29. Mai 2005 gegen den Europäischen Verfassungsvertrag gestimmt.
[407] Rüger (2006): S. 122.
[408] u.a. Demesmay/ Fougier (2005).
[409] Veit, Winfried: Frankreich nach dem Referendum. Frankreich-Info, Nr. 6. 9. Juni 2005. In: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/03669.pdf

lauf und einer Konkurrenz nationaler Sozialmodelle hat zu einer generellen Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der Erweiterung geführt."[410] Vor dem Beitritt der MOE-Staaten lehnten 47% der Franzosen die Osterweiterung ab, lediglich 37% sprachen sich dafür aus.[411] Mögliche Auswirkungen eines Beitritts wirtschaftlich schwächerer Staaten auf Frankreich und die eigene wirtschaftliche Situation machten den Franzosen Sorgen.

Das Eurobarometer vom Herbst 2006 machte deutlich, dass die Skepsis der Franzosen auch gegenüber zukünftigen Erweiterungen insgesamt groß ist. Nur 34% befürworteten diese. Damit liegt Frankreich unter dem EU-Durchschnitt von 46%, allerdings noch vor Deutschland mit lediglich 30% Zustimmung. Die Zustimmung beziehungsweise die Ablehnung eines Beitritts durch die Franzosen hing allerdings stark vom Kandidatenland selbst ab. Beitritte von Norwegen, der Schweiz oder Island würden positiv aufgenommen werden. Auch Kroatien hatte noch eine dünne Mehrheit von Befürwortern hinter sich (47% dafür, 42% dagegen). Allerdings war im Herbst 2006 eine Mehrheit gegen die Beitritte von Bulgarien und Rumänien, die beide am 1. Januar 2007 Mitglieder der Europäischen Union wurden. Mit Abstand die größte Gegnerschaft aber hatte die Türkei. 69 % der Franzosen waren im Herbst 2006 gegen einen Beitritt der Türkei, lediglich 22% sprachen sich dafür aus.

Wie bereits in Kapitel 3.6.2. erwähnt, gaben die Befragten als Hauptgrund für eine Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei die Angst vor einer zunehmenden Immigration an. Damit verbunden ist die Sorge um die Verschlechterung der eigenen Lebensumstände, zum Beispiel steigender Arbeitslosigkeit oder höhere Belastungen durch die Kosten der Erweiterung. Dies sind auch die Hauptgründe für die generelle Erweiterungsmüdigkeit in Frankreich. Die oben genannten Umfrageergebnisse verdeutlichen dies: die Franzosen lehnen lediglich den Beitritt der wirtschaftlich schwächeren Länder ab, von denen eine potentielle „Gefahr" bezüglich der sozialen und ökonomischen Folgen einer Erweiterung ausgeht.

Allerdings liefert die Erweiterungsmüdigkeit nur ansatzweise eine Erklärung für die ablehnende französische Haltung gegenüber der Türkei. Die Türkei-Frage nimmt im Vergleich zur Osterweiterung einen Sonderstatus ein. Denn betrachtet man in den Umfragewerten Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildungsniveau oder soziale Position, so wird deutlich, dass diese bei der Einstellung zur Osterweiterung eine große Rolle gespielt haben, in der Türkei-Frage spielen diese Faktoren allerdings keine relevante Rolle.[412] Franzosen aller Bildungsniveaus und

[410] Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst- das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. In: Integration, 3/2005. S. 187-200. S.197.
[411] Vgl. Eurobarometer 61, Spring 2004, National Report, France. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/nat_france.pdf
[412] Demesmay/Fougier (2005).

sozialer Schichten sprechen sich in gleichem Maße gegen den EU-Beitritt der Türkei aus. Zumindest in einigen Bevölkerungsschichten kann die Angst vor steigender Arbeitslosigkeit durch Einwanderung oder Verlagerung von Betrieben in Billiglohnländer aber nicht die Opposition gegen die Türkei erklären. Die Gründe müssen vielfältiger sein. Ein Beleg dafür ist auch die mit Abstand stärkste Ablehnung eines Beitritts der Türkei.

3.6.4.2. Frankreichs Angst vor dem Islam

Das Thema Religion taucht in den öffentlichen Stellungnahmen der Europäischen Union zu den Beitrittsbemühungen der Türkei lediglich in Zusammenhang mit Fragen der Religionsfreiheit auf. Die Tatsache, dass der größte Teil der türkischen Bevölkerung muslimisch ist, wird dagegen nicht thematisiert. Umso mehr beschäftigt diese Tatsache die Bevölkerung vieler Mitgliedsländer, natürlich auch die Franzosen. Immerhin 25% der französischen Beitrittsgegner geben an, dass sie den Beitritt der Türkei aufgrund der Religion ablehnen (vgl. Kapitel III, 3.6.2).

Der Islam ist in Frankreich die zweitgrößte Religion. Etwa fünf Millionen Muslime leben dort, etwa die Hälfte besitzt die französische Staatsbürgerschaft.[413] Ihre Zunahme ist vor allem auf Zuwanderer aus dem Maghreb zurückzuführen. Doch die Integration der Muslime ist in Frankreich zum größten Teil nicht gelungen, das zeigt sich heute an den Problemen der zweiten und dritten Generation. „Über Jahrzehnte gab man sich der Selbsttäuschung hin, das Erlernen der Sprache und der Erhalt der französischen Staatsbürgerschaft gewährleisteten automatisch auch Integration.“[414] Dies hat sich als Irrtum herausgestellt. Längst hat sich eine Klassengesellschaft gebildet, in der vor allem die Kinder der afrikanischen und arabischen Einwanderer benachteiligt sind. Die Aufstände in den Pariser Banlieues im Sommer 2005 waren ein Protest gegen diese Umstände. Da die Jugendlichen sich von der französischen Gesellschaft weder als Franzosen noch als Muslime akzeptiert fühlen, ist bei den Immigranten eine „Re-Islamisierung“[415] zu verzeichnen. Diese führt wiederum bei den Franzosen zu dem

---

[413] Schätzung des Französischen Außenministeriums; genaue Zahlen gibt es nicht, da das französische Gesetz Statistiken, die sich mit Religionszugehörigkeit beschäftigen, verbietet.
Vgl. http://www.ambafrance-us.org/fr/aaz/culte_musulman.pdf (Zugriff am 12.3.2007).

[414] Crevel/Wagner (2004).

[415] Die Ausprägung des Islam, zu der sich viele "Wiedergeborene" bekennen ist der Salafismus. Er stellt sich ausdrücklich gegen alle nationalen Kulturen einschließlich der islamischen und fordert eine Religion, die von kulturellen Einflüssen und lokalen Partikularismen gereinigt ist. Das erklärt die Anziehungskraft, die der Salafismus auf kulturell entwurzelte junge Leute wie europäische Muslime der zweiten Generation ausübt. Der Salafismus stellt die kulturelle Entwurzelung nicht als Verlust, sondern im Gegenteil als Gelegenheit dar, einen reinen, universellen und wahrhaft internationalistischen Islam wiederzufinden. Dabei ist dieser Islam nicht liberal und weltoffen, sondern stützt sich auf den Rückzug auf die "Glaubensgemeinschaft" und die Neuformulierung der religiösen Vorschriften im Sinne konservativer Werte. Vgl. Roy, Oliver: Der Islam in Europa- eine Ausnahme? In: APuZ, 28-29/2004.

Eindruck, dass die Muslime kein Interesse daran haben, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

In ganz Europa hat sich nach den Terroranschlägen von New York, Madrid und London eine „Islamophobie“[416] ausgebreitet. Religiöser Fundamentalismus beunruhigt seitdem die Franzosen über alle Parteigrenzen hinweg. So vermischte sich die Angst vor Überfremdung mit der Angst vor fundamentalistischen Tendenzen in der muslimischen Gesellschaft über die Jahre in Frankreich zu einer generellen Skepsis gegenüber dem Islam. Nur 33% der Franzosen haben ein positives Bild vom Islam.[417] Eine zusätzliche Immigration von türkischen Arbeitnehmern, die viele Beitrittsgegner befürchten, hätte zwangsläufig auch eine Zunahme der muslimischen Bevölkerung in Frankreich zur Folge. Die Ablehnung eines Beitritts der Türkei lässt sich somit durch die Angst vor einer zunehmenden Überfremdung Frankreichs erklären. Eine Umfrage hat ergeben, dass 42% aller linken und nur 26% der rechten Parteianhänger der Meinung sind, dass der Islam mit den Werten der französischen Republik vereinbar sei.[418] Einen Beweis hierfür bot die Kopftuchdebatte in Frankreich. Per Gesetz musste die Republik 2004 ihr Prinzip der Laizität durchsetzen.

3.6.4.3. Menschenrechte und Armenienfrage

Ein weiterer Aspekt, der die Ablehnung der Franzosen gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei erklärt, ist der Grad der Demokratisierung und die Einhaltung der Menschenrechte. Eine Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts LH2 im Mai 2004 hat ergeben, dass die Mehrzahl der Befragten diesen Themen eine große Relevanz beimisst.[419] Danach fanden es die Befragten sehr bedenklich, dass in der Türkei die Rechte von Minderheiten verletzt werden (87%) und, dass in türkischen Gefängnissen die Menschenrechte missachtet werden (90%). Die Umfrage macht ebenfalls deutlich, dass über 70% der Befragten einem Beitritt der Türkei aufgeschlossener gegenüber stünden, wenn dort die Menschen- und Minderheitenrechte stärker beachtet würden. Diese Umfragewerte zeigen, dass es durchaus Potential gibt, in Frankreich aus „Türkei-Gegnern“ „Türkei-Befürworter“ zu machen, zumindest wenn sich die Gegner auf die Argumente der Menschenrechte beziehen.

---

[416] Mönninger, Michael: Die Korrekten. Frankreichs Oberste Muslime geißeln den Terror. Aber noch lauter warnen sie vor Islamophobie. In: Die Zeit, 16/2004.

[417] Umfrage des Instituts Artenice 2004, zitiert nach: Chartier, Claire: Islam et la France. In: l’Express, 5.10.2006.

[418] Zitiert nach: Demesmay/ Fougier (2005) : S. 54.

[419] Les Français, l'entrée de la Turquie dans l'union européenne et le génocide arménien. Louis Harris/ Ayp FM Umfrage Mai 2004.
In: http://www.lh2.fr/_upload/ressources/sondages/europe/lhfaypfmadhe9siondelaturquie2324avril.pdf (Zugriff am 20.4.2007)

Neben der Frage der Menschenrechte kann auch die Frage der Anerkennung des Völkermords an den Armeniern als Erklärung für die negative Haltung der Franzosen gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei angesehen werden. 81% der Befragten waren 2004 bestürzt, dass die Türkei den Genozid noch immer nicht anerkennt. Immerhin 45 % erklärten, dass sie nach einer Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch die Türkei einen Beitritt eher befürworten würden. In Frankreich lebt die größte armenische Gemeinschaft in Europa. Schätzungen gehen von 450 000 Menschen armenischer Abstammung in Frankreich aus. Dagegen gibt es lediglich etwa 175 000[420] Türken in Frankreich. Vertreten werden die Armenier in Frankreich durch politische Bewegungen wie die Sozialistische Partei Armeniens[421], sowie mächtige Interessengruppen wie das Comité de défense de la cause arménienne. Zudem gibt es armenische Radiostationen, eine Tageszeitung, sowie mehrere politische Magazine. Die Armenische Gemeinschaft betreibt eine starke Lobbyarbeit in Frankreich gegen den EU-Beitritt der Türkei, da sich diese immer noch weigert, die Verbrechen an der armenischen Bevölkerung im ersten Weltkrieg als Völkermord anzuerkennen. Sicherlich mit starkem Zutun dieser Gruppe kam es in Frankreich zum Gesetz zur Anerkennung des Armenischen Völkermordes und zu dem im Parlament verabschiedeten Gesetz zur Bestrafung der Leugnung des Völkermordes (vgl. Kapitel III, 3.3.1.). Claire Demesmay vom Institut français des relations internationales (Ifri) stellt fest, „dass das politische Gewicht der armenischen Gemeinschaft in Frankreich Teil der Kontroverse um den EU-Beitritt der Türkei ist und auf absehbare Zeit wohl auch bleiben wird.“[422]

3.7. Zwischenfazit: Einknicken unter innenpolitischen Druck

Es wird deutlich, dass Chirac seit der zweiten Jahreshälfte 2004 dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union skeptischer gegenüberstand. Diese Skepsis äußerte sich in mehreren Punkten: zunächst in der Debatte um den „modus vivendi“, in der Chirac ein Scheitern der Beitrittsgespräche erstmals öffentlich in Betracht zog. Zudem kündigte er im Oktober 2004 ein Referendum über den Türkei-Beitritt an, obwohl Umfragen eine deutliche Ablehnung des Beitritts durch die Bevölkerung zeigten. Des Weiteren forderte der Staatspräsident zum ersten Mal in der Öffentlichkeit, dass die Türkei den Völkermord an den Armeniern vor einem Beitritt anerkennen müsse. Die härtere Gangart der französischen Staatsführung im Zypernkonflikt zeugte ebenfalls von einem veränderten Umgang mit der Türkei als Beitrittskandidat der

[420] Offizielle Angabe des französischen Außenministeriums.
[421] Vgl. Demesmay/Fougier (2005): S. 57.
[422] a.a.O.

EU. In der Europadebatte, die sich nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum in Frankreich entwickelte, stellte Chirac generell zukünftige Erweiterungen in Frage.
Chiracs Abweichung von seinem türkeifreundlichen Kurs lässt sich in zwei Phasen unterteilen: eine erste Phase, die am 14. Juli 2004 mit der Ankündigung des Referendums über den VVE beginnt und mit dem Scheitern des Referendums endet. Die zweite Phase beginnt nach dem 29. Mai 2005. Denn zunächst waren Chiracs Handlungen, auch wenn sie generell nicht mehr den türkeifreundlichen Kurs der letzten Jahre widerspiegeln, generell nicht gegen die Eröffnung der Beitrittsgespräche gerichtet. Weder der „modus vivendi“ für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen, noch die Forderung nach Anerkennung des Völkermords an den Armeniern stellten die Eröffnung der Beitrittsgespräche mit der Türkei in Frage. Auch das angekündigte Verfassungsreferendum verschob die Entscheidung über den Türkei-Beitritt 10 bis 15 Jahre in die Zukunft. Erst zum Ende der Beitrittsverhandlungen sollte das französische Volk über den endgültigen Beitritt der Türkei abstimmen. Diese Handlungen betrafen den aktuellen Annäherungsprozess an die EU, in dem sich die Türkei zu diesem Zeitpunkt befand, kaum. Es waren vielmehr Botschaften an das französische Volk. Chirac wollte den Eindruck erwecken, dass der Türkei-Beitritt eine „perspective éventuelle“ bleibt, selbst wenn er der Eröffnung der Beitrittsgespräche zustimmen sollte. Chirac bemühte sich um Kritik am Türkei-Beitritt, ohne den Annäherungsprozess direkt zu gefährden. Im Dezember 2004 stimmte er schließlich der Eröffnung der Beitrittsgespräche mit der Türkei zu.
Nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum am 29.Mai 2005 hatte Chirac allerdings nicht mehr die nötige Durchsetzungskraft, um seinen türkeifreundlichen Kurs, wenn auch unterschwellig, durchzuhalten. Die Handlungen der französischen Staatsführung betrafen nun direkt den Beitrittsprozess. Chirac tat es in der Zypern-Frage seinem Premierminister de Villepin gleich und verschärfte den Ton. In der Europadebatte, die sich in Frankreich nach dem Verfassungsreferendum entwickelte, stellte er zukünftige Beitritte generell in Frage.
Insgesamt kann man davon ausgehen, dass Chirac nicht grundsätzlich seine Meinung zum Beitritt der Türkei zur EU geändert hat. Deswegen wollte er zunächst die Eröffnung der Beitrittsgespräche nicht gefährden. Nach dem Verfassungsreferendum konnte er allerdings selbst diesen Kurs nicht mehr aufrechterhalten.

Es war ein explosives Gemisch, das Jacques Chirac in der Frage eines EU-Beitritts der Türkei vom Kurs abbrachte. Hauptgrund war sicherlich der enorme innenpolitische Druck, der immer stärker auf ihm lastete und sich im Grunde aus zwei Faktoren zusammensetzte.

Erstens zeigte sich seit den Europawahlen im Juni 2004, dass nur wenige französische Politiker hinter dem Türkei-Kurs des Präsidenten standen. Auch in der eigenen Partei, der UMP fand Chirac kaum noch Unterstützung. Um seine letzten zwei Jahre als Staatspräsident nicht im Schatten des ehrgeizigen Konkurrenten Sarkozy zu verbringen, musste er diesem in der Türkei-Frage den Wind aus den Segeln nehmen.

Zweitens kündigte Chirac am 14. Juli 2004 ein Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag an. Es ist wahrscheinlich, dass Chirac den Widerstand in der Türkei-Frage in der Bevölkerung vollkommen unterschätzt hat.[423] Die Ablehnung der Bevölkerung wurde ihm allerdings allmählich deutlich. Ein halbes Jahr nach der Osterweiterung war eine starke Ablehnung zukünftiger Erweiterungen der EU zu spüren. Die Angst vor einem Scheitern des Verfassungsreferendums, trieb Chirac dazu, seine Unterstützung der Türkei abzuschwächen. Denn zum einen würde ein Scheitern der Volksbefragung Chiracs Position in der Innenpolitik schwächen, zum anderen hing am Erfolg des Verfassungsreferendums auch der europapolitische Erfolg seiner zweiten Amtszeit. Chirac war klar, dass mit einem Scheitern des Referendums nicht nur seine Chancen auf eine dritte Amtszeit rapide sinken würden. Auch das Bild, das man in den Geschichtsbüchern über den Europäer Chirac finden würde, könnte dann mager ausfallen.

4. Wahljahr 2007- ein Ausblick

Mit Ungeduld hat ganz Europa die Präsidentschaftswahlen 2007 in Frankreich erwartet. Denn erst mit der neuen Staatsspitze waren auch neue Europa-Initiativen aus Frankreich zu erwarten. “En 2007, la France a rendez-vous avec l’Europe,”[424] heißt es treffend in der französischen Zeitung La Croix. Nun bleibt abzuwarten, mit welchem Elan der neue Staatspräsident Nicolas Sarkozy seine im Wahlkampf angekündigten Europa-Ideen umsetzt und ob er damit der Europaskepsis der Franzosen etwas entgegensetzen kann.

Für die Türkei hat die Wahl Nicolas Sarkozys einen bitteren Beigeschmack. Sarkozy war seit Beginn der Türkei-Debatte in Frankreich der Gegenpol zu Staatspräsident Chirac und etablierte sich als erbitterter Gegner des EU-Beitritts der Türkei. Seine Forderung, der Türkei statt einer Vollmitgliedschaft eine “privilegierte Partnerschaft” anzubieten, hat er auch im Wahlkampf noch einmal bekräftigt. Er stellte fest: „la Turquie est en Asie mineure“, „[elle n’a] pas vocation à entrer dans l'Union européenne“, „[il faut] arrêter les négociations.“[425] Sarkozy machte zudem im Wahlkampf den Vorschlag einer Errichtung einer Mittelmeer-Union außer-

[423] Vgl. Alich, Holger: Staatsmann oder Staatsschauspieler. In: Handelsblatt, 14.2.2005.
[424] La Croix, 3.Oktober 2006.
[425] Le Figaro, 9.Mai 2007.

halb der EU aus den sechs Mittelmeeranrainern der Union, Marokko, Tunesien und Algerien und der Türkei. Bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel am 23. Mai 2007 erklärte Sarkozy, dass er seine Meinung über einen EU-Beitritt der Türkei nicht geändert habe. Bisher ist nicht klar, ob Sarkozy seinen Worten auch Taten folgen lässt. Es bleibt abzuwarten, ob er tatsächlich die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel, die für den 26. Juni 2007 vorgesehen ist, mit einem Veto blockieren wird. Der türkische Premierminister Erdogan warnte Sarkozy davor, „que son hostilité à l'égard de l'adhésion turque allait alimenter un sentiment anti-européen chez les Turcs et endommager les relations bilatérales".[426] Weiter forderte Erdogan: „M. Sarkozy doit surmonter ses préjugés. [...] Si nous voulons unir des civilisations au sein de l'UE, si nous disons que l'UE n'est pas un club chrétien, alors M. Sarkozy devrait revoir ses opinions."[427]

Auch Erweiterungskommissar Olli Rehn ist beunruhigt darüber, wie sich Frankreich in Zukunft gegenüber der Türkei verhalten wird. Die Eröffnung der nächsten Verhandlungskapitel wird ein erster Test für die Position des neuen Staatspräsidenten gegenüber der Türkei sein. „S'il y a blocage, il y aura une crise majeure entre la France et la Turquie",[428] ist sich Rehn sicher. Es wird sich zeigen, ob und wie Sarkozy seine bisher nur rhetorischen Angriffe gegen die Türkei nun in Taten umsetzt. Sicher ist, dass er von seinem Kurs der Ablehnung einer Vollmitgliedschaft nicht abweichen kann, ohne bereits zu Beginn seiner Amtszeit im eigenen Land an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Auch die auf den 22. Juli 2007 vorgezogenen Parlamentswahlen[429] in der Türkei werden einen Einfluss auf die Zukunft der Türkei in Europa haben. Die islamische AKP-Regierung hat in den vergangen Jahren durch zahlreiche Reformen ihren Willen zu einem EU-Beitritt der Türkei unterstrichen. Seit 2006 allerdings hat die Türkei das Reformtempo deutlich gebremst, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass sich die Regierungspartei AKP bereits im Wahlkampf befand. Weder hat es Regierungschef Erdogan gewagt, den umstrittenen Paragrafen 301, der die Verunglimpfung des Türkentums unter Strafe stellt, anzutasten, noch konnte er im Zypern-Konflikt Zugeständnisse gegenüber der EU machen. Die Gefahr, dass die nationalistischen Parteien diese Themen als Verrat am türkischen Volk für den Wahlkampf „ausschlachten" und so auf Stimmenfang für die bevorstehenden Parlamentswahlen gehen, kann nicht übersehen werden. Somit bleibt abzuwarten, ob die AKP nach den Parlamentswahlen,

[426] Le Monde, 24. Mai 2007.
[427] Le Monde, 15. Mai 2007.
[428] Le Figaro, 9. Mai 2007.
[429] Nachdem das türkische Parlament nach zwei Anläufen Außenminister Abdullah Gül nicht zum Präsidenten wählen konnte, da nicht genügend Abgeordnete im Parlament anwesend waren, beschloss das Parlament vorgezogene Neuwahlen. Regulär hätten die Wahlen im November 2007 stattgefunden.

falls sie eine stabile Regierungsmehrheit besitzt, so wie es Analysten voraussagen,[430] ihre Reformpolitik weiterführt und bereit ist, sich solch schwierigen Themen zuzuwenden.

Die Entscheidung, welchen Weg die Türkei in Bezug auf Europa in Zukunft weitergehen möchte, liegt nun beim türkischen Volk. Die Skepsis der türkischen Bevölkerung gegenüber der EU hat seit 2004 kontinuierlich zugenommen. Diese Entwicklung konnte nach den Ergebnissen des aktuellsten Eurobarometers allerdings gestoppt werden. 54% der Türken waren im Herbst 2006 der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der EU für ihr Land „a good thing“[431] sei. Im Frühjahr 2006 waren es lediglich 44%, die dieser Aussage zustimmten. Die wichtigsten Parteien bei den Parlamentswahlen sind die europafreundlichen Parteien AKP und die neu gegründete Demokratische Partei[432] sowie die linksnationalistische Partei CHP und die nationalistische Partei MHP, die beide einem EU-Beitritt der Türkei skeptisch gegenüber stehen. Wird die AKP eine Mehrheit im Parlament erreichen, kann sie eine stabile Regierung bilden und Reformen fortführen. Allerdings wäre durch ein solches Wahlergebnis die politische Spaltung der Gesellschaft und der Machtkampf zwischen dem säkularen und religiösen Lager in der Türkei nicht gelöst. Verfügt die AKP im Parlament nach den Wahlen nicht über eine absolute Mehrheit, so wird es eine Koalitionsregierung geben. Dies kann zu politischer Instabilität führen. Es wird deutlich, dass die weitere Entwicklung in der Türkei zum aktuellen Zeitpunkt sehr schwer abzuschätzen ist.

Im Sommer 2007 werden in jedem Fall für die französisch-türkischen und auch für die europäisch-türkischen Beziehungen neue Weichen gestellt. In welche Richtung es weitergehen wird, bleibt abzuwarten.

---

[430] Neue Züricher Zeitung Online, 9. Mai 2007. In: http://www.nzz.ch/2007/05/08/al/newzzF1GWLYYB-12.html. (Zugriff am 10.5.2007).

[431] Eurobarometer 66. National Report, Executive Summary, Turkey. Fall 2006. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_tr_exec.pdf (Zugriff am 22.5.2007)

[432] Ein Zusammenschluss der Mutterlandspartei ANAP mit der Partei des Rechten Weges DYP, um bei den Parlamentswahlen die in der Türkei bestehende 10%-Hürde überwinden zu können.

IV Fazit

Frankreich war für die Türkei immer ein verlässlicher Partner auf dem Weg in die EWG/EU. De Gaulle unterzeichnete nach anfänglichem Zögern das Ankara-Abkommen und baute die Beziehungen zur Türkei aus. Mitterrand konnte zwar den Mitgliedsantrag der Türkei aufgrund anderer europapolitischer Prioritäten nicht unterstützen, bemühte sich aber ebenfalls um gute türkisch-französische Beziehungen. Während seiner Präsidentschaft engagierte sich Alain Juppé als Außenminister für die Zollunion. Unter Chirac verfestigte sich die französische Unterstützung der Türkei auf dem Weg in die EU. Frankreich wurde zu einem „ardent avocat" eines EU- Beitritts. Grundlegend für diese französische Politik ist die Bedeutung der Türkei für ein „Europe puissance", einer weltweit handlungsfähigen Europäischen Union, die auch über die entsprechende militärische Ausstattung verfügt. Die geostrategische Lage des Landes macht es zu einer Brücke in die islamische Welt und die Türkei kann der EU als Mitgliedstaat Einfluss in einer strategisch äußerst wichtigen Weltregion ermöglichen. Mit dem zweitgrößten Heer der NATO, das in zahlreichen internationalen Einsätzen seine Einsatz- und Kooperationsbereitschaft unter Beweis stellt, könnte die Türkei einen wichtigen Beitrag zur ESVP leisten. Diese Argumente, die aus französischer Sicht für einen Beitritt der Türkei in die EU sprechen, haben in jüngster Zeit nicht an Gewicht verloren. Mit steigender Zahl der ESVP- Missionen und der sich verschärfenden Sicherheitslage im Umfeld der Türkei, haben sie, im Gegenteil, sogar noch an Bedeutung gewonnen.

Deshalb kann der Kurswechsel Chiracs in der Türkei-Politik im zweiten Halbjahr 2004 auch nicht mit dem Wegfall der bisherigen Argumentationslinie erklärt werden. Vielmehr muss dafür ein Blick auf innenpolitische Entwicklungen in Frankreich geworfen werden. Dabei wird deutlich, dass Chirac in zweierlei Hinsicht innenpolitisch enorm unter Druck geraten ist. Zum einen stellte sich seine Partei in der Türkei-Frage geschlossen gegen ihn. Sein schärfster innerparteilicher Konkurrent war Nicolas Sarkozy, der nie einen Hehl aus seiner Kritik an der Türkei-Politik des Staatspräsidenten gemacht hat. Wollte Chirac in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit nicht zur „lahmen Ente" werden, so musste er seinen Türkei-Kurs korrigieren. Zum anderen wurde Chirac bald deutlich, dass die Türkei-Frage Einfluss auf den Ausgang des Referendums über den Europäischen Verfassungsvertrag nehmen könnte. Denn die Franzosen begegneten nach der Osterweiterung Europa zunehmend skeptisch. Da an dem positiven Ausgang des Referendums am 29. Mai 2005 für Chirac die Bilanz seiner zweiten Amtszeit hing, opferte er die Türkei zugunsten der Verfassung. Nach dem gescheiterten Referendum fehlte Chirac die nötige Autorität, um seine Türkei-Politik fortzusetzen. Mit Amtsantritt des neuen

Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy wird sich die französische Türkei-Politik grundlegend ändern. Die Türkei muss sich nun nach einem neuen „ardent avocat“ in Europa umschauen.

Die Türkei-Politik Frankreichs und ihre Entwicklung in den letzten Jahren ist ein Beispiel für ein grundlegendes Problem in Europa: die mangelnde Beteiligung und Anteilnahme der Bevölkerung an äußerst wichtigen Entscheidungen der Union. Frankreich hat die Türkei zwar jahrelang auf ihrem Weg in die EU begleitet. Dies geschah aber in weiten Teilen ohne die französische Öffentlichkeit. Vielmehr wurden die wichtigen Entscheidungen hinter geschlossenen Türen auf den Regierungskonferenzen gefällt. Erst als Giscard d’Estaing im Jahr 2002 die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei eröffnete, entwickelte sich eine öffentliche Debatte in Frankreich. Zu diesem Zeitpunkt war die Türkei allerdings schon Beitrittskandidat und setzte bereits Reformen im Rahmen der Beitrittspartnerschaft um. Im Nachhinein wurde Chirac so bewusst, dass über seinen Türkei-Kurs kein gesellschaftspolitischer Konsens herrschte. Die Diskrepanz zwischen der offiziellen französischen Europapolitik und der öffentlichen Meinung ist mitverantwortlich für die Skepsis der Franzosen gegenüber dem „Gebilde“ Europa, die sich schließlich im Verfassungsreferendum entladen hat.
Selbst der französische Staatspräsident, der in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eigentlich über eine „beachtliche autonome Entscheidungsgewalt“[433] verfügt, musste sich am Ende der innenpolitischen Stimmung im Land anpassen. Seine Überzeugung, dass die Türkei eines Tages der EU beitreten sollte, hat Chirac dabei aber nicht verloren. „Pour M. Chirac, l’adhésion est destinée à une Turquie hypothétique, réformée en profondeur, résolument démocratique, laïque, alignée sur les normes de l’Europe. Il ne sait s’il elle existera un jour, mais il en fait le pari.“[434]

[433] Müller-Brandeck-Bocquet (2004): S. 49.
[434] Le Monde, 15. November 2006.

V Literaturverzeichnis

Monografien

Carnevale, Roberta/Ihrig, Stefan/Weiß, Christian: Europa am Bosporus (er-)finden? Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur europäischen Union in den britischen, deutschen, französischen und italienischen Zeitungen. Frankfurt am Main 2005.

De Gaulle, Charles: Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958 – 1962. Tome I, Paris 1970.

Faroqhi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reichs. München 2000.

Gumpel, Werner (Hrsg.): Die Türkei und die Europäische Gemeinschaft. München 1988.

Goulard, Sylvie: Le Grand Turc et la République de Venise. Paris, 2004.

Karaca, Ali A.: Die Problematik des Beitritts der Türkei zur EG unter besonderer Berücksichtigung der Assoziation der Türkei mit der EWG. Frankfurt/Main 1986.

Kramer, Heinz: Die europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft. Baden-Baden 1988.

Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph, K.: Kleine Geschichte der Türkei. Bonn 2005.

Krieger, Eugen: Die Europakandidatur der Türkei. Der Entscheidungsprozess der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft während der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei 1959-1963. Zürich 2006.

Lippert, Barbara: Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung. Bonn 2000.

Mejri, Mouna: La candidature turque à l'union européenne à travers la presse française. Paris, 2004.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Frankreichs Europapolitik. Wiesbaden 2004.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg): The Future of the European Foreign, Security and Defence Policy after Enlargement. Baden-Baden 2006.

Rüger, Carolin: Aus der Traum? Der lange Weg zur EU-Verfassung. Marburg 2006.

Seufert, Günter/ **Kubaseck**, Christopher: Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. Bonn 2006.
Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei. München 2000.

Unabhängige Türkei-Kommission: Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen? Brüssel, 2004

Weidenfeld, Werner/ **Wessels,** Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98.

Weidenfeld, Werner/**Wessels**, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/1999.

Wendt, Christina: Wiedervereinigung oder Teilung? Warum das Zypern-Problem nicht gelöst wird. Würzburg 2006.

Aufsätze in Sammelbänden/Zeitschriften/Internet:

Abali, Oya Susanne: Türkei. In: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang: Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000. S. 437-442.

Agai, Bekim (2004): Islam und Kemalismus in der Türkei. In: APuZ, B33-34/2004. S.18-24.

Akgönül, Samim (2005): La Turquie dans l'Union européenne? Ifri Policy Paper, n°18, Paris.
In: http://www.ifri.org/files/europe/PP_18_Akgonul.pdf

Akkaya, Çiğdem/**Aver**, Caner: Die türkische Sicherheitspolitik in einem unsicheren Raum. In: Südosteuropa Mitteilungen, 1/2004. S.66-82

Alican, Cenk/ **Seeger**, Sarah/**Yüzen**, Layla: Ein Schritt vor und einer zurück. Der Reformkurs der Türkei. CAP-Position, 3.5.2007. In: http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2007/tuerkei.php

Axt, Heinz-Jürgen: Selbstbewusstere Türkei. Worauf sich die EU einstellen muss. In: Internationale Politik 1/2002. S. 45-50.

Bahadir, Şefik Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union- ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft? In: APuZ, B11-12/1997. S 33-40.

Bret, Jean-Paul: Le Sénat français reconnaît enfin le génocide arménien**.** Internetseite des Comité de Défense de la Cause Arménienne. 9. November 2000.
In : http://www.cdca.asso.fr/gamk/novembre00/gamk-9_novembre_2000.htm

Cabanel, Patrick: Laizität und Religionen im heutigen Frankreich. In: Christadler, Marieluise/ Utterwedde, Henrik (Hrsg): Länderbericht Frankreich. Bonn, 1999.

Crevel, Philippe: Laizität – Garant der politischen Stabilität Frankreichs oder Selbsttäuschung? Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Länderbericht Frankreich, Außenstelle Paris, 19.1.04.
In: www.kas.de/publikationen/2004/3873_dokument.html

Demesmay,Claire/ **Fougier**, Eddy: Die französische Malaise im Spiegel der Türkei-Debatte. In: Angelos Giannakopoulos (Hrsg.): Die Türkei-Debatte in Europa. Wiesbaden 2005. S. 49-62.

Deubner, Christian: Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989-1997. In: Politische Studien, Nr.363, 1999. S. 89-121.

Dufner, Ulrike: Die Krise im Nahen Osten und die Türkei.
In: http://www.boell.de/downloads/nahost/nahostkonflikt_tuerkei.pdf

Dutheil de la Rochère, Jacqueline: La France et la Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne. Annuaire français de relations internationales, Vol. 2, 2001, pp. 478-492.

Froehly, Jean-Pierre: Der „neue" deutsch-französische Dialog. Abstimmung in der europäischen Außenpolitik. In: Internationale Politik, 9/1998. S.26-32.

Gnesotto, Nicole/ Kodmani-Darwish, Bassma: Les relations franco-turques. In: Politique étrangère 1/1985. S.173-185.

Gorawantschy, Beatrice: Frankreich vor dem Referendum. Politischer Kurzbericht. Paris 2005.
In: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_6703_1.pdf

Goulard, Sylvie: Wider eine Union „large & light". Was bedeutet der Beitritt der Türkei für Europa. In: Dokumente 06/2004, S. 17-22.

Gumpel, Werner: An der Nahtstelle von Europa und Asien. Die Mittlerrolle der türkischen Regionalmacht. In: Internationale Politik 1/1998. S.18-22.

Gumpel, Werner: Ordnungsfaktor in einem unsicheren Umfeld. Die Regionalmacht Türkei und ihre Nachbarn. In: Internationale Politik 11/2000. S.21-28.

Gumpel, Werner: Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten. Politischer Balanceakt in einer komplizierten Region. In: Zippel, Wulfdiether: Spezifika einer Südost-Erweiterung der EU. Die Türkei und die EU-Türkei-Beziehungen. Nomos, 2003. S.117-125.

Jünemann, Anette : Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen und Zielkonflikte. In: Zippel, Wulfdiether (Hrsg): Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999. S29-64.

Koopmann, Martin: Brückenbauer gesucht. In: Internationale Politik, 04/2007. S. 34-41.

Kramer, Heinz: Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“. In: APuZ, B 33-34/2004. S.9-17.

Kramer, Heinz: Türkei-Verhandlungen als Spielball der Interessen. SWP-Aktuell 42, September 2005.

Kramer, Heinz: Stillstand auf Zypern. Stolperstein für den türkischen Beitritt. SWP-Aktuell 22, April 2006.

Krieger, Eugen: Fragile EU-Perspektiven der Türkei seit den 1960er Jahren. Basel, 2004.
In: www.hist.net/kieser/bs04/forum/krieger

Lieb, Julia/ **Roussel**, Benoît/ **Schwarzer**, Daniela: Falsche Fragen, falsche Antworten? Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst. SWP-Diskussionspapier FG 1, 2006. 8. Juni 2006.

Liel, Alon: Israel und die Türkei. Eine besondere Beziehung. In: Internationale Politik, 11/2000. S.31-35.

Lippert, Barbara: Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. In: Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98. S.37-50.

Lippert, Barbara: Der Gipfel von Luxemburg: Startschuss für das Abenteuer Erweiterung. In: Integration 1/1998. S. 12-31.

Lippert, Barbara: Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-Erweiterungspolitik. In: integration, 2/2005. S. 119-135.

Lukas, Reinald: Es geht um Öl, Erdgas und viel Geld. Das russisch-türkische Verhältnis bleibt problematisch. In: Das Parlament, 18/2004.

Manutscharjan, Aschot: Das Ende eines 90-jährigen Tabus. In: Das Parlament, Nr.17-18, 24.04.2006.

Mönninger, Michael: Die Korrekten. Frankreichs Oberste Muslime geißeln den Terror. Aber noch lauter warnen sie vor Islamophobie. In: Die Zeit, 16/2004.

Öztürk, Asiye: Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien. In: APZ, 4/2006. S. 25-31.

Okyar, Osman: Le rôle de De Gaulle dans l’accord d’association de la Turquie avec la Communauté européenne. In : Institut Charles de Gaulle (Hrsg.): De Gaulle et son siècle. Bd. L’Europe. Paris 1992. S.256-262.

Oppeln, Sabine von: Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag. Berlin 2005. In: http://web.fu-berlin.de/europa/team/OppelnS/artikeldokumente.pdf

Roy, Oliver: Der Islam in Europa- eine Ausnahme? In: APuZ, 28-29/2004.

Sandawi, Sammi/ **Stahn**, Andreas: Russland-Türkei-EU-USA im Schwarzmeerraum. In: GUS-Barometer 40, Januar 2006. S. 4-6.

Sandawi, Sammi: Machtkonstellationen im Schwarzmeerraum- Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei und anderer Anrainer. In: Integration, 2/2006. S.134-148.

Sattler, Karl-Otto: Streit um „staatliche Wahrheiten.“ Französisches Armeniergesetz. In: Das Parlament, Nr. 44-45. 30.10.2006.

Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst- das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. In: Integration, 3/2005. S. 187-200.

Schittly, Dagmar: Dokumente zur Entwicklung im Mittelmeerraum. In: Internationale Politik. Januar 1998. S.69-126.

Schlegel, Dietrich: Die Rolle der Türkei während der Konflikte in Ex-Jugoslawien. In: Zeitschrift für Türkeistudien 2/1999. S. 257-270.

Schmid, Bernard: Französisches Duell. Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2005. S.391-394.

Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklungen in der Türkei seit Helsinki. In: Internationale Politik 1/2000. S. 11-18

Sen, Faruk: Die Türkei zu Beginn der EU-Beitrittspartnerschaft. In: APuZ, B13-14, 2001.

Seufert, Günter: Staat und Islam in der Türkei. SWP-Studie, August 2004.
In: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1518

Soutou, Georges-Henri : La France du général de Gaulle, la Turquie et l'Europe. In : Commentaire, 104/hiver 2003/2004. S.915-923.

Soysal, Ismail: Les relations politiques turco-françaises. 1921-1985. In : Batu, Hâmit/ Bacqué-Grammont, Jean-Loius (Hrsg) : L'Empire Ottoman, la République de Turquie et la France. Istanbul, 1986. S.587-698.

Steinbach, Udo: Islamischer Staat Türkei? Folgerungen für die europäische Politik. In: Internationale Politik, 8/1997a. S.51-58.

Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System. In: APuZ B11-12/1997b. S. 24-32.

Steinbach, Udo: Türkei. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europahandbuch. Bonn, 2002. S. 307-313.

Tibi, Bassam: Die postkemalistische Türkei. Zwischen EU und pantürkischem Islamismus. In: Internationale Politik, 1/1998.

Veit, Winfried: Frankreich nach dem Referendum. Frankreich-Info, Nr. 6. 9. Juni 2005.
In: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/03669.pdf

Dokumente der Europäischen Union

Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei, Amtsblatt Nr 217 vom 29.12.1964, S.3687-3688

Commission Opinion on Turkey's Request for Accession to the Community, 20. December 1989. In: http://www.deltur.cec.eu.int/english/opinion.html (Zugriff am 23.10.2006)

Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. 1999
In: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1999/turkey_de.pdf

Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. 8. November 2000.
In: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2000/tu_de.pdf

Europäische Kommission: Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. Brüssel, 6.10.2004.

Europäische Kommission: Türkei Fortschrittsbericht 2006. Brüssel, 8.11.2006.
In: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/nov/tr_sec_1390_de.pdf

Europäisches Parlament: Informationsaufzeichnung über die Arbeit des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei. Juni 2004.
In: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/euro/jpc/turk/history2004_turkey_de.pdf

Europäischer Rat: Europäischer Rat in Kopenhagen. Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 21.-22- Juni 1993. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. In: Weidenfeld, Werner /Wessels, Wolfgang (Hrsg): Jahrbuch der europäischen Integration 1993/94, Bonn 1994.

Europäischer Rat in Luxemburg, 12./13.Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
In: http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400.D7.htm

Europäischer Rat in Helsinki, 10./11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
In: http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_de.htm#enlargement

Europäischer Rat von Kopenhagen, 12./13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
In: http://europa.eu/european_council/conclusions/index_de.htm

Europäischer Rat in Brüssel, 16./17. Dezember 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
In: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf

Rat der Europäischen Union: Erweiterung: Türkei. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten. Brüssel, 22.September 2005. In: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Erweiterung/TuerkeiErklaerung.pdf (Zugriff am 10.4.07)

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.
In: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11957E/tif/11957E.html (Zugriff am 20.5.2007)

Eurobarometer 66. National Report, Executive Summary, Turkey. Fall 2006. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_tr_exec.pdf

Presseberichterstattung

Diverse Ausgaben von Die Welt, Die Zeit, Europäische Zeitung, Financial Times, Financial Times Deutschland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, La Croix, Le Figaro, L'Express, Le Monde, Les Echos, Libération, L'Humanité, Neue Züricher Zeitung, Stern, Süddeutsche Zeitung.

Online

Auf eine nochmalige Auflistung aller verwendeten Internetquellen wird verzichtet, da diese in den Fußnoten jeweils vollständig angegeben sind.

Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Interviews und Stellungnahmen von Jacques Chirac sind abrufbar in den digitalen Archiven des Elysée-Palastes unter:
http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais_archives/actualites/archives_de_la_presidence_de_jacques_chirac_dernieres_actualites.12310.html
In den Fußnoten wurde zur besseren Übersichtlichkeit auf eine jeweils vollständige Angabe der URL verzichtet.